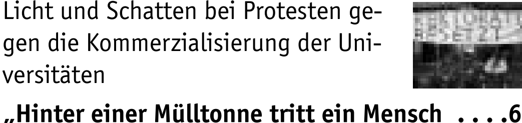

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 30. JG NR. 180
März/April 2007 1,50 EURO

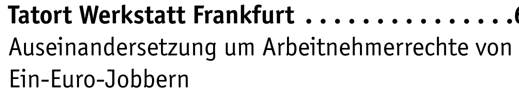
Inhalt

Betrieb und Gesellschaft


Allerletzte Sahne . . . 3
Arbeitsbedingungen in Lehrjahren. Interview mit zwei Konditorlehrlingen

Basis statt Gipfel . . . 4
Ein Diskussionsbeitrag zum G8-Protest in Heiligendamm

Friedhof der Kuscheltiere . . . 5
Licht und Schatten bei Protesten gegen die Kommerzialisierung der Universitäten


„Hinter einer Mülltonne tritt ein Mensch hervor“ . . . 6
Die aktuelle Armutsentwicklung – Hintergrund und Perspektive

Tatort Werkstatt Frankfurt . . . 6
Auseinandersetzung um Arbeitnehmerrechte von Ein-Euro-Jobbern

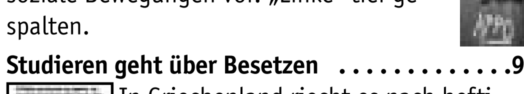

Kein „Alpenmaximum“ ohne Nazis? . . . 7
Antifaschistin in Gießener Disko entlassen

Zeitlupe


Reaktion frontal . . . 8
Politische Repression in den USA – Teil I

Globales

Noch mehr oben gegen unten . . . 9
Mexikanische Regierung geht hart gegen soziale Bewegungen vor. „Linke“ tief gespalten.

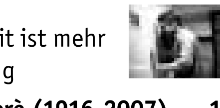

Studieren geht über Besetzen . . . 9
In Griechenland riecht es nach heftigen Straßenschlachten

Think different . . . 10
„I love my Apple, I wish it came in green“

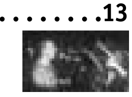
Mord an Arbeiterin . . . 11
Erbitterte Proteste nach Vergewaltigung und Mord an 16jähriger

Kultur

Babel oder Über die Ungleichheit des Schicksals . . . 12
Der diesjährige Oscar-Favorit ist mehr als seichte Kinounterhaltung


In memoriam Carles Fontserè (1916-2007) . . . 12
Letzter großer Exponent der spanischen Revolutionskunst gestorben

Für eine kämpferische Gegenkultur . . . 13
Interview mit Nico Pâtre von Brigada Flores Magon


Ja, ich kämpfte . . . 13
Biographien radikaler Jüdinnen und Juden

Hintergrund

Zum Greifen nah und doch blockiert . . . 14-15
Arbeiterbewegung hier und heute – die jüngsten Streiks bei Opel, Gate Gourmet und BSH im Rückblick. Eine Literaturschau mit Schlussfolgerungen von Ludwig Unruh

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Mit offenen Händen

Von Korruption, Konjunktur und Kapitalismus

Hinter uns liegen Wochen, die von Korruptionsskandalen erschüttert wurden, wie es sie in Deutschland wohl noch nicht gegeben hat. Die Liste ist lang und namhaft. Siemens, Infineon, Mercedes, Commerzbank, ja sogar die Deutsche Bahn sind ins Visier der Ermittlungen geraten. Unter Verdacht stehen die höchsten Kreise, Vorstandsmitglieder, Top-Manager, Aufsichtsräte. Peter Hartz, dessen Name dank gewisser Sozialreformen Geschichte geschrieben hat, ist gar schon verurteilt. Gemessen an Ausmaß und Häufung blieb das Medienecho eigentlich erstaunlich gering. Ebenfalls in Grenzen hielt sich die Empörung aus Kreisen der Politik. Das mag verschiedene Gründe haben. Um einen werden auch die schönsten Skandale irgendwann langweilig. Vergehen, die aus gezinkten Rechnungsbüchern, Unterschlagungen und schwarzen Kassen bestehen, lassen sich darüber hinaus weder Zuschauern noch Lesern besonders anschaulich vermitteln. Und weshalb sich Politiker hie und da beim Thema Korruption nicht allzu weit aus dem Fenster lehnen, will ich derweil dahingestellt sein lassen. Erstaunlich finde ich es doch, daß nicht mehr Aufhebens darum gemacht wurde. Vielleicht liegt es aber auch einfach daran, daß sich das Bewußtsein dafür, womit wir es hier zu tun haben, gewandelt hat.

Unbestechlichkeit war einstmals ein selbstverständliches moralisches Attribut. Mochte bei Steuerhinterziehung die Öffentlichkeit noch das ein oder andere Auge zudrücken, Schmiergelder und Gefälligkeitszahlungen verschmutzten weiße Westen doch arg. Es war gerade das, was uns im Herzen der westlichen, zivilisierten Welt über deren rohen, unzivilisierten Rest moralisch erhob, nämlich Integrität bis in die Haarspitzen des Systems. Irgendwo am Kongo muß man einem Lizenzantrag ein paar Scheinchen beilegen, bei uns aber hat alles mit rechten Dingen zuzugehen. Kein Bakschisch beim Zoll, und selbst in tiefster bayerischer Provinz verurteilte man den eigenen Bürgermeister, wenn der trunken am Steuer erwischt wurde.

Es gibt andere, ferne und weniger ferne Kulturen, da sieht man das ganz anders. Da würde niemals eine nächtliche Streife den Bürgermeister ins Röhrchen pusten lassen, auch wenn der schon ganz gelb im Gesicht ist. So jemanden winkt man durch. Ebenso wie alle anderen, die die „richtigen“ Papiere aus dem Fenster halten. Früher rümpften wir über solche Zustände die Nase. Aber die Welt wächst zusammen. Und längst kommt nicht mehr alles Moderne und Neue aus den USA.

Ausmaß und moralische Akzeptanz von Korruption hängen eng mit der kapitalistischen Phase zusammen, in der sich eine Ökonomie gerade befindet. Hin und wieder gehören Vetternwirtschaft und offene Hände einfach zum Erscheinungsbild einer Gesellschaft dazu. Nun verhält es sich aber keineswegs so, daß Korruption ein Gradmesser für Dekadenz und Verkommenheit und somit für den Verfall einer Zivilisation wäre. Das Gegenteil ist richtig. Denn Korruption erfüllt durchaus einen Zweck. Sie dient als Beschleuniger. In so manchem Land Osteuropas gab es nach dem Zerfall des dortigen, angeblich sozialistischen Systems stets zwei Wege für eine Firma, nötige Lizenzen und Papiere zu erhalten, nämlich einen langen und einen schnellen. Geld kostete freilich beide. Nur war der lange über die öffentlichen Behörden jener, der nicht selten in einer Sackgasse endete. Der kürzere, der eher etwas mit Bekannten, Beziehungen und jener Gruppe von Personen zu tun hat, die als Beruf „Import, Export“ angeben, verhieß dagegen blühende Landschaften. Es gibt Osteuropa-Experten, die meinen, daß die Ökonomie eines Landes wie etwa Rußland Korruption geradezu nötig gehabt hätte, um wieder auf die Füße zu kommen. Gegen die seit Jahrhunderten sprichwörtliche russische Bürokratie wäre der junge Kapitalismus sonst nie angekommen.

Nun, wer weiß? Vielleicht zeigt uns die massive Häufung von Betrug und Bestechung in den Chefetagen deutscher Unternehmen einfach nur an, daß die Konjunktur tatsächlich wieder in Schwung zu kommen beginnt. Vielleicht haben wir es auch nur mit einer neuen Generation übereifriger Staatsanwälte zu tun, der nicht eindringlich genug klar gemacht wurde, wie der Laden läuft. Vielleicht ist aber auch die Gesetzeslage einer veränderten Gesamtlage nicht rechtzeitig angepaßt worden. So oder so enthüllt die jüngste Skandalwelle eigentlich nichts weiter als kapitalistische Wirklichkeit, Normalität. Und die ist selten besonders aufregend.

Matthias Seiffert

Vom Tellerwäscher zum Revolutionär …?

Die Arbeitsbedingungen im deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe gehören zu den schlechtesten im Lande. Die Situation ist mies, aber nicht hoffnungslos.

Wer nichts wird, wird Wirt“ lautet ein geflügeltes Wort. Und zur Genüge gibt es Leute, die diesem verheißungsvollen Ruf des vermeintlich schnellen Geldes folgen: Sowohl als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, als auch auf Seite der Angestellten. Für letztere endet dies jedoch zumeist in Schinderei, Prekarität und Hungerlöhnen.

Dass es vor dem Tresen angenehmer ist als dahinter, sollte eigentlich niemandem ein Geheimnis sein. Dass es ebenso angenehmer ist, sich das Steak (oder den Linseneintopf) von jemand anderem an den Tisch bringen zu lassen, anstatt selbst zu kochen, den Tisch zu decken und zu spülen, ist gleichsam klar: Für das Geschäftsessen, den besonderen Abend oder einfach nur nach Feierabend gibt es, zugegebenermaßen zu einem gewissen Aufpreis, ja andere, die einem die lästige Arbeit abnehmen. Wie aber die Arbeitsbedingungen eben dieser „Anderen“ sind, wird über der Feierlaune, dem lauwarmen Essen und dem 20-Minuten-Bier schon mal gern vergessen. Viele Gäste haben leider Gottes noch eine sehr romantisierende Vorstellung von einem genetisch servilen Servicepersonal, dessen Lebenserfüllung darin besteht, anderen einen angenehmen Abend zu bereiten, oder dem netten Studenten/der netten Studentin, die sich ein paar Euro plus ein sattes Trinkgeld dazuverdienen. Über die Arbeitsbedingungen in einem Restaurant/Hotel wird dabei leidlich wenig nachgedacht, und nach der gängigen Dienstleistungsphilosophie der allermeisten Hotel- und Gaststättenbetreiber soll gerade an so etwas kein Gedanke verschwendet, sondern der Aufenthalt in Gänze genossen werden. Nun, es bleibt wohl genauso wenig empfehlenswert, die Gedanken der Bedienung beim Servieren des zehnten Halben oder des Kaviars zu erahnen, wie sich deren Herstellung vorzustellen. Ein wenig Show gehört schon dazu …



Tipping is not a town in China...

Dennoch: Die Arbeit im Hotel-und Gaststättengewerbe wird nicht nur unter die körperliche Schwerstarbeit gezählt, sondern ist auch noch eine der am schlechtesten bezahlten. Als das Hamburger Abendblatt am 8. Januar den Fall einer Reinigungskraft bekannt machte, die im Hamburger Fünf-Sterne-Hotel Dorint Sofitel (der Accor-Gruppe zugehörig) lediglich 2,46 Euro pro Stunde plus „Leistungsbonus“ verdiente, war das Geschrei groß. Die Gewerkschaft NGG richtete postwendend eine eigene Hotline für von Dumpinglöhnen Betroffene ein, der Hamburger Senat traf sich zu einer Sondersitzung, und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) sowie die Geschäftsleitung wuschen ihre Hände in Unschuld mit Hinweis darauf, dass ja das Subunternehmen, bei dem die Betroffene angestellt war, für den Lohn zuständig sei – und keinesfalls die Geschäftsleitung des Dorint, geschweige denn der DEHOGA. Und gerade angesichts der von der NGG vorangetriebenen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro entbrannte ein heißer Streit um eben diesen, in dem der Schwarze Peter munter die Runde machte.

Fortsetzung auf Seite 7

Catwalk



I07 in Paris

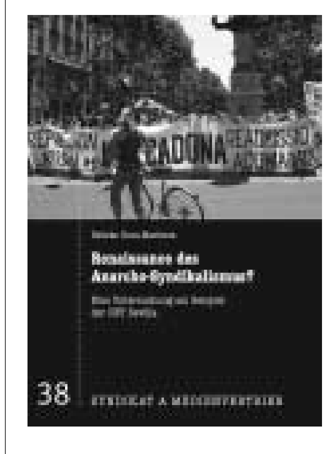
Derzeit laufen die Vorbereitungen zum I07, einem internationalen Treffen von Basisgewerkschafts-aktivistInnen, das vom 28. April bis 1. Mai in Paris stattfindet, auf Hochtouren. Das Treffen bietet den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich über die Strategie und Taktik anarcho-syndikalistischer und revolutionär-syndikalistischer Gewerkschaften auszutauschen und sich mit KollegInnen in den jeweiligen Branchen zu treffen.



Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Themenschwerpunkten, die in Arbeitsgruppen diskutiert werden. Das Treffen wird an mehreren Orten stattfinden, mittlerweile stehen auch die Räumlichkeiten fest. Nähere Informationen zum I07 findet Ihr auf der Website der CNT-F unter: www.cnt-f.org/spip.php?rubrique34

Kauf Dich glücklich

Beltrán Roca Martinez – Renaissance des Anarcho-Syndikalismus?
Syndikat-A Medienvertrieb, 2,- Euro



Eine sehr spannende Untersuchung der aktuellen Chancen für eine anarcho-syndikalistische Praxis am Beispiel des Erstarkens der CNT Sevilla in den letzten Jahren. Die Analyse weist weit über den konkreten Gegenstand hinaus und liefert auch spannende Anknüpfungspunkte für Diskussionen im deutschsprachigen Raum.

FAU-Ticker

+++ zum 88. Jahrestag der Niederschlagung der Bremer Räterepublik am 04. Februar hielt die FAU Bremen vor dem Räte-Denkmal ihre jährliche Gedenkveranstaltung mit einer Lesung der Gedichte Oskar Kanehls ab +++ in Hannover hat sich am 23. Januar ein neues Syndikat der Lokalföderation Hannover gegründet: die Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB-FAU) +++ die OG Osnabrück hat am 12.2. ihre Auflösung beschlossen +++ die FAU Bielefeld öffnet jeden ersten Donnerstag im Monat die Kneipe im AJZ und zeigt dort libertäre Filme. Infos: www.fau-bielefeld.de.vu +++ das nächste Regionaltreffen Nord findet am 17.6. in Hannover statt +++ die OG Potsdam hat die Regionalkoordination Ost übernommen. Als Ansprechpartner werden faupdm2@fau.org und faupdm3@fau.org zur Verfügung stehen +++ das nächste Regionaltreffen Ost ist für den 30.6./1.7. in Berlin geplant +++ die FAU Potsdam hat eine neue Internetpräsenz, die unter www.fau-potsdam.de.vu zu finden ist. Das Allgemeine Syndikat trifft sich nun jeden Freitag um 19 Uhr +++ der diesjährige Bundeskongreß findet vom 25.-28. Mai in Dörverden statt +++

Irgendwie sind die gängigen Medien — Fernsehen, Radio, Tageszeitungen — schon auf eine merkwürdige Art faszinierend. Erst hatte es eine erstaunliche Entwicklung dahingehend gegeben, dass es normal wurde, ganz offen und schonungslos zu zeigen, welche Brutalität die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre für viele Betroffene bedeuten. Das kam allerdings nicht als Kritik der bestehenden Verhältnisse daher, sondern als ein Stück alltäglicher Normalität. Entweder konnte man sich freuen, dass es einem selber noch besser geht, oder man konnte sich damit trösten, dass es einen nicht alleine betrifft. Auf jeden Fall konnte man sich schon mal an die Härten des Lebens gewöhnen. Denn, dass eines Tages alles wieder besser wird, wurde gar nicht mehr in Aussicht gestellt — ganz im Gegenteil.

Und dann wird auf einmal seit Ende des letzten Jahres allgemeiner Optimismus propagiert. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit sinkt — ausnahmsweise einmal sogar im Verhältnis zum Vorjahr, also nicht wie sonst nur im Rahmen des üblichen Jahreszyklus. Ich persönlich habe das Gefühl, der Optimismus wurde nur in die Welt gesetzt, um der Bevölkerung mal wieder etwas Anlass zur Hoffnung zu geben. Als nämlich die IG Metall mit entsprechenden Forderungen nach wirklichen Lohnerhöhungen reagierte, wurde alles gleich wieder relativiert. Das Wachstum sei zwar noch vorhanden, steige aber schon wieder langsamer. Und es sei absehbar, dass es ein Ende finden werde. Und wie sollen dann die höheren Löhne noch getragen werden? So argumentiert zumindest die Arbeitgeberseite. Na ja, und eigentlich scheint die positive Entwicklung auch nur auf den extrem milden Winter zurückzuführen zu sein. Komischerweise kenne ich auch kaum jemanden, der von der angeblich so guten Entwicklung schon für sich selber etwas mitbekommen hat.

In der Direkten Aktion geht es dagegen wieder um das, was für uns alle wirklich tägliche Realität ist, um die Arbeits- und Lebensbedingungen, denen wir faktisch unterworfen sind — hier in Deutschland und auch weltweit.

In der letzten Ausgabe hatten wir ja schon einen Artikel zu „aktuellen Überwachungstrends". In dieser Ausgabe werdet Ihr auf Seite 5 eine neue zweispaltige Unterrubrik „Der große Bruder schaut Dich an" finden. Angesichts der Explosion privater und staatlicher Überwachungsbestrebungen in den letzten Monaten, der bereits durchgeführten oder für die nächste Zeit geplanten Neuordnung der Polizei- und Geheimdienstbefugnisse und einer Flut von Gesetzgebungsvorhaben mit dem Ziel, Kommunikationsverhalten und Aufenthaltsort von jedermann für die staatlichen Organe verfügbar zu machen, erscheint es uns sinnvoll, dem Thema „Überwachung und soziale Kontrolle" in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ob die Unterrubrik zur beständigen Einrichtung wird, ist noch offen. Aber wenn es so weitergeht wie bisher, wird das wohl notwendig sein.

Zum Schluss noch kurz ein Hinweis für alle, die gerade überlegen, die DA zu abonnieren: Es gibt zwei neue Prämien für die Zwei-Jahres-Abos. Schaut also mal auf den Abo-Coupon unten auf Seite 6.

Viel Spaß beim Lesen
Holger (Dortmund, Layout)



DA-Redaktionstreffen am 20./21. Januar in Berlin

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bielefeld . . . . c/o „Umweltzentrum",August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu
Bremen . . . . . FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, fauhb@fau.org, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, (0162) 38 29 46 7
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
Flensburg . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, fauhh@fau.org, (040) 43 22 124
Hannover . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), ggb-hannover@fau.org
Kiel . . . . Kontakt über OG Hamburg
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG Hamburg

Region West

Bochum . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Do. im Monat ab 19.00 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, E-Mail: faubn@fau.org, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, faudo@fau.org
Duisburg . . . . FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof", Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, faudu@fau.org, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, faud@fau.org, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . (02151) 39 42 70
Moers . . . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
Münster . . . . . FAU Münster, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, offenes Treffen: jeden 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Dahlweg 64, Café Libertaire, mit Vortrag, Film etc.: jeden 2. und 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Don Quijote, Scharnhorststr. 57

Region Ost

Altenburg . . . . fauabg@fau.org
Berlin . . . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org, (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, Offenes Büro freittags 16.00 - 20.00 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, asy-b@fau.org, (030) 287 008 04
Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, bsy-b@fau.org, (030) 287 008 05
Kultursyndikat, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, ksy-b@fau.org, (030) 287 008 06
GNLL Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, faugrs@fau.org
Stammtisch Pflege und Gesundheitswesen: 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr im Cafè Walden, Choriner Str. 35, gesundheit.asy-b@fau.org
FAU-Tresen in der Lunte jeden 2. und 3. Mo. ab 20.00 Uhr, Weisestr. 53, Neukölln, U8 Boddinstr.
Dresden . . . . . FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16.00 - 20.00 Uhr, fau-dd@gnuviech.info
Frankfurt/O. . FAU-IAA, c/o Backdoor, Rosa-Luxemburg-Str. 24, 15230 Frankfurt/Oder, fauff@fau.org, www.fau-ffo.de.vu
Göttingen . . . FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße", Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Gransee . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
Leipzig . . . . . . c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, leipzig@fau.org
Magdeburg . . . FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
Potsdam . . . . FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, (0176) 29 55 01 00, faupdm@fau.org, www.fau-potsdam.de.vu, Treffen des ASy jeden Fr. 19.00 Uhr, Präsenzzeiten jeden Donnerstag 17-19 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGA, Charlottenstraße 28 in Potsdam

Region Süd

Aschaffenburg Kontakt über Frankfurt/M.
Dachau . . . . . Kontakt über München
Dreieich . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, fauffm@fau.org
Freiburg . . . . . FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mi. gegen 20.00 Uhr im autonomen Zentrum KTS
Gießen . . . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Cafè Sabotage — offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Lich . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, fauli@fau.org
Mainz . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
München . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, faum@fau.org, www.faum.de - öffentliches Treffen jeden Mi. ab 19.00 Uhr in der Schwanthaler Str. 139 (Rg)
Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), offenes Treffen jeden 2. und 4. Do. ab 19.19 Uhr im EineWeltHaus in der Schwanthalerstraße 80 (Rg), www.fau-amsel.info.ms (0179) 72 06 614
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, faunw@fau.org
Nürnberg. . . . . fnbg@gmx.de
Tübingen . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

FAU-CH . . . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
Bern . . . . FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, bern@fauch.ch

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate:
bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Hamburg | West: Düsseldorf (reko-west@fau.org) | Ost: Postdam | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, secretariado@iwa-ait.org, www.iwa-ait.org

Allerletzte Sahne

Arbeitsbedingungen in Lehrjahren. Interview mit zwei Konditorlehrlingen

Jedes Jahr im September beginnt sie, die große Heulerei über die Ausbildungsmisere: Zu wenige Plätze für zu viele BewerberInnen, immer mehr Abiturienten gehen in die berufliche Ausbildung und verdrängen damit Haupt- und Realschülerinnen vom Arbeitsmarkt — zu einem nicht geringen Teil für immer. Man solle deshalb glücklich und dankbar sein, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu haben. Und vor allem gilt es durchzuhalten. Lehrjahre sind eben keine Herrenjahre.
Die Direkte Aktion sprach mit zwei Auszubildenden im Konditoreibereich. Was Lehrjahre für junge Menschen bedeuten, vor allem im Handwerk und anderen kleinen Klitschen, zeigt dieses Interview beispielhaft. Dabei wird deutlich, dass Strategien gegen die beschriebenen Zustände, die zum Teil eher die Regel als die Ausnahme darstellen, noch zu entwickeln bzw. wiederzuentdecken sind. Bisher stehen die Betroffenen ziemlich allein da.

- DA: Stellt Euch doch mal kurz vor.

An: Ich arbeite in einer kleinen Bäckerei/Konditorei in Berlin-Charlottenburg als Konditorlehrling. Neben mir als Lehrling arbeiten dort noch zwei Verkäuferinnen, eine Konditorin, ein Bäcker und ein Meister, der auch Konditor ist.

Ad: Ich arbeite in einer etwas größeren Konditorei — aber jetzt auch nicht wirklich groß — in Berlin. Besonders daran ist, dass es eine biologische Vollkornbäckerei ist. Wir haben fünf Läden, da arbeiten, glaube ich, jeweils ein Verkäufer bzw. eine Verkäuferin. In der Bäckerei sind vier Leute, davon eine Azubi — eine Frau. In der Konditorei sind wir im Moment zu dritt und damit gnadenlos unterbesetzt. Es gibt zwei Chefs, die die Besitzer sind. Und bei mir gibt´s noch eine Konditormeisterin.

- DA: Lernt Ihr eigentlich etwas oder seid Ihr einfach nur billige Arbeitskräfte?

An: Bei mir ist das Problem, dass wir sowieso an Torten sehr wenig machen, und wenn, dann macht das entweder der Meister oder die Konditorin. Die hat dort auch gelernt und arbeitet dort schon ewig — deshalb vertraut der Meister ihr dann gewisse Sachen an. Ich durfte bis jetzt gerade mal einen Blechkuchen machen. Ich bin jetzt im dritten Lehrjahr, und ehrlich gesagt kann ich jetzt so viel wie eine bessere Hausfrau. Dementsprechend wird mir auch vorgeworfen, dass ich ja überhaupt nichts kann. Ich kann nun mal nur so viel, wie man mir beigebracht hat. Und ich glaube, dass ich Glück habe, wenn ich meine Abschlussprüfung schaffe.

Ad: Bei mir legt die Meisterin eigentlich schon sehr viel Wert darauf, dass ich auch etwas beigebracht bekomme — allein schon deswegen, dass ich besser mitarbeiten kann. Sie begreift das als ihre Aufgabe. Das Problem ist allerdings im Moment, dass wir gnadenlos unterbesetzt sind und ich dann bei neuen Sachen immer ins kalte Wasser geschmissen werde. Und dann muss man es können oder irgendwie machen. Zwar ist es nicht so, dass es mir in so einer Situation zum Vorwurf gemacht wird, wenn ich es nicht kann. Dennoch ist es nicht so, wie es eigentlich vorgesehen ist, nämlich dass mir die Sachen langsam beigebracht werden. Man ist da voll in der Produktion, und alles was man lernt, lernt man dabei. Auch wenn das nicht unbedingt gewünscht ist, das funktioniert gerade nicht anders.



An: Ein weiteres Problem bei mir ist das Gehalt. Ich kriege keine Gehaltsabrechnung. Das Geld wird mir nur auf mein Verlangen hin gegeben. Wenn ich sage: „Chef, mein Kühlschrank ist leer, ich brauche jetzt unbedingt mal wieder Geld", dann bekomme ich 50 Euro auf die Hand. Ich muss selber dafür sorgen, dass ich ungefähr 300 Euro im Monat zusammenkriege, muss also selber total hinterher sein. Urlaub wird bei uns prinzipiell nicht aufgeschrieben, und eigentlich glaube ich schon, dass ich noch ein paar Wochen habe. Urlaub an sich ist selten. Bei uns muss er von langer Hand geplant, ja, erbettelt werden. Am Ende kriegt man nochmal eins reingewürgt und darf dann erst in Urlaub gehen. Ich hab auch schon versucht, meinen Chef darauf aufmerksam zu machen, und hab auch abgemahnt und alles Mögliche mit meiner Mutter unternommen, weil die mich da am Anfang sehr unterstützt hat, da ich ja keine Ahnung davon hatte. Aber der Chef reagiert eigentlich überhaupt nicht darauf. Er verspricht, dass alles besser wird, und am nächsten Tag ist man doch wieder der Arsch, den er anschreit.

Ad: Ich habe — grob geschätzt — eine lustige 50-Stunden-Woche. Es wird nichts aufgeschrieben, nichts abgebummelt. Wie schon gesagt, wir sind mindestens ein bis zwei Leute zu wenig. Und das arbeiten wir alles mit. Das Problem ist, dass die Belegschaft und auch die Meisterin schon sagen, dass das nicht mehr geht — die haben schließlich alle irgendwelche krassen Krankheiten an den Beinen —, aber es letztlich wird viel geredet und wenig gemacht, um sich gegen die Chefs durchzusetzen. Der Urlaub ist aber korrekt. Ich habe relativ viel Urlaub: 24 Tage, die kriege ich auch; und ich habe jetzt auch mal einen Tag mehr bekommen, wegen Überstunden, damit eine Woche voll wird. Das ist schon noch okay. Ich erhalte auch die Gehaltsempfehlung der Konditoreninnung. Im zweiten Lehrjahr waren es jetzt 320 Euro netto. Das ist nicht viel. Aber es kommt regelmässig. Bei den anderen sieht es ganz anders aus, die warten seit Monaten auf ihren Lohn.

An: Ich habe schon mal versucht, mit der Konditorin zu sprechen, dass sie mir doch mehr beibringt. Aber das Problem ist, dass sie total viele Überstunden macht und einfach gar keine Zeit dafür hat. Und mit dem Meister lässt sich überhaupt nicht reden — das geht einfach nicht. Er ist, glaube ich, auch überhaupt nicht gewillt, mir etwas beizubringen. Der sagt immer: „Ja klar, nächste Woche machen wir mal ´ne Torte". Doch die einzige Torte, die ich jemals gemacht habe, war kurz vor meiner Zwischenprüfung in der überbetrieblichen Ausbildung.

- DA: Das mit der Bezahlung entspricht ja auch in keiner Weise irgendwelchen Standards. Hast Du schon mal erwogen, dagegen zu klagen, oder befürchtest Du, danach gemobbt zu werden?

An: Naja, gemobbt werde ich ja jetzt schon. Aber dann wäre es noch schlimmer. Und ich denke nicht, dass ich dann sofort einen anderen Job bekomme. Ich habe jetzt noch ein Jahr und hoffe, dass ich das irgendwie rumkriege. Ich werde danach sowieso nicht übernommen, weil ich ja nichts kann. Meine Kollegin hatte da schon mal einen Riesenstress mit dem Chef angefangen und auch gekündigt. Aber er hat sie dann so lange bearbeitet, bis sie wieder da war. Das Problem mit der Bezahlung ist bei allen gleich. Urlaub bekommt nur die Konditorin regelmäßig, der Bäcker — er ist jetzt, glaube ich, seit anderthalb Jahren bei uns — hatte, soweit ich weiß, mal eine Woche. Er arbeitet sechs Tage die Woche und hat quasi keinen Urlaub.

- DA: Sind bei Euch Sachen wie erhöhter Krankenstand vorgekommen?

An: Nee, also bei mir gar nicht. Ich war insgesamt — ich bin nun im dritten Lehrjahr — fünf Tage krank. Und neulich war ich drei Tage am Stück krank. Das war vor ein paar Monaten, und da hieß es dann auch: „Ja, die ist scheinkrank". Wenn man also krank ist, bekommt man schon ziemlichen Ärger. Und außerdem weiß ich auch, dass meine Kollegen — gerade die Konditorin, mit der verstehe ich mich ziemlich gut — den ganzen Scheiß zusätzlich machen muss, wenn ich nicht da bin.

- DA: Seht Ihr Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeit in Euren Betrieben?

Ad: Das funktioniert ja nur mit den anderen Leuten. Und wenn es dazu kommt, denke ich, dass sich da etwas mit äußerem Druck, zumindest erstmal als Drohung, machen lässt. Das muss man noch ein bisschen ausloten — ich habe so konkret noch nicht zur Sprache gebracht, dass es auch diese Möglichkeit gibt. Ich glaube, es ist allgemein das Dilemma in so kleinen Klitschen, dass man sich nicht einfach mit zehn Leuten zusammensetzen kann und auch nicht ohne den Rest der Belegschaft etwas machen kann, bei dem ja eindeutig ist, von wem es ausgeht, so dass die Person im Endeffekt gearscht ist. Man darf nicht unterschätzen, was dann für ein Mobbing stattfindet. Schon ohne gezielte Kampfformen ist das recht krass, wenn z.B. irgendwelche Sachen nicht gemacht werden. Solche kleinere Sachen gibt es ja schon, also dass einfach irgendwann gesagt wird: „Nee, machen wir nicht mehr". Das ist aber sehr sporadisch und jedes mal mit einem Riesenstress verbunden. Da organisierter ranzugehen — dafür gibt es jetzt noch nicht wirklich Ansätze. Man muss mal schauen, wie es jetzt weiterläuft.

Das Interview führten Mitglieder des Allgemeinen Syndikats Potsdam

Kolumne Durruti



Was bedeutet eigentlich Unterschicht? Und was Prekariat? Da hat es zuletzt einige Verwirrung gegeben. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck dachte, „Prekariat" sei der soziologische Terminus für „Unterschicht" und verwendete es so. Sein Arbeitsminister hielt dem entgegen, das möge ja sein, sei aber völlig egal, weil es in unserem Land weder das eine noch das andere gäbe. Herr Müntefering nämlich vermag zwischen Josef Ackermann und der Frau, die in seiner Mülltonne nach Pfandflaschen taucht, keinen Unterschied zu entdecken. Sauerländischer Katholizismus: Vor Gott und nach dem Tode sind wir ja doch alle gleich.

Vorher allerdings verbringen wir ca. 73 Jahre in etwas, das man früher „Volkskörper" nannte. In diesem haben wir Arbeit zu geben, zu nehmen oder zu suchen. Aber nach Müntefering hat so ein Volkskörper keine Schichten, obwohl sonst fast alles auf der Welt geschichtet daherkommt: Torten, Ausgrabungsstätten, ja, sogar — folgen wir dem Naturforscher Günther Grass — ein unscheinbares Gemüse wie die Zwiebel. Alles was eine Außenhaut und ein Innenleben hat, verfügt damit bereits über mindestens zwei Schichten.

Wenn wir uns nun aber die Gesellschaft als Schichtenmodell vorstellen wollen — z.B. als Torte —, werden auch Unterschiede zwischen den Schichten deutlich, die über die rein räumliche Zuordnung von „oben" und „unten" hinausgehen.

Oben sind z.B. immer diese fetten kleinen Sahnehäubchen (Josef Ackermann), darunter eine geile Creme, in deren schmieriger Pracht man sich gierig suhlen möchte (Claudia Schiffer, Thomas Gottschalk & Co.), dann ein paar alkoholschwangere Früchtchen (Beck, Müntefering) in formbarer Gelatine (Wahlvolk) und schließlich ganz unten ein trockener, harter Boden (Neukölln, Wedding, Marzahn), den man zur Seite schiebt, um noch Platz für ein weiteres Törtchen zu haben. Die Torte einfach umzudrehen, bringt gar nichts. Dann sieht sie scheiße aus und fällt schlimmstenfalls auseinander (DDR). Aber: Die Gelatine versikkert. Statt einer leckeren Torte haben wir bald nur noch monströse Sahnehaufen auf matschigem Bodensatz. Und die besoffenen Früchtchen kullern haltlos herum und versuchen, sich mit fehlinterpretierten Fachtermini wichtig zu machen. Womit wir bei Beck und seiner Verwendung des Wortes Prekariat wären.

Eigentlich ist das nämlich eine Wortschöpfung aus der Soziologie der 80er Jahre und bezeichnet jene Teile des Proletariats, die von der postindustriellen Gesellschaft nicht mehr benötigt werden. Deshalb hebt man ihre Tarifverträge auf, nimmt ihnen den Kündigungsschutz und lässt sie in der wirtschaftlich prekären Situation von Tagelöhnern zurück. Daher das Wort. Eine zweite Auslegung leitet es von „Precarium" ab, einem „auf Widerruf gewährten Besitzverhältnis". Diese ist bei Ackermann und seinen Kumpels sehr beliebt, weil dabei alle außer ihnen selber zu Prekariern werden. Sie allein geben schließlich die Arbeit, die wir dann nehmen dürfen, sofern wir nicht mehr Lohn als ein Kindersklave in Bangladesch verlangen. In beiden Fällen geht es also um Leute, die arbeiten, und sei es für einen Hungerlohn.

„Unterschicht" aber bezeichnet Leute, bei denen nichts mehr geht, die in der Ecke liegen und sich jeden Tag von der Stütze besaufen — sofern das bei 345 Euro im Monat möglich ist —, die also gesellschaftlich hoffnungslos im Arsch sind. Ich würde daher „Rektariat" vorschlagen, wenn es denn unbedingt ein neues Wort braucht.

Weil aber die Trennlinie zwischen beiden Schichten inzwischen so unscharf geworden ist, sollte man sicherheitshalber jeden Morgen in sich gehen und sich fragen, ob die eigene Position in der Gesellschaft noch prekär oder schon rektal ist. Dafür gibt es simple Parameter: Wenn ihr euch z.B. Sorgen macht, weil ihr im Zimmer eures Sohnes drei automatische Waffen, zwei Kilo Sprengstoff und einen Grundriss seiner Schule gefunden habt, dann seid ihr mit Sicherheit Prekarier. Denn Unterschichtenkinder haben keine Zimmer! Die werden im Blumentopf oder im Kühlschrank aufbewahrt.

Dass die Unterschicht größer wird, hat nichts mit Fortpflanzung zu tun. Sie wächst an, weil Prekarier zu sein auf Dauer ganz schön schlaucht — und nicht halb so viel Spaß macht, wie sich bei Sabine Christiansen über Bildungschancen von geistig schwerstbehinderten Alkoholikerkindern ohne Kopfbehaarung auszulassen. Aber das können die Herren Beck und Müntefering natürlich nicht wissen. Bei denen ist ja noch umstritten, ob es in einer Gesellschaft überhaupt Schichten gibt. Geschweige denn Klassen.

Markus Liske (www.markusliske.de)

TERMINE

▶ BERLIN
(FAU-Lokal, Straßburger Str. 38)
Fr. 23. März, 20.00 Uhr:
Vortrag: **Betriebe in Arbeiterhand II**
Wilder Bergbau in Polen
Fr. 30. März, 20.00 Uhr:
Joe Hill-Abend
Allerlei von und über Joe Hill: Kurzreferat, Musik und Film
Fr. 6. Apr., 20.00 Uhr:
Vom Tellerwäscher zum Revolutionär
Info und Diskussion über Arbeitsverhältnisse im Gastrobereich
Fr. 20. Apr., 20.00 Uhr:
Wege zu einer menschenwürdigen Pflege
Workshop zu Strategien im Kampf der Pflegeberufe

▶ BIELEFELD
Do. 1. März und Do. 5. Apr., jeweils 20.00 Uhr:
AJZ Bielefeld
Beba la Anarkia
Film + Kneipe

▶ DUISBURG
Sa. 10. März, 19.00 Uhr:
AZ-Mülheim
If I can´t dance it´s not my revolution
„Die vergessene Revolution im Ruhrgebiet März 1920", ab 21.00 Uhr Konzert & Party

▶ HANNOVER
Di. 20. März, 20.00 Uhr:
UJZ, Kornstrasse 28-30
Lebenserfahrung und Geistesarbeit
Simone Weil und der Anarchismus. Lesung mit Lou Marin
Do. 22. März, Fr. 23. März und Sa. 24. März, jeweils 20.30 Uhr:
Kino im Sprengel, Schaufelder Straße 33
Achtung Gefahr Arbeit (Attention Danger Travail)
Erstaufführung des franz. Anti-Arbeits-Films (O.m.U.)

▶ MAGDEBURG
Fr. 16. März, 19.00 Uhr:
Feuerwache, Halberstädter Strasse 140
Faschismus und soziale Frage
Vortrag und Diskussion mit Karl-Heinz Roth

▶ MÜNCHEN
Sa. 17. März, 20.00 Uhr:
Café Marat, Thalkirchner Str. 104
Lieder für die Arbeiterklasse
Konzert mit Commandantes (Bielefeld), Sick Sinus (Dachau) u.a.

▶ MÜNSTER
(Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57)
Mi. 14. März, 20.00 Uhr:
Krimileseabend: **Das Syndikat schlägt zurück**
Mi. 28. März, 20.00 Uhr:
Themenabend: **Bildung im Neoliberalismus**
Mit der offenen Bildungs-AG der FAU Münster
Mi. 11. Apr., 20.00 Uhr:
Heraus zum Ersten Mai!
Rundgang durch die Welt der Revolutions- und Arbeiterlieder
Mi. 25. Apr., 20.00 Uhr:
Einführung in den Anarchosyndikalismus

▶ NÜRNBERG
Fr. 16. März, 20.00 Uhr:
Kunstverein, Frankenstr. 200
Lieder für die Arbeiterklasse
Konzert mit Commandantes (Bielefeld) u.a.

Literaturempfehlung zu Gipfelprotest

Harald Beyer-Arnesen, „Direkte Aktion — Zum Verständnis eines Konzeptes“, in: Direkte Aktion, Nr. 143, Jan./Feb. 2001 (als PDF zu finden unter: www.fau.org/texte). FAU Münster (Hg.), Globalisierung und Widerstand, Moers 2001 (bestellbar auf www.syndikat-a.de).

Airbus: Standort über alles

Airbus ist ein Unternehmen, das in den letzten Jahren vor allem durch erhebliche Managementfehler auf sich aufmerksam machte — zuletzt durch Auslieferungsverschiebungen eines Großraumfliegers und Probleme bei einem Langstreckenflugzeug. Die durch immense Zusatzsummen entstandene Profitklemme beabsichtigt die Konzernleitung nun durch ein ominöses Sanierungsprogramm namens „Power 8“ auf Kosten der Beschäftigten zu lösen. „Gesundschrumpfung“ wird dies genannt. Nach ersten Angaben sollen bis 2010 fünf Mrd. Euro eingespart werden, ein Abbau von über 10.000 Arbeitsplätzen in Europa, knapp 8.000 davon in Deutschland sei die Folge, so befürchtet man. Das erzürnt die Beschäftigten umso mehr, da das kurzfristige Profitinteresse nur allzu deutlich ist: Entlassungen und Werksschließungen bei einer Rekordauftragslage und auf Jahre hinaus ausgelasteten Werken?

Richtig interessant wird die ganze Geschichte aber erst durch das Drumherum: Das Mutterunternehmen, der Rüstungskonzern EADS, wurde nämlich gebildet, um der US-Dominanz etwas entgegenzusetzen und technologische Systemführerschaft bei der Herstellung fliegenden Kriegsgeräts zu erlangen. Auf diese Weise sollen die staatlichen Rüstungsmilliarden vor allem Europas eingesackt werden — nicht zuletzt auch ein Förderungsprogramm des europäischen Kapitals. Ein Aktionärsabkommen legt z.B. Beteiligung und Rolle Deutschlands und Frankreichs fest. Dennoch kommt es bei diesem multinationalen Konzern zum Zusammenprall nationalstaatlicher Interessen. Es geht schließlich um den Standort.

(Fortsetzung gegenüber ...)

Basis statt Gipfel

Ein Diskussionsbeitrag zum G8-Protest in Heiligendamm

Das politische Großereignis des Jahres steht an. Gruppen aus der gesamten Linken mobilisieren in fiebriger Erwartung gegen das Gipfeltreffen der G8 im Juni in Heiligendamm. Wie bei vorangegangenen Gipfelprotesten zeichnet sich ein breites Bündnis ab. Dementsprechend gibt es eine breite Palette an Vorstellungen über die Art des Protestes, Kritikpunkten und programmatischen Inhalten. Einigkeit herrscht bei den Beteiligten darin, dass es richtig und nötig sei, dort präsent zu sein, entweder um eine Gegenmeinung zu artikulieren oder gar mit Aktionen gegen die G8 und die damit assoziierten Verhältnisse anzugehen. Was genau man sich von dem jeweiligen Vorgehen erwartet und was der Zweck dessen sein soll, bleibt jedoch unterschiedlich. Andere wiederum stellen den Sinn von Gipfelprotesten gänzlich in Frage, halten sie für die falsche Strategie, um etwas an den Verhältnissen, die Gegenstand der Kritik sind, zu verändern. Es stellt sich also die Frage nach Sinn und Unsinn der Proteste in Heiligendamm. Es ist hier nicht möglich, alle Fässer, die in diesem Themenkomplex lagern, zu öffnen; im folgenden sollen aber grundlegende Fragen des Für und Wider erörtert werden.

Demonstrationsnorm

Demonstrationen sind häufig normativ bedingt. Im Rahmen der politischen Ordnung werden sie neben dem Wahlverhalten als einzige legitime Ausdrucksform verstanden, auf die Entscheidungen der Politik Einfluss zu nehmen. Wenn sich überhaupt ein Mechanismus benennen lässt, mit dem dadurch allein der gewünschte Effekt erzielt werden soll, dann besteht dieser darin, sich quasi als „außerparlamentarische Lobby“ zum Einflussfaktor zu machen. D.h., man tritt als Masse in Erscheinung, die der Politik vor Augen führt, dass es einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung gibt, der mit bestimmten politischen Entscheidungen nicht zufrieden ist. Die erwartete Konsequenz ist dabei ein Einlenken der Politiker, sei es aus Rücksicht auf das Wählerpotential, sei es aufgrund der Befürchtung, der Unmut könne zu größerem transzendieren. Oftmals wird damit die Frage der demokratischen Legitimität verbunden.

Die Politik erkennt diese Form der Meinungsäußerung an, sanktioniert sie gewissermaßen. Im Endeffekt ist sie aber recht wirkungslos. Denn Politiker verkünden unverhohlen, derartige Proteste, die ihnen gegen den Strich gehen, aussitzen zu wollen. Die Politik folge schließlich gegebenen Sachzwängen. Wer in diese keine Einsicht zeigt, dem gälte es, diese zu vermitteln. Spätestens hier wird deutlich, dass es andere Einflüsse sind, die den längeren Hebel bewegen. Und die sind in der Regel ökonomisch bedingt, betreffen also eben jenen Bereich, in dem die zu bekämpfenden Verhältnisse verortet sind. Demonstrationen selbst sind also immer indirekt und bleiben nichts als fromme Appelle an die politische Bürokratie, eine Bürokratie, die einem ökonomischen Einfluss unterliegt, dem allenfalls der Schein einer demokratischen Legitimität anhaftet.

Wenn auch die parlamentarische Linke und die Gewerkschaften nur geringfügig bereit sind, über die vorgegebenen Spielregeln hinauszugehen, so erkennt doch ein großer Teil der Linken die Sinnlosigkeit appellativer Einflussnahme. Demonstrationen werden hier als Mittel zum Zweck einer weitergehenden Strategie verstanden, während mit anderen Formen des Protestes der Betätigungsradius erweitert werden soll.

Strategische Momente

Proteste lassen sich nämlich über die Meinungsäußerung hinaus als zündendes diskursives Ereignis fassen, als Kommunikationsmittel nach außen und als Plattform. In diesem Sinne geht es bei der Zurschaustellung von Kritik nicht um Appelle, sondern um die bewusste Etablierung einer Gegenmeinung in der Öffentlichkeit als Vorbedingung einer breiteren sozialen Bewegung. Diese Überlegungen sind verständlich, aber versehen mit einigen Haken und Ösen.

Kommunikationsmittel

Oft genannte Absicht ist die Delegitimierung der G8 durch das entschlossene Auftreten einer starken Bewegung. Sie soll zeigen, dass die Politik der G8 nicht selbstverständlich akzeptiert wird und es Perspektiven des Widerstands gibt. Das Problem besteht allerdings darin, erheblich von den Medien abhängig zu sein, um das in dem gewünschten Maße in die Gesellschaft hinein kommunizieren zu können. Sicherlich ist es realistisch, den Fokus der Öffentlichkeit von den Verlautbarungen der Mächtigen weg auf Formen des Protestes und Widerstands lenken zu können. Doch die Medien nutzen zu wollen, ist mehr als ein Spiel mit dem Feuer. Das Auftreten der Massen sowie die spektakulären Aktionen und eventuelle gewaltsame Auseinandersetzungen sind zwar gern gesehener Stoff für die Medien, dass sie aber die Inhalte transportieren werden, ist mehr als illusorisch. Das bleibt dann letztlich wieder an den alternativen Strukturen hängen. Und da ist man dann wieder unter sich.



Was bleibt, ist dann zwar die Feststellung der Öffentlichkeit, dass es wohl eine kritische Masse gibt, die Fragen nach dem Wieso, Wie und Wohin bleiben aber ungeklärt. Letztlich liefert man sich sogar der Desinformation und der Diskreditierung aus. Zwar gibt es die Überlegungen, gerade dieses Problem durch den Einbezug gesellschaftlich einflussreicher Gruppen, ob Parteien, Gewerkschaften oder NGOs, zu überwinden. Doch zum einen ist auf dieser Grundlage keine gemeinsame Botschaft über ein „Dagegen“ hinaus möglich, zum anderen sind es gerade diese Gruppen, die sich von den Inhalten, die über die verfasste Ordnung hinaus gehen, dezidiert distanzieren, sich also kaum als Vehikel einspannen lassen.

Plattform

Eine radikale Linke, die meint, das Ereignis Gipfelprotest nutzen zu können, um aus einem Zustand der Isolation in die gesellschaftlichen Verhältnisse intervenieren und Impulse für soziale Bewegung geben zu können, ist schön gedacht, leider aber ein theoretischer, weil künstlicher Gedanke. Eine oft genannte Richtschnur ist das Beispiel Italien, in dem es nach den Protesten in Genua eine spürbare Revitalisierung der sozialen Bewegungen gab. Das ist zwar richtig, aber kaum auf die deutschen Verhältnisse projizierbar.



Die italienische Linke ist traditionell kämpferischer und basisorientierter eingestellt, Organisierung ist den Linken kein Gräuel und soziale Kämpfe stehen auf der Tagesordnung. Das Gewerkschaftsspektrum leidet nicht unter der verkrusteten Einheitskonzeption wie in Deutschland und revolutionäre Inhalte sind keine Seltenheit. Das Phänomen einer radikalen Linken, die im Wesentlichen studentisch geprägt ist und zwar gerne Teil der sozialen Kämpfe wäre, aber theoretische Fachsimpeleien der Basisorganisierung vorzieht, ist — in diesem Ausmaß — der deutschen Landschaft vorbehalten.

Auch die alte radikale Linke/Arbeiterbewegung in Deutschland sah in Protesten kein revolutionäres Mittel, aber schätzte ebenso ihre impulsgebende Wirkung — mit dem bedeutsamen Unterschied, dass hier Leute zusammenkamen, die separate Kämpfe alltäglich an den Arbeitsplätzen und in den gesellschaftlichen Bereichen ausfochten. Eine Demonstration diente u.a. dazu, die kollektive Stärke zu zeigen/erfahren und Kraft zu schöpfen für die weiteren Kämpfe.

Nicht so die heutige deutsche Linke. Sie meint, sich entweder bei kämpfenden Lohnabhängigen anbiedern zu müssen, oder imaginiert sich zur Vorhut einer sozialen Bewegung. Eigene Betroffenheiten werden gekonnt zur Seite geschoben, Organisierung im Alltag nicht mal in Erwägung gezogen. Und das, obwohl sogar der studentische Anteil des Protestspektrums das dringend nötig hätte. Generation Praktikum lässt grüßen.

Das Urteil scheint hart, aber angemessen: Die Proteste als Plattform zu nutzen, macht nur dann Sinn — es klingt banal –, wenn es darum geht, in Berührung mit anderen zu kommen, Erfahrungen auszutauschen, die dazu beitragen können, sich von falschen Vorstellungen und Strategien zu verabschieden. Nur leider scheint es wahrscheinlich, dass der Protest in diesem Sinne zum Schaulaufen verschiedenster Gruppierungen verkommt, zum Ringelpietz mit Anfassen. Es werden weiterhin unzählige neue Kampagnen angedacht und das Credo der Vernetzung beschworen. Für all das bedarf es aber keines Megaereignisses wie des Gipfelprotestes. Möglichkeiten dazu gibt es in der linken Eventkultur zu genüge.

Blockadeaktionen

Neben den migrationspolitischen und antimilitaristischen Aktionstagen, deren Sinn hier wohl nicht zur Debatte steht (nur schade, dass diese Aktionen im Alltag zu kurz kommen), ist vor allem über die Blockadeaktionen zu reden. Es wird häufig die Absicht geäußert, das G8-Treffen zum Fiasko zu machen, wenn nicht sogar zu verhindern. Was damit bezweckt wird, mag in der Einzelmeinung unterschiedlich ausfallen. Die eine begreift einen solchen vermeintlichen Erfolg als Teil der diskursiven Strategie der Delegitimation, der andere glaubt tatsächlich, damit die hohen Damen und Herren an „bösen“ Entscheidungen zu hindern. Andere wiederum wollen einfach nur Rabatz machen, während andere die Kosten (materiell und imagemäßig) so hoch wie möglich treiben wollen, damit derartige Treffen entweder verunmöglicht werden oder in Zukunft versteckt stattfinden müssen — was selbstverständlich auch zur Delegitimationsstrategie zu zählen ist.

Was auch immer der diskursive Effekt solcher Aktionen im Falle des Erfolgs sein mag — er hängt, wohlgemerkt, stark von der medialen Mittlerfähigkeit ab (siehe oben) –, technisch wird er eine verschärfte Reaktion der Regierungen bedeuten. Entweder wird die polizeiliche und paramilitärische Sicherung der zukünftigen Gipfel zur offenen Repression eskaliert, oder er wird, wie es sich so manche G8ler wünschen, nur noch an Orten mit russischen Verhältnissen steigen. Beides wäre selbstverständlich eine Delegitimierung, erreicht wäre damit aber noch lange nichts.

Es mag zynisch klingen: Die Vorstellung, dass sich die großen Staatschefs für ihre Gipfel verstecken müssen, mag zwar vielsagend sein, aber würde nicht genau das der „Bewegung der Bewegungen“ das Genick brechen? Keine Gipfel zum stürmen mehr, keine Großereignisse als Impulsgeber der sozialen Bewegung, keine Plattform, keine Kommunikationsmittel ... Wie noch die G8 delegitimieren ohne Medien, wieder alleingestellt, angewiesen auf Flugis und Indymedia?

Berge umgehen, nicht durchklettern

Es ist nur allzu klar. Das Dilemma einer antikapitalistischen Bewegung mit dem Konzept Gipfelprotest besteht genau darin, dass sie auf diese Gipfel angewiesen ist. Zwei Jahre arbeitet sie an der Mobilisierung, knackt sich die Zähne an bündnispolitischen Brocken aus, organisiert Vorbereitungen, Aktionen, Veranstaltungen, stemmt die Logistik, verballert Unmengen an Propagandageldern usw. usf. Und so geht es reihum, ein Gipfel nach dem anderen; darin besteht die Programmatik.

Was würde die „Karawane der neuen Widerstandbewegung“ ohne sie machen; wenn es keine Möglichkeiten mehr gibt, auf politischen Events die Scharade von „Charaktermasken“ der kapitalistischen Ordnung zu besudeln, um, so wird gehofft, Bewegungen zu stimulieren? Vielleicht würde sie dann ja wieder mit einer antikapitalistische Politik auf einer alltäglichen Basis, eben in den Bereichen kollektiv und organisiert kämpfen, in denen sich der Kapitalismus manifestiert: in der tagtäglichen Ausbeutung und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

Das ist zwar deutlich langweiliger und weniger heroisch, ist keine „Politik, die Spaß macht“, dafür bietet es aber die einzige Möglichkeit, das zu bekämpfen, wogegen sich der Gipfelprotest doch eigentlich richtet. Der Maskenball der G8 ist dafür ganz unwesentlich, er ist nicht mehr oder weniger schlimm, als die materielle Basis, auf die sich der Kapitalismus stellt. Wenn wir glauben, dass es eine bestimmte Wirtschafts-, Handels- oder Finanzpolitik der G8, der WTO oder des IWF ist, die es zu ändern gilt, dann erliegen wir dem Trugschluss, dass sich mit Geld etwas bekämpfen ließe, was in der Institution der Geldbeziehungen überhaupt seine Ursachen hat. Selbst als beschmutztes Symbol führen diese Organisationen nur in die Irre, weil es genau dies suggeriert und nicht etwa vermittelt, dass es darum geht, den Kapitalismus in seinen Grundfesten zu attackieren, anstatt auf eine Politik des Indirekten zu setzen.

Eine soziale Bewegung wächst durch die Erfahrungen im alltäglichen Kampf, wo Menschen selbstbewusst auftreten, sich kollektiv zur Wehr setzen. Widerständigkeit im Alltag sprengt mehr Normalität als jedes diskursiv inszenierte Großereignis.

Wenn also das die Konsequenz wäre, dann sage ich: Ja, stürmt die Gipfel, einen nach dem anderen, jagt sie davon in die tiefsten Höhlen ... damit es endlich etwas besseres zu tun gibt.

Holger Marcks



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Eine Art Vorwort

Kontrolle, Überwachung, Einschüchterung. Drei Instrumente, die in letzter Zeit immer mehr um sich greifen. Mit den technischen Möglichkeiten wachsen die Begehrlichkeiten ins Bodenlose, zu jedem Zeitpunkt über den Aufenthaltsort und die Kommunikationsgepflogenheiten eines jeden und einer jeden von uns im Bilde zu sein. Doch nicht nur staatliche Stellen wünschen sich eine möglichst lückenlose Überwachung und Erfassung. Auch am Arbeitsplatz hat das Ausmaß der Überwachung der Beschäftigten ganz neue Dimensionen erreicht. In den USA liest der Boss an einem von zwei Arbeitsplätzen mittlerweile die Kommunikation der Beschäftigten mit, akustische und Videoüberwachung nehmen auch hierzulande immer mehr zu. Die Wirtschaft bereitet sich auf die großflächige Einführung von RFID-Etiketten vor und träumt vom gläsernen Konsumenten mit jederzeit transparentem Konsumverhalten. „Der große Bruder schaut dich an" haben wir diese Rubrik getauft. Das stammt, Ihr habt es natürlich bereits erraten, aus George Orwells düsterer Zukunftsvision „1984". Nicht so sehr, ob der Autor ein Visionär in Sachen Überwachungstechnik gewesen sein mag, hat uns zur Titelwahl veranlasst. Orwell hat vor allem eine Vision davon entwickelt, wie eine totalitäre Kontrollgesellschaft vor dem Hintergrund eines permanenten inneren und äußeren Krieges funktioniert. Und das macht „1984" im beginnenden 21. Jahrhundert auf gewisse Weise aktueller denn je.

BRD: Staats-Hacking in NRW seit 1. Januar legal

In Nordrhein-Westfalen ist es dem Landesamt für Verfassungsschutz seit dem 1. Januar 2007 gestattet, mit dem Internet verbundene Rechner online anzugreifen und sich Zugriff auf dort gespeicherte Daten zu verschaffen. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür wurden durch eine Ergänzung des § 5 des Verfassungsschutzgesetzes NRW geschaffen. Die Landesregierung sieht auch nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofes in Sachen „Online-Durchsuchung" keinerlei Veranlassung ihr Gesetz zu ändern. Gegen diese Praxis der Herrschenden hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der Humanistischen Union jüngst Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die „Lizenz zum Hacken" geht beim NRW-Verfassungsschutz weit über das hinaus, was in der öffentlichen Diskussion bislang eingestanden wird. So darf die Behörde nicht nur beobachten, sondern auch aktiv „teilnehmen". Gegenstand der Maßnahme sind im übrigen nicht nur „schwere Straftaten" oder „terroristische Bestrebungen", sondern alle, die in den Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzes NRW fallen. Durch einen zeitgleich ergänzten § 13 im bereits erwähnten Gesetz wird es dem VS NRW außerdem gestattet, „personenbezogene Daten in gemeinsamen Dateien mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und anderen Sicherheitsbehörden zu verarbeiten", wodurch Erkenntnisse auf dem Staats-Hacking auch anderswo Verbreitung finden können.

Panoptikum der Überwachungsmöglichkeiten

Auf der Website panopti.com.onreact.com findet sich ein ebenso unterhaltsamer wie lehrreicher Grundkurs darüber, welchen Datenspur jede und jeder von uns im Tagesverlauf hinterläßt. Egal ob Handy, Bewegung im öffentlichen Raum, Konsumverhalten oder Rechnernutzung, die kleine Flash-Animation zeigt eine Vielzahl von möglichen Schwachstellen im Umgang mit den eigenen Daten auf. Ausnahmsweise kann man für das kleine Lehrstück auch mal die Ausführung von Flash-Programmen im Browser zulassen.

Großbritannien: Überwachung bis auf die Haut

Bereits jetzt ist Großbritannien mit schätzungsweise 4 bis 5 Millionen installierten Überwachungskameras das El Dorado der öffentlichen Videoüberwachung. Mehr als 300 Mal pro Tag wird in den britischen Großstädten jede Person abgelichtet, die sich im öffentlichen Raum bewegt. Laut einem Bericht der Zeitung «Sun» plant die britische Regierung nun den nächsten Schritt. Sie möchte Straßenlaternen dazu benutzen, flächendeckend sog. „Terahertz"-Kameras zu installieren. Die extrem kurzwellige Strahlung ist in der Lage, textile Materialien zu durchdringen und zwischen Haut und Kleidung liegende feste Objekte abzubilden. Solche Geräte sind bereits am Flughafen London-Heathrow im Einsatz, dürfen dort nach öffentlichen Protesten allerdings derzeit nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung der Durchleuchteten eingesetzt werden. Dem jetzt aufgedeckten flächendeckenden Blick auf die Genitalien der PassantInnen ging keinerlei Information der Öffentlichkeit voraus.

Handbuch Computersicherheit

Einen recht umfassende und auch für EinsteigerInnen gut nachvollziehbare Übersicht über ganz unterschiedliche Aspekte im Zusammenhang von Computern und Sicherheit hat die „Rosa Antifa Wien" im Jahr 2006 herausgegeben. In einer rund 420 Seiten umfassenden PDF-Datei (http://raw.at/compsec/pdf/Computersicherheit-Handbuch-1.2.pdf), werden eine Vielzahl von Themen wie Verschlüsselung, Firewall, Absicherung gespeicherter Daten etc. in einfachen How-To-Beschreibungen behandelt. Zwar gibt es bei der derzeit vorliegenden Fassung 1.2 des Handbuches noch eine Reihe von Lücken (z.B. die Verwendung des «Tor»-Netzwerkes für erhöhte Sicherheit beim Surfen oder Hinweise für verschlüsseltes Instant-Messaging), das Handbuch ist jedoch „Work in Progress" und wird kontinuierlich erweitert. Unsere Empfehlung: unbedingt lesenswert!

EU: Anonyme E-Mail-Konten demnächst illegal?

Derzeit kursiert im Bundesjustizministerium ein Referentenentwurf, der u.a. vorsieht, dass die Anbieter von E-Mail-Konten künftig zwingend Nutzerdaten erheben müssen und eine eindeutige Zuordnung der Konten zu realen Personen sicherstellen müssen. Die Justizministerium bezieht sich dabei auf einen ähnlich lautenden Entwurf der EU-Bürokratie, der wiederum durch massiven Druck des BRD-Regierung zustande kam. Sollte der Referentenentwurf Gesetz werden, wäre es durchaus möglich, dass in der BRD E-Mail-Konten demnächst nur noch nach Legitimation mit Personalausweis eröffnet werden können. Die Community weist außerdem darauf hin, dass innerhalb der EU der Betrieb anonymer Remailer demnächst illegal werden könnte. Empfohlen wird, sich beizeiten mit E-Mail-Konten von Anbietern außerhalb der EU zu versorgen.

Mitmachen: Beiträge für diese Rubrik, insbesondere Infos zu Überwachung am Arbeitsplatz bitte an *da-bruder@fau.org*. PGP/GPG-Key auf Anfrage.

Friedhof der Kuscheltiere

Licht und Schatten bei Protesten gegen die Kommerzialisierung der Universitäten

Es tut sich was an deutschen Universitäten: Von Boykott, Besetzung und Sprengungen ist zu hören. Der „Aufstand der Kuscheltiere" der 90er Jahre mit seinen putzigen Versuchen, die Politik mit den „richtigen Argumenten" von ihrer „falschen Meinung" abzubringen, ist durch eine entschlossenere Protesthaltung abgelöst worden, und bei vielen Studierenden scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass nur die eigene Stärke das Mittel zum Erfolg ist.

Die Machtfrage haben Studierende in den letzten Wochen unter anderem mit der Kampagne „Boykott für Bildung" (siehe auch DA 178, 179) gestellt. An 36 Universitäten, schwerpunktmäßig in Niedersachsen und Baden-Würtemberg, wurde und wird zum Boykott aufgerufen. Bis zum Redaktionsschluss Mitte Februar war die Kampagne an 24 Unis bereits abgeschlossen. Leider konnten nur drei kleinere Universitäten in Karlsruhe — die Kunsthochschule, die Musikhochschule und die Hochschule für Gestaltung (HfG) — das selbst gesetzte Quorum von 30% Beteiligung erfüllen. An allen größeren Universitäten wurde es mehr oder weniger deutlich verfehlt. Knapp war es an der PH Heidelberg und an der Uni Hildesheim, hier fehlten nur wenige hundert BoykotteurInnen. Den Minusrekord stellte die Uni Würzburg auf, hier beteiligte sich weniger als ein Prozent der Studierenden.



Zu viele Studierende boykottieren den Boykott von Studiengebühren

David Howolt, der Vorsitzende des Studierendenausschuss der HfG Karlsruhe meint, dass die „persönlichen Kontakte" an einer kleinen Universität eine wichtige Rolle spielen „um Vertrauen zu gewinnen." Dies scheint den AktivistInnen an den meisten anderen Universitäten nicht gelungen zu sein. Es muss aber auch festgestellt werden, dass es offensichtlich nicht möglich war, eine relevante Anzahl von Studierenden für eine Aktionsform zu mobilisieren, mit der sie bei kalkulierbarem Risiko für sich selber die Einführung von Studiengebühren hätten in Frage stellen können. Auf einer Vollversammlung Mitte Februar beschlossen die Studierenden der drei Karlsruher Hochschulen, den Boykott auch ohne die Unterstützung der großen Universitäten fortzusetzen, und beauftragten ihren Studierendenausschuss damit, in Verhandlungen mit der Universitätsleitung zu treten.

Vorläufig verhindert wurden Studiengebühren in Münster. Dort „sprengten" am 17. Januar 2007 Studierende die Senatssitzung und verhinderten damit, dass die Einführung von Studiengebühren beschlossen werden konnte. Daraufhin verlegte die Rektorin die Sitzung in eine Kaserne außerhalb der Stadt. Doch auch dort ermahnten mehrere hundert Studierende die SenatorInnen, der Einführung von Studiengebühren nicht zuzustimmen. Dem kam der Senat auch nach und lehnte den Antrag des Rektorats auf Einführung von Studiengebühren ab. Da auf der Sitzung auch der Beschluss zu Einführung von Langzeitstudiengebühren nicht verlängert wurde, fallen diese ab dem Sommersemester 2007 weg.

In der Freien Universität Berlin haben Studierende am 13. Februar das Ethnologische Institut besetzt. Sie reagierten damit auf Pläne der Unileitung, eine Privatuniversität in ihren Räumlichkeiten anzusiedeln. Diese soll in Kooperation mit dem Klett-Verlag aufgebaut werden und gebührenpflichtig sein. Das Ethnologische Institut muss in kleinere Räumlichkeiten umziehen. Die BesetzerInnen fordern hingegen eine Verbesserung der aktuellen Lehrsituation, eine demokratische Hochschule und den Rücktritt des neoliberalen Hardliners und derzeitigen Präsidenten der Freien Universität, Dieter Lenzen.

Wie all diese Beispiele belegen, gibt es entschlossenen Widerstand gegen die Kommerzialisierung des Bildungssystems. Es ist jedoch fraglich, ob die Mehrheit der Studierenden hinter den Aktionen steht. Nicht wenige von ihnen kommen aus privilegierten Verhältnissen und haben die Einführung von Studiengebühren nicht zu fürchten bzw. erhoffen sich sogar Vorteile gegenüber ihren weniger betuchten KommilitonInnen. Dies nimmt den Protesten jedoch sicher nicht die Legitimität, denn die Gruppe der Widerständler setzt sich aus den materiell wirklich Betroffenen und Idealisten zusammen. Diese haben erkannt, dass es ihre Zukunft ist, die von den neoliberalen Ideologen verzockt wird.

Robert Ortmann (BsyB)

... Airbus: Standort über alles

Mit fast 25.000 Beschäftigten ist Deutschland der Hauptproduktionsort des Tochterunternehmens. Angst hat man hier vor allem um eine „einseitige Lastenverteilung" bei der Sanierung. Deutschland darf „nicht unter die Räder kommen", so Wirtschaftminister Glos, der auch gleich die rhetorische Keule rausholte und EADS mit dem Entzug von Rüstungsaufträgen drohte.
Und genau das ist schier drollig. Wird einerseits die Fanfare ausgepackt, wenn man Konzerne mit lukrativeren Bedingungen aus anderen Ländern rauslockt, werden sie für ihre „Verantwortungslosigkeit" gegeißelt, wenn sie aus selben Gründen eine Standortpolitik zu Ungunsten des Landes betreiben. In diesen Singsang stimmen dann auch noch die Gewerkschaften ein, die sich über die deutsch-französische Grenze hinweg gegenseitig vorwerfen, weniger produktiv zu sein. Streicht bitte bei den anderen! Und so kocht jeder seine eigene Suppe, protestieren beide Seiten für „ihren" Standort.
Da lacht sich das Unternehmen, das sich so gut verkauft, dass es sogar die Arbeiter zu spalten vermag, ins Fäustchen. Denn profitieren davon wird zuletzt, wie immer, der Konzern. Bei allem Säbelrasseln der Regierungen, seine Bedeutung für die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie ist auch im staatlichen Interesse. Letztlich würde es nicht verwundern, wenn sich Airbus mit all dem Klamauk und den Brandbriefen eine saftige staatliche Geldspritze erschleicht. Auf jeden Fall werden die Belegschaften allerorts den Kürzeren ziehen.

„Hinter einer Mülltonne tritt ein Mensch hervor"

Die aktuelle Armutsentwicklung — Hintergrund und Perspektive

Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Davon kann sich jeder Mensch überzeugen, der mit wachen Augen durch unsere Städte geht. In Bahnen und Bussen werden meist mit wenig Erfolg Obdachlosenzeitungen verkauft. Der Run auf Mehrwegflaschen ist schon lange in vollem Gange. Die Papierkörbe werden eifrig nach Verwertbarem wie Pfandflaschen, aber auch Zeitungen und manchmal auch nach etwas Essbarem durchsucht.



Zwar mögen einige Rentner und ALG-II-Empfänger, die sich mit dem Sammeln von Pfandflaschen ihr karges Einkommen etwas aufbessern, noch immer auf die VerkäuferInnen der Obdachlosenzeitungen herabsehen, weil es ihrem Selbstwertgefühl schmeicheln mag, wenn sie sich als „etwas Besseres" dünken. Doch wenn sie ihre soziale und ökonomische Stellung betrachten, gibt es dazu keinen Grund. Das haben mittlerweile längst auch PolitikerInnen wie der SPD-Vorsitzende Kurt Beck begriffen, die mit Schlagworten wie dem „abgehängten Prekariat" vor einigen Monaten eine neue Sau durch den Markt der Medien getrieben haben.

Armut mit Tarif

Doch auch hierbei handelt es sich weiterhin um einen jener Begriffe, die mehr vernebeln als aufklären. Ehrlicher ist da der Armutsbericht 2006 der Arbeitnehmerkammer Bremen, der eindeutig feststellt: „Wer arbeitet, der sollte genug Geld haben, um sich und seine Familie zu ernähren. Ein Irrtum: Für viele ArbeitnehmerInnen sind die Löhne heute so niedrig, dass sie ergänzende Hilfen aus dem Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen. Laut Bundesanstalt für Arbeit war dies im September 2006 bundesweit in über 900.000 Fällen so, 12.100 davon allein im Land Bremen."

Es ist allerdings keineswegs eine ganz neue Tendenz, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit arm sind. So hieß es schon im Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2004: „Die Hauptursache für die Armut ist Arbeitslosigkeit. Aber selbst Vollbeschäftigung und Bezahlung nach Tarifvertrag sind keine Garantie gegen Armut, wenn wie im sächsischen Friseurhandwerk Lohn-Negativrekorde nach Tarif bezahlt werden. Die unterste Tarifgruppe für Waschen, Schneiden und Legen liegt dort bei 3,06 Euro in der Stunde. Am Monatsende bringt dieser Vollzeitjob gerade 492 Euro brutto ein — und bleibt damit unterhalb der Bezüge von Empfängern des Arbeitslosengeldes II."

Mittlerweile gibt es Armutsberichte über Menschen in allen Lebenslagen. So schlug der Kinderschutzbund schon im April 2005 Alarm: „Nach der März-Statistik der Bundesagentur für Arbeit leben bereits jetzt 1,53 Millionen Kinder in Bedarfsgemeinschaften und damit auf Sozialhilfeniveau. Gezählt werden hier nur Kinder unter 15 Jahren. Nimmt man die drei Jahrgänge der 15- bis 18-Jährigen dazu und diejenigen Kinder, deren Eltern nicht erwerbsfähig sind, muss man davon ausgehen, dass zwei Millionen Kinder in Deutschland von Sozialgeld leben müssen."

Bekämpfung der Armen, nicht der Armut

Auch die Berichte über Altersarmut und Frauenarmut haben Konjunktur. Solche sensationsträchtig aufgemachten personifizierten Artikel mögen auf manche Tränendrüse drücken. Ein wenig Caritas soll das schlechte Gewissen der Bevölkerungsteile beruhigen, die sich angesichts der Armut damit trösten können, dass es ihnen im Vergleich dazu noch gut geht. Sie sorgen allerdings eher dafür, die Armut als einen ganz normalen, selbstverständlichen Teil unseres Lebens anzusehen und zu akzeptieren. Unterschwellig wird in diesen Schilderungen die Botschaft verbreitet, dass das individuelle Schicksal zwar bedauerlich, an der Armut im Zweifel der Betroffene aber selber schuld sei. Auf diese Grundlage stellt sich noch immer eine Politik, die nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft. So fallen auch den Politikern angesichts der Zunahme der Armut nur weitere Sozialkürzungen, eine weitere Unterwerfung des Bildungs- und Gesundheitswesens unter die kapitalistischen Verwertungsinteressen und weitere Minijobs ein. Die auffällig häufig platzierten Meldungen über einen beginnenden Wirtschaftsaufschwung begünstigen eine solche Politik gegen die Armen. Denn ein weit verbreiteter Irrtum geht noch immer davon aus, dass es allen besser gehe, wenn die Wirtschaft brummt.

Um die Hintergründe für die Verarmung bis in die Mitte der Gesellschaft begreifen zu können, ist es notwendig, die Geschichte des Kapitalismus zu betrachten. Armut gehörte immer dazu. Elende Lebens- und Arbeitsverhältnisse



der meisten Lohnabhängigen waren für den frühen Kapitalismus auch in Europa und den USA kennzeichnend. Selbst in den sogenannten goldenen Zeiten des Wirtschaftswunders, zu denen sich auch viele Kapitalismuskritiker zurücksehnen, gab es in den kapitalistischen Zentren die ungelernten ArbeiterInnen, LeiharbeiterInnen oder JobberInnen, die wenig Lohn bekamen, schnell gefeuert wurden und kaum gewerkschaftliche Rechte hatten — mit einem Wort: prekär arbeiteten und lebten. Mit dem Ende des fordistischen Regulationsregimes, das mangels eines besseren Begriffs noch immer als Postfordismus bezeichnet wird, breiteten sich diese zeitweise zurückgegangenen prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft wieder stärker aus.

Die Armut zur Waffe machen

Es stellt sich die Frage, wie aus dem Armutsdiskurs eine Waffe gegen die eigentliche Ursache von Armut und Prekarisierung, den Kapitalismus, werden kann. Solange sich Arme als abgehängte Untersicht begreifen, die nach gängiger Annahme an ihrer Lage selbst schuld sind, wird sich an der Situation wenig ändern. Im Gegenteil: im Zustand der Vereinzelung hat man nur noch schlimmeres zu erwarten.

Dabei gibt es in der letzten Zeit auch einige Ansätze, die deutlich machen, dass eine Selbstorganisation nicht unmöglich ist. So haben sich z.B. PraktikantInnen in verschiedenen europäischen Ländern organisiert und wehren sich dagegen, dass sie als kostenlose Arbeitskräfte eingesetzt werden. In vielen prekären Bereichen wächst das Interesse, sich zu organisieren — wenn auch noch im kleinen Maßstab. Sogar an der Basis der Gewerkschaften erheben sich wieder Stimmen, die klarstellen, dass Armut keinen fatalistischen Gesetzen folgt. Und andere Gruppen versuchen vermehrt die Logik der elitären Plünderung zu entlarven; so z.B. die Überflüssigen, die mit ihren Aktionen in Nobelrestaurants und Luxusläden der Maxime vom „Gürtel enger schnallen" den Kampf um Rechte jenseits von Verwertungsinteressen entgegen setzen.

So oder so, den Kampf gegen Armut und für ein besseres Leben führt nicht der, der Armen aus altruistischen Gründen sein Spenderherz beweist. Er beginnt da, wo das kapitalistische Funktionsprinzip infrage gestellt wird.

Peter Nowak

Der Titel entstammt einem Gedicht des Berliner Lyrikers Antonin Dick.

Halbtrocken

Am 16. Januar hat die niedersächsische Landesregierung den Verkauf von acht Landeskrankenhäusern an private, öffentlich-rechtliche und freigemeinnützige Träger beschlossen. Der Verkauf des LKH Wunstorf unterliegt dabei noch der kartellrechtlichen Prüfung. Im März ist mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen. Bis dahin muss der Landtag dem Verkauf zugestimmt haben. Ausführliche Informationen zum Stand und zu den Entwicklungen der Privatisierung findet Ihr unter http://www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs/privatisierung

Nandor Pouget, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB-FAU), Hannover

Tatort Werkstatt Frankfurt

Auseinandersetzung um Arbeitnehmerrechte von Ein-Euro-Jobbern

Im Dezember letzten Jahres wurde ein Skandal bekannt, bei dem es um die Situation bei der „Werkstatt Frankfurt" ging, einem stadtnahen Verein, der im Auftrag der Stadt, der Bundesagentur für Arbeit und im Auftrag der Rhein-Main-Jobcenter-GmbH ca. 1.000 Ein-Euro-Jobber „qualifiziert", „ausbildet", ausbeutet und sie auch an andere Träger verleiht. Hintergrund ist, dass der ehemalige ver.di-Betriebsrat der „Werkstatt Frankfurt" die Situation der ZwangsleiharbeiterInnen des Arbeitsamtes (Ein-Euro-Jobber) ernst genommen hatte und ihnen bei der Werkstatt Frankfurt den Status von „ArbeitnehmerInnen" zugestand. In der Konsequenz sollten sie daher auch das Recht auf Teilnahme an den Betriebsratswahlen erhalten.

Daraufhin überschlugen sich die Ereignisse. ZwangsleiharbeiterInnen der Bundesagentur mit dem Status von ArbeitnehmerInnen? Das durfte nicht sein.

Miese Tricks

Wegen rechtlicher Einwände gegen die Wählerliste der Ein-Euro-Jobber konnte die BR-Wahl nicht zum 31. Mai 2006 abgeschlossen werden. Damit setzte eine betriebsratslose Zeit ein. Die Geschäftsleitung der Werkstatt Frankfurt nutzte über Nacht diese neuen innerbetrieblichen Verhältnisse.

Mitglieder des alten Betriebsrates und des Wahlvorstands wurden sofort in berufsfremde Tätigkeiten „versetzt", es wurde extra eine Spezialabteilung „Evaluation" ins Leben gerufen, um die betroffenen KollegInnen zu isolieren. Dazu wurde ein „Unternehmensberater" auf Honorarbasis als „Abteilungsleiter" engagiert, der auch für die täglichen Schikanen zuständig ist. Infolgedessen können die KollegInnen ihre Jacken oder Taschen nicht unbeaufsichtigt im Raum lassen, da sie befürchten müssen, bei ihrer Rückkehr fremde Gegenstände darin vorzufinden und des Diebstahls bezichtigt zu werden. Ebenfalls nicht ratsam ist es, alleine in dem Raum zu bleiben, da es dann keine Zeugen für zu erwartende Übergriffe oder Beleidigungen gäbe. Alles in allem eine sehr unerfreuliche Situation.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende wurde von der Geschäftsleitung zunächst betriebsbedingt gekündigt, dann unwiderruflich von der Arbeit freigestellt und während der „Freistellungsphase" zur Sicherheit noch fristlos gekündigt. Der Gerichtstermin für die Kündigungsschutzklage des Kollegen ist noch einmal verschoben worden; wenn diese erfolgreich ist, hat der Kollege eine interessante Arbeitssituation: seine „unwiderrufliche Freistellung" kann nur mit seiner Zustimmung beendet werden.

Der Sozialdezernent Becker (CDU), immerhin Vorsitzender der „Werkstatt", leugnet jede Verantwortung; „Werkstatt"-Geschäftsführer Conrad Skerutsch lässt über die Presse erklären: „Wir haben keinen Krach in der Werkstatt Frankfurt. Das sind drei Leute, die uns mies machen". Und die reguläre Belegschaft der „Werkstatt" unterschrieb brav einen Text, der offensichtlich von der Geschäftsleitung stammt: „Es gibt keinen „Tatort Werkstatt Frankfurt". Die Belegschaft der Werkstatt Frankfurt ist empört über die vom ver.di-Arbeitskreis soziale Vereine öffentlich erhobenen Vorwürfe ..."

In der Zwischenzeit haben sich Beschäftigte aus dem Sozialbereich, Betriebs- und Personalräte des ver.di-Arbeitskreises „Soziale Vereine" und Mitglieder der FAU Frankfurt zusammengetan, um die Solidarität mit den Betroffenen zu organisieren und das Thema Ein-Euro-Jobber wieder massiv auf die Tagesordnung zu setzen.

KC, FAU Frankfurt/M.

Neben der aktuellen Prozessbegleitung ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geplant, zu der auch eine größere Mobilisierungsveranstaltung gehört, die für Anfang/Mitte März mit voraussichtlich folgendem Inhalt geplant ist:
- der Fall „Werkstatt Frankfurt";
- das Ein-Euro-Job-System in Frankfurt a.M., wofür zur Zeit erhebliche Recherchearbeit geleistet wird und
- ein allgemeiner Teil: warum werden Ein-Euro-Jobs eingeführt, wer profitiert davon, wie sieht es mit der Selbstorganisation der ZwangsleiharbeiterInnen aus?

Davon ausgehend sollen verschiedene betriebliche Aktionen und z.B. Begehungen von besonders dreisten Ausbeuterfirmen geplant und durchgeführt werden. Aktuelle Informationen finden sich auf www.fau.org.

Mehr zu Rechten von Jobbern

Wer etwas juristische Schützenhilfe im Hickhack am Arbeitsplatz benötigt, dem sei folgende smarte Broschüre empfohlen: „Dein Recht als JobberIn" informiert über die Mindestrechte von JobberInnen, und auch andere Möglichkeiten der Gegenwehr werden erörtert. Kompakte 42 Seiten erhältst Du für zwei Euro beim Syndikat A-Medienvertrieb (www.syndikat-a.de). Oder Du sicherst sie Dir als Prämie, wenn Du Dir ein Zwei-Jahres-Abo der DA bestellst.

Kein „Alpenmaximum" ohne Nazis?

Antifaschistin in Gießener Disko entlassen

Im mittelhessischen Gießen lädt die Disko Alpenmax, die Teil einer bundesweiten Kette ist, zum „Alpenmaximum", dem Gipfel des Vergnügens. Erwünscht ist alles, was normaldeutsch aussieht, denn das passt zum Image des Ladens. Nicht in das Raster passende Menschen werden am Eingang systematisch abgewiesen. Und wenn einer der Angestellten den Mund aufmacht? Ganz klar, der oder die wird rausgeworfen!

Getreu diesem Prinzip wurde Ende September im Alpenmax eine 22-jährige Studentin entlassen, die dort als Aushilfe auf 400-Euro-Basis angestellt war. Die Angestellte hatte sich geweigert, einen offensichtlichen Nazi mit einem „White Power 88"-Shirt einzulassen (die 88 wird in Neonazikreisen als Kodierung für den Hitlergruß verwendet). Die Angestellte wurde nicht nur am selben Abend gefeuert, sondern auch — als sie den Fall in den lokalen Medien öffentlich machte — vom Inhaber der Diskothekenkette mit den Worten „die Frau werde ich mir mal vorknöpfen" (*Frankfurter Rundschau*) bedroht. Zudem gab die Geschäftsleitung vor der Angestellten offen zu, kein Problem mit Neonazis in ihrem Lokal zu haben, die seien ja auch nur zahlende Kunden.



Sieg in zwei Sätzen

Auch in anderer Hinsicht herrschen im Alpenmax normaldeutsche Verhältnisse, die im Laufe des Konflikts angegriffen wurden. Denn die Diskothek zahlt ihren Angestellten kein Urlaubsgeld, auch im Krankheitsfalle wird der Lohn nicht weiter gezahlt. Dies ist eine durchaus übliche Praxis im Umgang mit JobberInnen. Erheblich vereinfacht wird diese Vorgehensweise dadurch, dass viele Studierende und geringfügig Beschäftigte die ihnen zustehenden Rechte nicht kennen. Dabei wird im Arbeitsrecht geringfügig Beschäftigten Kündigungsschutz, Recht auf bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeräumt, also fast die gleichen Rechte wie für Festangestellte.



Da die Angestellte weder eine Abmahnung noch ein Kündigungsschreiben bekam, schaltete sie eine Rechtsanwältin ein. Zudem wurde sie vom Bildungssyndikat der FAU Gießen beratend unterstützt. Bei einem Schlichtungstermin am 12. Januar vor dem Arbeitsgericht Gießen wurde dann zu Gunsten der Studentin entschieden: Ihr ehemaliger Arbeitgeber wurde schließlich dazu verpflichtet, ihr weitere zwei Monate Gehalt und zwei Wochen Urlaubsgeld nachzuzahlen.

Gleichzeitig hat die Diskothek durch die Publikmachung des Vorfalls einen enormen Imageschaden hinnehmen müssen. Die Besucherzahlen sind drastisch gesunken und der Geschäftsführer sah sich gezwungen, in der *Gießener Allgemeinen* zu verkünden, dass selbstverständlich auch ausländisch aussehende Menschen hereingelassen würden.

Die Kehrseite der Medaille ist allerdings, dass sich für die Angestellten des Alpenmax indes die Arbeitssituation weiter verschlechtert hat. Durch die zurückgehenden Besucherzahlen werden die Angestellten teils nur noch einmal in der Woche zugeteilt und verdienen dadurch erheblich weniger. In diesem Zusammenhang muss aber auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die mutige Studentin während und nach ihrer Entlassung kaum Solidarität von ihren KollegInnen erfahren hat; zum einen aus Angst, ebenfalls gekündigt zu werden, zum anderen aus Unverständnis darüber, dass sie einen Nazi abgewiesen hat.

Alles in allem zeigt der Fall, dass sich Widerstand auch im kleinen Rahmen auszahlt. Die Angestellte hat drei Monate nicht gearbeitet, von denen sie im Nachhinein zweieinhalb Monate bezahlt bekommt. Sie hat für ihr couragiertes Handeln viel Solidarität und Anerkennung in ihrem Umfeld und bei interessierten Menschen erfahren und fünf neue Jobangebote bekommen. Die Disko, die Nazis bewirtet, geht momentan eher dem Alpenminimum entgegen, sie hat erhebliche Umsatzeinbrüche zu verzeichnen.

Lukas Bakalar
(Bildungssyndikat der FAU Gießen)

Fortsetzung „Vom Tellerwäscher ..." von Seite 1

Den Beschäftigten der Gastronomie kann dies allerdings lediglich als blanker Hohn erscheinen, versuchen doch Gastronomen seit jeher — mit Verweis auf den „tip" (= die Trinkgelder) — die Löhne zu drücken.

Zwar gibt es durchaus einige Regionen und Bundesländer, in denen die Tarifverträge zwischen DEHOGA und NGG vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bzw. dessen regionaler Vertretung für „allgemeinverbindlich" (av) erklärt wurden — d.h. der Tarifvertrag ist auch für Nicht-Tarifparteien gültig. Dennoch gibt es laut NGG-Chef Möllenberg insgesamt nur in zehn von 18 Tarifgebieten überhaupt Tarifverträge zwischen der NGG und dem DEHOGA. In den restlichen Gebieten weigere sich der DEHOGA regelrecht, in Tarifverhandlungen einzutreten. Wen wundert's, ist doch das Hotel- und Gaststättengewerbe eine der Branchen mit dem niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Republik. So überrascht es kaum, dass einem in Berlin Stundenlöhne von drei bis fünf Euro das Fürchten lehren, oder in Mecklenburg-Vorpommern für Fachkräfte ein Tariflohn von 6,10-6,13 Euro gezahlt wird. Das eine modernkapitalistische Fastfood-Kette hierzulande gezielt gewerkschaftlich Aktive aus ihren Filialen herauskauft, ist eine Seite der Medaille; Betriebe etwas gröberer Gangart setzen gezielt auf Mobbing und Schikanen oder lassen unbequeme Angestellte auch mal gern kurz vor Feierabend und unter vier Augen Opfer eines „bedauerlichen Arbeitsunfalls" werden.

Moderne Sklaven ...

Hinzu kommt noch, dass der extreme Stress, Leistungsdruck und eine wild um sich greifende Flexibilisierung die Organisierung in der Branche erschweren. Die grundsätzlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen können von den meisten Angestellten in der Gastronomie eigentlich nur wie eine moderne Märchen gelesen werden: Schichten von mindestens zwölf Stunden sind keine Seltenheit. Schichten von 15 bis 24 (!!!) Stunden fangen da schon eher an, an die Substanz zu gehen, kommen deshalb aber nicht weniger selten vor. Um den Hochs und Tiefs der Branche entsprechen zu können, wird immer mehr Arbeit an Personaldienstleister ausgelagert. Konkret bedeutet dies: Vornehmlich Unternehmen der gehobenen Gastronomie und Caterer arbeiten mit einer Mindestbesetzung an Festangestellten und holen sich bei Bedarf LeiharbeiterInnen zu Hand. Für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bedeutet dies nicht nur, dass sie sich ständig auf eine neue Arbeitsumgebung einstellen müssen — was einen Zusatz an Stress bedeutet — sondern auch, dass sie das Glück haben, in den Tarifbereich der christlichen Gewerkschaften zu gelangen, die in ihrer christlichen Nächstenliebe den gemeinen Proleten ja gerade noch davon abhielten, überzogene Forderungen gegenüber der ach so gebeutelten Arbeitgeberseite zu stellen. Wem dies nun nicht an lebensnahem Extremsport reicht, der fange an, in der Gastronomie auf 400-Euro-Basis zu jobben. In diesem Bereich sind arbeitsrechtliche Bestimmungen und Tarifverträge — ob es sie nun gibt oder nicht — böhmische Dörfer. Kündigungsfristen? Lohnfortzahlung im Krankheitsfall? Urlaubsgeld? Pünktliche Auszahlung des Lohnes? Geregelte Arbeitszeiten? Fehlanzeige!!! Und das, obwohl ein Minijob einem regulären Arbeitsverhältnis rechtlich zu 100% gleichgestellt ist (vgl. §§§-Dschungel). Die Unwissenheit der Beschäftigten bezüglich ihrer Rechte ist wohl — neben den flexiblen Anwendungsmöglichkeiten des 400-Euro-Vertrages — einer der Hauptgründe, warum sich Minijobs im deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe so großer Beliebtheit erfreuen. Laut DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges wurden so seit 2003 in der Gastronomie 300.000 neue Minijobs eingerichtet, ohne offiziell sozialversicherungspflichtige Stellen zu verdrängen. Andere Zahlen belegen jedoch einen Rückgang von 3,8% bei regulären Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen. Dies ist immer noch die Spitze des Eisberges. Neben dem bereits erwähnten hohen Anteil an Schwarzarbeit, setzt sich gerade ein Trend zur Scheinselbständigkeit durch. D.h. anstatt auf Lohnsteuerkarte zu arbeiten, wird von potenziellen Beschäftigten erwartet, ein Gewerbe anzumelden. Dies böte die Vorteile, dass die „working poor" relativ problemlos auch ihren Dritt-Job unterkriegen und wegen fehlender Lohnnebenkosten hinterher mehr in der Lohntüte ist. Letztlich werden diese „Kosten" jedoch nur auf die Beschäftigten umgewälzt und, da Kellnerin oder Barmann nunmal keine selbständigen Berufe sind, erfordert es noch einiges an Kreativität bei der Anmeldung des Gewerbes. Aber wen würde es nicht entzücken, sein Bier auch mal von einem Personaltrainer kredenzt zu bekommen.

Die Stellung halten ...

Die Geister mögen sich scheiden, ob das Gastgewerbe an sich ein sinnvolles ist oder nicht. Mir persönlich fehlt allerdings der nötige Puritanismus, um mich letzterer Position anzuschließen. Dass die Verhältnisse schlecht sind, heißt allerdings nicht, dass dies auch so bleiben muss. In nur wenigen anderen Branchen hängt noch soviel des Arbeitsablaufes und der Mehrwertschöpfung am Einbringen der persönlichen körperlichen Arbeitskraft wie in der Gastronomie. Und kaum irgendwo anders ist gute Publicity von so enormer Bedeutung.

„Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will", ist und bleibt also keine leere Phrase, sondern durchaus ein Weg zur Durchsetzung von Verbesserungen und der Wiedererlangung von Würde und Respekt. Denn: Der Kunde ist zwar König, aber Du bist Kaiser. Seien wir also Kaiser ...

Lars Röhm

---

§§§-Dschungel

Besonders prekäre Arbeitsbedingungen

In dieser und der nächsten Ausgabe beschäftigen wir uns mit den speziellen arbeitsrechtlichen Bedingungen in der Gastronomie und ähnlichen sehr kundenorientierten Bereichen. Im Wesentlichen sollen folgende Themen behandelt werden: Befristung, Teilzeitarbeit, Minijobs, Arbeit auf Abruf. Diese spielen zwar in allen Arbeitsbereichen eine Rolle, aber gerade hier werden sie besonders exzessiv angewendet und von den ArbeitgeberInnen gnadenlos ausgenutzt.

Sachgrundlose Befristung

Wenn kein sachlicher Grund für eine Befristung vorliegt, ist diese nur bis zu einer Dauer von maximal zwei Jahren zulässig. Mehre kurze Befristungen sind möglich, allerdings nur drei innerhalb der erwähnten zwei Jahre.

Befristete Arbeitsverhältnisse ohne einen sachlichen Grund dürfen nicht abgeschlossen werden, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat.

Das bedeutet, dass die vereinbarte Befristung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite unterschrieben werden muss. Wenn dies nicht geschehen ist, ist die Befristung unwirksam und ein unbefristeter Arbeitsvertrag zustande gekommen.

Wenn Ihr geltend machen wollt, dass die Befristung eures Arbeitsvertrages unwirksam und stattdessen ein unbefristetes Arbeitsverhältnis entstanden ist, müsst Ihr spätestens innerhalb von drei Wochen nach dem vereinbarten Ende der Befristung Klage beim Arbeitsgericht erheben. Wird diese Frist versäumt, gilt die Befristung als wirksam und Ihr müsst leider zu Hause bleiben.

Sachgrundbefristung

Wenn ein sog. sachlicher Grund für die Befristung vorliegt, wie z.B. die Vertretung anderer ArbeitnehmerInnen oder eine Saisonbeschäftigung, gibt es keine festgelegten zeitlichen Grenzen für die Dauer eines befristeten Arbeitsverhältnisses. Die Befristung ist solange zulässig, wie der sachliche Grund vorliegt.

Kündigung vor Ablauf der Befristung?

Eine ordentliche (fristgemäße) Kündigung ist rechtlich nur zulässig, wenn dies im Arbeitsvertrag oder einem anwendbaren Tarifvertrag vereinbart wurde. Eine fristlose Kündigung ist zulässig, allerdings muss der Arbeitgeber hierfür einen Grund haben, der ihm die Weiterbeschäftigung bis zum Ablauf der Befristung bzw. der ordentlichen Kündigungsfrist unzumutbar macht.

Wichtig ist, dass Kündigungen nur wirksam sind, wenn sie schriftlich erfolgen. Auch eine Kündigung per E-Mail oder gar SMS ist nicht rechtswirksam. Aber die Weiterbeschäftigung geht nicht automatisch. Auch hier müsst Ihr das Arbeitsgericht innerhalb von drei Wochen aufsuchen!

(Zum Thema Befristung siehe auch in § 14 (Zulässigkeit der Befristung) im Teilzeit- und Befristungsgesetz.)

Geringfügig Beschäftigte — Mini-Jobs

Mini-Jobs betreffen den Bereich von 400 Euro Monatsverdienst, unabhängig von der aufgewendeten Stundenzahl.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe arbeiten rund 700.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Es gibt aber über 400.000 Mini-Jobs, eine Zahl, die ständig weiter steigt, während gleichzeitig die Vollbeschäftigung abnimmt: 2005 minus 3,8%.

Die meisten dieser Beschäftigten glauben, dass sie keine oder nur sehr eingeschränkte Arbeitsrechte haben. Dies ist mitnichten der Fall. Alles gilt! Lohnfortzahlung bei Krankheit, gesetzlicher Mindesturlaub (vier Wochen, ggf. anteilig), Kündigungsschutz, Arbeitszeit etc. Nur für die Lohnsteuer und Sozialversicherung gibt es Ausnahmeregelungen für 400-Euro-Beschäftigte.

Geringfügig Beschäftigte sind oft der Meinung, sie hätten keinen Arbeitsvertrag. Das ist falsch. Sie haben ggf. einen mündlichen Arbeitsvertrag, der ebenso wirksam ist wie ein schriftlicher. Das Gesetz verlangt nur für zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse die Schriftform. Wenn kein schriftlicher Vertrag vorliegt, muss der Arbeitgeber aber spätestens einen Monat nach Beginn eine schriftliche Mitteilung über die wichtigsten Bedingungen (z.B. Arbeitsort, Tätigkeit, Arbeitszeit, Vergütung, Kündigungsfristen) aushändigen. Ansonsten unterliegt er den vollen gesetzlichen Bestimmungen.

Gleichbehandlung

Im Arbeitsrecht — also für alle Ansprüche des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber — gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung bei Teilzeit. Dieser Gleichbehandlungsgrundsatz gilt mindestens seit 1985. Am 1. Januar 2001 wurde durch das „Teilzeit- und Befristungsgesetz" ausdrücklich festgesetzt, dass es auch für 400-Euro-Beschäftigte gilt. Der Stundenlohn für Mini-Jobs muss gleich dem für Vollzeitbeschäftigte sein.

Wenig Beachtung fanden bisher die sog. Midi-Jobs bis 800 Euro. Dies könnte sich in Zukunft ändern.

Seit 1.7.2006 sind die Pauschalabgaben für Mini-Jobs von 25 auf 30 Prozent gestiegen. Arbeitgeber können folglich sparen, wenn sie das Gehalt etwas erhöhen — denn dann sinkt deren Abgabenlast.

Hier nun ein unverschämter Arbeitgebertipp:

Die Pauschalbeiträge zur Sozialversicherung und zur Rentenversicherung sind gestiegen. Zur RV auf 15% und zur KV auf 13%. Zusammen mit der unveränderten Steuer von 2% ergibt sich eine Belastung von 30%. Die Differenz zum normalen Arbeitgeberanteil liegt dann bereits bei rund 9 Prozentpunkten oder 36 Euro. 400-Euro-Jobs sind somit für den Arbeitgeber teurer als versicherungspflichtige Beschäftigungen. Grund genug, über eine kleine Gehaltserhöhung von 400 auf 405 Euro nachzudenken. Dann fallen diese in die sogenannte „Gleitzone", in der für den Arbeitgeber die normalen, hälftigen Sätze der Beiträge zur Sozialversicherung anfallen (also weniger als 28 Prozent), und für die Arbeitnehmer nur ein Anteil der regulären Arbeitnehmerbeiträge ab 20 Prozent bis 800 Euro auf 100% steigen. Der Arbeitgeber kann ein paar Euro sparen, der Arbeitnehmer hat in den meisten Fällen nur wenig Verlust beim Nettogehalt, kann dadurch aber sozial abgesichert werden.

Mit anderen Worten. Es stehen Nettolohnkürzungen ins Haus. Vorsicht also bei unverhofften Brutto-Lohnerhöhungen.

Thersites

Politische Repression — ein Zweiteiler

Jede Bewegung, die nicht nur an kosmetischen Veränderungen der bestehenden Ordnung interessiert ist, sondern für eine grundlegende Neuordnung kämpft, wird notwendigerweise, wenn sie einen gewissen Grad erreicht hat, an einen Punkt gelangen, an dem sie mit wie auch immer gearteten Abwehrmaßnahmen seitens der Mächtigen konfrontiert ist. Wir wollen die gesteigerte Aufmerksamkeit, die das Dauerbrennerthema Kontrolle und Repression zurzeit im Zuge der Verschärfung von Sicherheitsgesetzen und Überwachungsbefugnissen wieder mal genießt, nutzen, um Beispiele von Repressionspolitik in der Geschichte präsent zu machen. Es scheint uns dabei am sinnvollsten, auf Episoden zurückzugreifen, die sich im Rahmen einer ähnlichen staatlichen Ordnung, wie sie uns derzeit umgibt, ereigneten. Wir haben deshalb zwei exemplarische Fälle ausgewählt, die aufzeigen, welche Formen Repression in einem kapitalistischen, formell-demokratischen Land, namentlich den USA, annehmen kann. Wir hoffen, damit einige wichtige Aspekte zu erörtern, die für unsere Praxis relevant sind.

Glossar

APL: eine patriotische Bürgerorganisation, 1917 zur Bekämpfung der Gewerkschaften gegründet und von der Industrie finanziert. Als Vigilantenorganisation war sie als „Helfer" des US-Justizministeriums anerkannt und praktizierte in dieser Eigenschaft eine Politik der Selbstjustiz.

BoI: dem US-Justizministerium unterstellte „Ermittlungsbehörde", 1908 gegründet und 1935 in Federal Bureau of Investigation (FBI) umbenannt.

IWW: 1905 gegründete syndikalistische bzw. unionistische Arbeiterorganisation, vertrat radikale Konzepte der direkten Aktion und organisierte insbes. Minderheiten. Die von ihr entzündeten Streikwellen wurden von vielen als Aufstand der migrantischen Arbeiterklasse interpretiert.

Provokateur: ein Lockspitzel, der andere zur Begehung bestimmter Handlungen zu bewegen versucht. Dies kann z.B. Verleumdungstaktiken umfassen oder klassischerweise das Provozieren einer oder mehrerer Personen zu einer Straftat.

Red Squad: eine als spezieller Unterabschnitt diverser Polizeibehörden existierende Einsatzgruppe zur Verfolgung von Linken insbes. mit „roten", d.h. kommunistischen Neigungen.

SPA: 1900 gegründete Partei, die einen demokratischen Sozialismus anstrebte und unter der Führung von Eugene V. Debs lange Zeit bei den nationalen Wahlen antrat.

Reaktion frontal

Politische Repression in den USA — Teil I

Vor 90 Jahren und nochmals vor 40 Jahren nahmen in den USA staatliche Repressionskampagnen ihren Anfang, die die Bedingungen für die jeweiligen revolutionären Bewegungen erheblich bestimmten. Die zentralen Zielscheiben bildeten dabei zuerst die Industrial Workers of the World und ein halbes Jahrhundert später die junge Black Panther Party. Doch insgesamt erstreckten sich die Angriffe, die vom FBI und seinem Vorläufer koordiniert wurden und zahlreiche Polizeibehörden einbezogen, auf fast die gesamte revolutionäre Linke in den USA. In Wirkung und Intensität waren diese Kampagnen beispiellos und sorgten für eine effektive Abwehr revolutionärer Situationen.

Die erste dieser Kampagnen unterscheidet sich vom Typus her wesentlich von der folgenden. In dieser Zeit, während und unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, setzten Staat und Unternehmen noch auf die Taktik offener Repression, die in einem aufgestachelten patriotischen Klima noch weitestgehende Akzeptanz in der bürgerlichen Öffentlichkeit genoss. Durch die Liberalisierung der öffentlichen Meinung war ein solches Vorgehen in den 60ern nicht mehr möglich und hätte gravierende Legitimationsprobleme mit sich gebracht. Folge war ein operatives Vorgehen mit versteckten diffizilen und chirurgischen Eingriffen zum Zwecke der Neutralisierung relevanter Kräfte. Die beiden Kampagnen bilden somit zwei typologische Gegenpole, sie markieren zugleich die Grenzen der Bandbreite von Repression in formell-demokratischen Staaten. Und dennoch greifen sie ineinander, bildete doch die erste Kampagne die Grundlage aller folgenden Repression. Es lohnt sich also deshalb, die Beschaffenheit dieser staatlichen Strategien unter die Lupe zu nehmen und selbst seine Lehren daraus zu ziehen.

Amerikanische Traditionen

Der amerikanische Staat begann, wie in Deutschland während der Sozialistengesetze, bereits in den 1870ern mit dem Einsatz von Spitzeln, Informanten und Provokateuren innerhalb der radikalen Arbeiterbewegung. Die wohl ersten Einsätze von Provokateuren ereigneten sich Anfang der 1870er, als man eine Geheimorganisation militanter Bergarbeiter, die Molly Maguires, unterwanderte und anschließend durch die Aussagen der Infiltratoren vor Gericht zerlegte. 20 irische Bergarbeiter starben infolgedessen am Galgen. In der Regel fanden diese Tätigkeiten im Rahmen von Ermittlungen statt, die das Justizministerium zwischen 1871 und 1892 allesamt einer professionellen Detektei, der Pinkerton Detective Agency, anvertraut hatte.

Diese Detektei, deren Personal man Pinkertons nannte, war allerdings nicht irgendeine Schnüfflerfirma; ihre Tätigkeiten waren äußerst weitgefasst. So führte sie nicht nur „Ermittlungen" im Dienste des Staates durch, sondern heuerte ebenso für das Big Business an, wobei sie legendär für ihre Brutalitäten gegenüber der amerikanischen Arbeiterschaft wurde. Zahlreiche Einsätze im Verbund mit Polizeikräften gegen streikende Arbeiter zeugen davon. Das berüchtigte Massaker von Homestead 1892, infolgedessen Alexander Berkman sein Attentat auf den verantwortlichen Firmenchef Henry Frick verübte, markiert nur einen blutigen Meilenstein in der Geschichte dieser Organisation. Wie sehr die Pinkertons Sinnbild der Repression waren, wird dadurch angezeigt, dass sie zum Gegenstand zahlreicher Lieder der klassenbewussten Arbeiterschaft wurden.

Mehrheitlich setzten der Staat und die Unternehmen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts jedoch noch auf die altbewährte Strategie offener Repression. Nicht umsonst gelten die USA als das Land, welches die blutigste Geschichte des Klassenkampfes vorzuweisen hat. Sie setzten immer wieder Polizei und Militär zügellos gegen Streikende ein und machten dabei auch vor deren Frauen und Kindern nicht halt. Flankiert wurden diese Attacken von einer beispiellosen Klassenjustiz. Herausragend in diesem Zusammenhang sind die Verurteilung von zehn Bergleuten zum Tode anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks von 1874/75 und das legendäre Todesurteil gegen fünf Anarchisten im Zuge der Haymarket-Affäre 1886.

Tatsächlich aber wurde das Einschleusen von Gangstern und Provokateuren in Arbeiterorganisationen immer mehr standardisiert, sei es zur Einschüchterung oder Korrumpierung von Arbeitern, sei es zur Stiftung von Unruhe und Streitigkeiten in deren Reihen. Letztlich schreckte man auch vor brutalem Terror oder gar dem Mord an Arbeiterführern nicht zurück. Vor allem diese Tätigkeiten waren eine Spezialität der Pinkertons.

Es spricht folglich für sich, dass das Justizministerium, als es 1908 seine eigene Ermittlungsbehörde, das Bureau of Investigation (BoI), einrichtete, deren gesamten Kader aus ehemaligen Pinkertons rekrutierte. Was auch immer die offizielle Aufgabe des BoI, des Vorläufers des FBI, war (offiziell: Beweissammlung bei Strafverfolgungen), es war klar, dass es die Funktion einer politischen Polizeieinheit erfüllen würde. In dieser Eigenschaft trat das BoI erstmals während des Ersten Weltkriegs flächendeckend in Erscheinung. Es betrat die Bühne der politischen Repression mit einem Paukenschlag, in dessen Verlauf die Grundlagen für alle späteren Repressionstätigkeiten gelegt wurden.

Schreckgespenst der Nation

1917 verabschiedete der Kongress ein Aufstandsgesetz und ein Ausländergesetz. Beide sollten der „Subversion" von US-Bürgern und ansässigen Ausländern Einhalt gebieten. Die Gesetze wurden inbesondere unter dem Eindruck der Aktivitäten der Industrial Workers of the World (IWW) verabschiedet, einer syndikalistischen Organisation, die einen äußerst hohen Anteil von Migranten hatte und sich bis 1917 zu einer ernstzunehmenden revolutionären Kraft entwickelt hatte.

Der Marsch von Lowell — Deportation Tausender Wobblies in Arizona 1917

Als Speerspitze der Arbeiterbewegung und mit ihrer dezidierten Antikriegshaltung hatten sich die IWW zum Hassobjekt von Staat und Kapital gemausert. Mit dem Streik von McKees Rocks 1909 hatten sie eine neue Phase des Arbeiterwiderstands in den USA eingeleitet. Seitdem befanden sie sich in ständigen heftigen Auseinandersetzungen, vor allem mit Vigilantenbanden, die von Unternehmen organisiert und finanziert wurden.

Dann, mit dem Beginn des Krieges, meinte das US-Kapital, den großen Reibach machen zu können, und führte massive Industrialisierungsprogramme durch. In diesen Jahren, von 1914-16, wurden die IWW schließlich zur maßgeblichen Kraft, als sie ausgedehnte und differenzierte Streik- und Sabotageaktionen in vielen wichtigen Landwirtschafts- und Industriezweigen durchführten. Und mit dem Kriegseintritt der USA 1917 nahm die Intensität der Kämpfe noch weiter zu; begleitet wurden sie nun von Antikriegsdemonstrationen und Hungerrevolten.

Die Stimmung wurde wahrlich revolutionär — Schlachten mit Vigilanten und Polizisten, aber auch Befreiungen von verhafteten Wobblies standen auf der Tagesordnung.

Zeit der Razzien

Unter diesem Eindruck koordinierte das BoI auf Grundlage der Anti-Subversions-Gesetze im September 1917 eine Serie landesweiter Razzien, die von lokalen Polizeistellen und der American Protective League (APL), einer rechten Vigilantenorganisation, durchgeführt wurden. Infolge der Razzien, die gleichzeitig in 24 Städten durchgeführt wurden, wurden über 200 Führungskräfte der IWW wegen „offenen Aufruhrs" verurteilt. (Den Vorwand bildete meist ihre Weigerung, sich für das Militär zu registrieren.) Welche Ängste diesen Schlag des Staates bedingten, wurde in einem Memorandum des Justizministeriums zum Ausdruck gebracht, in dem die IWW als „Komplott gegen industrielle Interessen" bezeichnet wurden. Die Socialist Party of America (SPA), die noch bei den Präsidentschaftswahlen 1914 fast eine Million Stimmen erhalten hatte, musste in diesem Zeitraum ähnliche Angriffe auf ihre Führungsspitzen hinnehmen.

Zudem wurden im selben Zeitraum Tausende von Wobblies und Sympathisanten, die auf den kriegswichtigen Ölfeldern Kaliforniens und in den Kupferminen Arizonas streikten, von besoldeten Banden in die Wüste, in Konzentrationslager und entlegene Gegenden deportiert.

Ein Jahr später, im September 1918, schwärmten zahlreiche Agenten und Tausende Soldaten, Polizisten und Vigilanten über die Großstädte aus, um die Umsetzung des Wehrpflichtgesetzes zu erzwingen. Bei diesen Säuberungen, die als „Drückeberger-Razzien" bekannt wurden, wurden um die 90.000 Männer aufgegriffen. Nur bei jedem zweihundertsten stellte sich heraus, dass er ein Verweigerer war. Der Schaden durch Misshandlung, Einschüchterung usw. war dennoch beträchtlich.

Rote Psychose

Den Höhepunkt der Zeit der Razzien bildeten schließlich die legendären „Palmer-Razzien", mit denen das BoI von Justizminister Palmer beauftragt wurde, nachdem über Monate hinweg mit einer zum Teil fingierten Reihe anarchistischer Bombenanschläge und hysterischer Stimmungsmache eine „Rote Psychose" in der Bevölkerung entfacht wurde. Zudem waren nach dem Krieg die Arbeitskämpfe wieder deutlich angestiegen. Die IWW hatten zwar kräftig an Potential eingebüßt, versuchten aber immer noch eifrig, in das Geschehen einzugreifen. So wirkten sie maßgeblich beim revolutionären Generalstreik 1919 in Seattle mit. In dieser aufgeheizten Atmosphäre nahmen auch die Angriffe von Vigilantengruppen wieder drastisch zu, so dass es auch zu Lynchaktionen kam. Der folgende Schlag sollte dann vor allem den radikalsten Teil der organisierten Arbeiter treffen.

In der ersten Welle, im November 1919, wurden mehr als 4.000 ausländische Anarchisten verhaftet, viele davon misshandelt und deren Besitztümer zerstört. Sie alle wurden über lange Zeiträume (bis zu fünf Monaten) in provisorischen Haltungsgehegen zusammengepfercht, oftmals ohne sanitäre Anlagen oder medizinische Versorgung. Ein Initialschub von 249 ausgesuchten Aktivisten, darunter Alexander Berkman und Emma Goldman, die noch im Nachhinein der Säuberung dingfest gemacht wurden, wurde letztlich Ende Dezember mit der U.S.S. Buford in die neukonstituierte Sowjetunion deportiert — und das, obwohl die große Mehrzahl der „Passagiere" auf der „Roten Arche" aus ganz anderen Ländern kam.



Die IWW-Zentrale in New York City nach der November-Razzia 1919

Anfang Januar 1920 folgte dem noch eine zweite Razzienwelle, die sich dann vorwiegend gegen die beiden neu gegründeten kommunistischen Parteien richtete. Obwohl beide Parteien keine ernstzunehmende Gefahr darstellten — von soliden Mitgliederzahlen waren sie noch weit entfernt — wurden über 10.000 Leute verhaftet und ebenfalls in Haltungsgehegen festgehalten. In Folge dessen wurden weitere 700 Leute aufgrund ihrer politischen Ansichten deportiert.

Weitergang

Die Zeit der Razzien hinterließ einen Trümmerhaufen von revolutionärer Bewegung. Sowohl die Anarchisten und Syndikalisten wie auch die Sozialisten und Kommunisten waren ihrer fähigsten Leute beraubt, ihre Infrastruktur war zerstört, viele waren inhaftiert, deportiert oder von Vigilanten erschlagen, und die meisten erheblich eingeschüchtert worden. Mit den Razzien endete somit eine Periode des revolutionären Kampfes in den USA. Während die kommunistischen Parteien in den Untergrund getrieben wurden, wurden die Anarchisten und Syndikalisten politisch marginalisiert. Es war ein Schlag, von dem sich die Anarchisten und die IWW nie mehr richtig erholen sollten. Während der großen Streikzeit zwischen 1919 und 1923 konnten sie auf jeden Fall keine revolutionären Impulse mehr setzen.

Eine zentrale Gestalt bei der Durchführung der Razzien war der junge J. Edgar Hoover, der zuerst verantwortlich für Aktivitäten gegen „feindliche Ausländer" war und danach die Leitung der Abteilung inne hatte, die dann die Palmer-Razzien leitete. In dieser Eigenschaft legte er die Grundlage des politischen Überwachungsapparates in den USA. Bis 1921 hatte er Akten über 450.000 Personen anlegen lassen, die als politisch verdächtig galten. Gleichzeitig baute er in den radikalen Gruppen selbst eine immenses Netzwerk von Infiltratoren auf und bezog Red Squads der Polizeistellen, Sicherheitsfirmen wie die Pinkertons und Vigilantenorganisationen in sein System ein.

1924 wurde Hoover dann zum Chef des gesamten BoI befördert, eine Stelle, die er sein Leben lang behielt. In der Folge baute er, auch wenn es über Jahrzehnte keine ernste revolutionäre Bewegung mehr gab, die als Zielscheibe hätte dienen können, den Apparat für Überwachung und Unterdrückung durch üppige Erweiterungen des Agentenpersonals und die Entwicklung repressiver Strategien stetig zu einem wahrhaftigen Repressionskoloss aus. Es sollte sich ein halbes Jahrhundert später, bei dem Angriff auf die „Neue Linke", als sehr vorausschauend erweisen. (Fortsetzung folgt ...)

Holger Marcks

Noch mehr oben gegen unten

Mexikanische Regierung geht hart gegen soziale Bewegungen vor. „Linke" tief gespalten.

Quo vadis, Mexiko? Diese Frage geistert seit Monaten durch das Land. Der neue Präsident Felipe Calderón Hinojosa von der rechtskonservativ-neoliberalen Partei der Nationalen Aktion (PAN), der seit dem 1. Dezember 2006 amtiert, hat sich in seinen ersten 60 Amtstagen bereits sechs Mal mit höchsten Militärs getroffen. Sein Auftritt in olivgrüner Jacke und Soldatenkappe Anfang Januar 2007 sorgte zwar für eine regelrechte Flut bitterböser Karikaturen, doch der Hintergrund ist ernst. Seit Jahrzehnten hat sich kein Staatschef öffentlich so stark an der Seite der Truppe präsentiert.

Den markigen Worten Calderóns, dass es in Zukunft niemand mehr wagen sollte, den Staat herauszufordern, folgten postwendend Taten. In zahlreichen Bundesstaaten führte das Militär in Zusammenarbeit mit Spezialeinheiten der Polizei „Anti-Drogenmissionen" durch, die durch eine umfassende Propaganda in Fernsehen und Presse begleitet wurden. Sicherlich haben die staatlichen Kräfte einige Drogen verbrannt und einige Drogenhändler inhaftiert. Doch nach einhelliger Meinung im regierungskritischen Lager handelt es sich dabei erstens um eine machtpolitische Neuordnung der rivalisierenden Drogenkartelle. Es ist in Mexiko allgemein bekannt, dass relevante Teile des Militär- und Polizeiapparates in Drogen- und Menschenhandel involviert sind. Zweitens wollen die



derzeitigen Eliten mit ihren Militärkampagnen forcieren, dass Mexiko im Ausland mehr als zuvor als ein sicherer Investitionsstandort gilt. Calderón spielte sich beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos, Schweiz, als vertrauenswürdiger, anti-linker Partner in Lateinamerika auf und beharrte auf der angeblichen Notwendigkeit, zum Wohle aller den Weg der neoliberalen Globalisierung weiter voranzutreiben. Für viele Wirtschaftsvertreter der wohlhabenden Staaten ist Mexiko besonders interessant, weil es durch den NAFTA-Freihandelsvertrag einen Trittstein in den US-Markt bietet. So ist Deutschland heute wichtigster europäischer Handelspartner Mexikos, fast 1.000 Firmen sind dort tätig. Drittens — und das ist der entscheidende Aspekt — übt die Regierung mit der Militarisierung immensen Druck auf die sozialen Bewegungen aus. Die rebellischen sozialen Bewegungen im Süden des Landes sollen wissen, dass das Militär gut ausgerüstet und jederzeit sofort einsetzbar ist.

Teilsieg der Rechten

Die Repression gegen linke Organisationen schreitet fort. Beteiligt sind neben Lokalkaziken und paramilitärischen Gruppen alle Ebenen der Staatsgewalt. Die Polizei führt willkürliche Verhaftungen durch und presst den Gefangenen gefälschte Geständnisse ab, um sie dauerhaft inhaftieren zu können. Die Gerichte verschleppen die Fälle und praktizieren eine lupenreine Klassenjustiz: Wer über finanzielle Mittel verfügt, kann das Gefängnis in der Regel verlassen, wer nichts hat, bleibt in den allermeisten Fällen drin oder verschuldet sich erheblich. Im Moment sind viele linke Gruppen unter großen Anstrengungen in der Antirepressionsarbeit gefangen — es wird von mindestens 1.000 politischen Gefangenen im Land gesprochen —, was ihr Aktionspotential drastisch minimiert und durchaus als Teilsieg der rechten Kräfte gewertet werden kann.

Chiapas und Oaxaca

In Chiapas ist die Lage zur Zeit sehr gespannt. Die OPDDIC wird von NGOs und Zapatistas als paramilitärische Gruppierung eingestuft. Sie soll auf die völlige Rückendeckung der bundesstaatlichen und der föderalen Regierung zählen können. Sie ist aus drei älteren rechten bewaffneten Gruppen hervorgegangen und hat inzwischen Präsenz in drei von fünf zapatistischen Zonen. Im November war die OPDDIC bei der Vertreibung eines Dorfes im ressourcenreichen Naturschutzreservat Montes Azules beteiligt, die vier Todesopfer, mehrere geflüchtete Familien und Verschwundene implizierte. Die Organisation ist vor allem dort aktiv, wo die Militärpräsenz hoch ist. Viele chiapanekische Organisationen fürchten, dass die OPDDIC Zwischenfälle provoziert und dann das Militär in die Region einmarschiert, um endgültig den Widerstand der zapatistischen Bewegung zu brechen. Im Bundesstaat Oaxaca, wo die Bevölkerung 2006 monatelang rebellierte, um den PRI-Gouverneur Ulises Ruiz aus dem Amt zu drängen und eine neue demokratische Verfassung durchzusetzen, hat sich eine breite Bewegung um die Volksversammlung von Oaxaca (APPO) gebildet. Diese Bewegung wurde mit massiver Repression konfrontiert und hat rund 20 Tote, Dutzende Gefolterte und Vergewaltigte und noch immer rund 70 politische Gefangene zu beklagen. Viele AktivistInnen flüchteten nach der staatlichen Gewaltwelle in den Untergrund oder in andere Regionen Mexikos. Seit Beginn des Jahres befindet sich die APPO in einem Reorganisie-



rungsprozess. Auf dem Kongress vom 10. und 11. Februar beschloss die APPO, dass sie weiterhin eine parteiunabhängige und nichtparlamentarische Sammelbewegung bleiben wird, die sich über einen Rat zur Erreichung ihrer unveränderten Ziele koordiniert. Nichtsdestotrotz soll es einzelnen AktivistInnen erlaubt werden, im Herbst an den Wahlen für das bundesstaatliche Parlament und die Landkreispräsidentschaften teilzunehmen, wenn dies nicht unter dem Siegel einer Partei oder der Bezeichnung APPO geschieht. Es muss betont werden, dass die APPO eine vielschichtige Bewegung ist, in der keineswegs alle Gruppen eine Rätesozialismus anstreben, wie es in einigen linksradikalen Publikationen dargestellt wird. Vielen Menschen würde ein funktionierender Rechtsstaat genügen, was für die Realität im diktatorischen Oaxaca schon eine extreme Veränderung bedeuten würde.

Die Situation der „Linken"

Auf der Linken gibt es zur Zeit drei relevante landesweite Initiativen:
Erstens die PRD und die von ihr dominierte Nationale Demokratische Konvention (CND), zweitens den gewerkschaftsnahen Nationalen Dialog und drittens die „Andere Kampagne" aus dem prozapatistischen Umfeld. Dass die CND und die „Andere Kampagne" sich völlig ausschliessen, ist überdeutlich, denn letztere arbeitet nicht mit Gruppen oder Personen, die direkt am Wahlzirkus teilnehmen. Die PRD wird von der „Otra Campaña" schon lange nicht mehr als links betrachtet. Doch auch der Nationale Dialog und die „Andere Kampagne" schenken sich in der öffentlichen Auseinandersetzung wenig. So kritisierte der realpolitisch orientierte Marxist Guillermo Almeyra die „Otra Campaña", die sich ausserparlamentarisch für eine basisdemokratische und antikapitalistische neue Verfassung einsetzt, wegen ihres Radikalismus als „Sektierer" und „Unterstützer der Kapitalisten und der rechten Regierung". Was für die unabhängigen linken — teils libertären — Gruppen, die in der von der EZLN initiierten „Anderen Kampagne" organisiert sind, tatsächlich sehr schwierig ist, ist der grosse Einfluss der PRD-nahen Gewerkschaften und Organisationen, die über bedeutende Finanzmittel und Medienkontakte verfügen. Die „Otra" hingegen stützt sich bisher weitgehend auf arbeitsmässig stark belastete Gruppen und Kollektive sowie Hunderttausende Indígenas im Widerstand. Es ist weiterhin fraglich, wie kontinuierlich die Gruppen aus dem ArbeiterInnen-, Campesino-, StudentInnen-, Indígena-, Frauen-, Homosexuellen- und Umweltsektor bei der Sache bleiben. Der Organisationsprozess einer derart heterogenen Vereinigung ist nicht leicht. Doch es könnte erneut Bewegung in die Kampagne kommen: Ende Februar endet eine interne Befragung der „Otra", dort soll unter anderem über zukünftige BündnispartnerInnen entschieden werden. Hier ist von entscheidender Wichtigkeit, dass die „Otra" im Terrain der Gewerkschaften an Boden gewinnt, um mit Streiks und Blockaden ihren Forderungen substantiellen Nachdruck zu verleihen. Dazu müssten sich die ArbeiterInnen von Stadt und Land ihrer korrupten Funktionäre entledigen, die nach wie vor stark mit PRD und PRI verbandelt sind. Ein weiterer Impuls könnte von der zweiten Rundreise einer EZLN-Delegation durch ganz Mexiko ausgehen. So legitim die Kritik an der — von den Zapatistas selbst immer abgelehnten — Führungsrolle in der ausserparlamentarischen Linken ist, so sehr müssen auch alle restlichen Gruppen der „Anderen Kampagne" weiter daran arbeiten, auch ohne Teilnahme der EZLN grössere Aktionen zu organisieren. Es sind also alle Teilgruppen der „Otra" gefordert — und die Bedingungen sind alles andere als günstig.

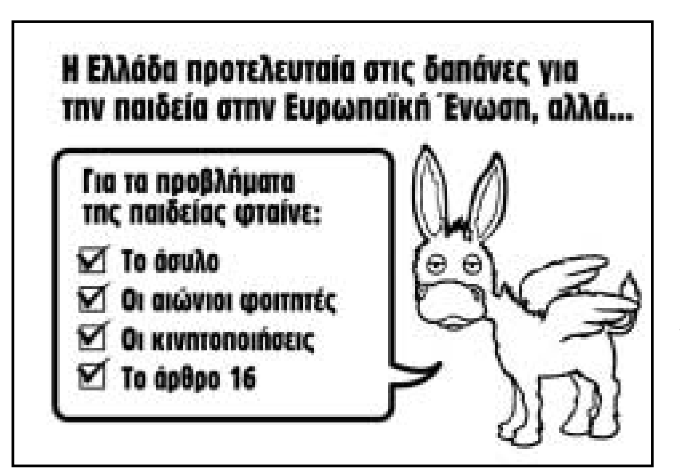
Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A., z.Zt. Chiapas

Studieren geht über Besetzen

In Griechenland riecht es nach heftigen Straßenschlachten

Wer Anfang Februar durch griechische Städte schlenderte, konnte sich des Eindrucks eines Dejà-vu-Erlebnisses nur schwer erwehren. Besetzte Universitäten, vereinzelte Tränengasschwaden, Zehntausende, die auf zum Teil täglichen Demonstrationen die Innenstädte lahm legten, und hin und wieder Scharmützel mit der Polizei. Sogar die Transparente und Parolen waren die Gleichen wie letzten Sommer: „Keine Änderung von Artikel 16, Hochschulasyl bleibt!" Im September 2006 hatte die konservative Regierung unter Kostas Karamanlis die geplante Bildungsreform von Bildungsministerin Marietta Giannakou wegen der damaligen Massenproteste und der nahenden Kommunalwahlen vorläufig zurückgezogen. Man glaubte nach den Wahlen gemeinsame Sache mit der sozialdemokratischen Pasok machen zu können und so den Widerstand entscheidend zu schwächen. Doch man hatte die Rechnung ohne die Studierenden gemacht und auch nicht damit gerechnet, dass die Parteiführung der Pasok mit Beginn der neuen Protestwelle plötzlich Morgenluft wittern und großmäulig Neuwahlen fordern würde (ohne diese durchsetzen zu können).

Die umstrittene Reform sieht unter anderem die Abschaffung des staatlichen Bildungsmonopols und die Einführung privater Hochschulen vor. Da Privatuniversitäten nach Artikel 16 der griechischen Verfassung verboten sind, soll dieser Artikel geändert werden, was von großen Teilen der Studierenden und der Gewerkschaft der HochschulpädagogInnen strikt abgelehnt wird. Sie kritisieren die angestrebte „Zwei-Klassen-Bildung", die Kinder reicher Familien begünstige und die Finanzmisere staatlicher Universitäten weiter verschärfe. Daher wird außer der Rücknahme des Gesetzentwurfs die drastische Aufstockung der Bildungsmittel und die Einstellung neuer Lehrkräfte gefordert.



„Griechenland auf dem vorletzten Platz bei Bildungsausgaben in der EU, aber Schuld an der Bildungsmisere ist ... das Hochschulasyl, die Langzeitstudenten, die Mobilisierungen, der Artikel 16"

Mit der erneuten Besetzungswelle begannen die Studierenden Anfang Januar und hatten mit Beschluss ihrer Vollversammlungen bis Mitte Februar 330 Hochschulen in ganz Griechenland besetzt. Die unter Druck stehende konservative Regierung begründet die geplante Reform mit den Anforderungen des so genannten Bologna-Prozesses, der zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums bis 2010 führen soll. Im Reformtext enthalten sind altbekannte Rezepturen, wie die Verkürzung der Regelstudienzeit, ein System zur Bewertung der Lehrenden und die stärkere Ausrichtung der Forschung an Wirtschaftsinteressen. Darüber hinaus ist die vehement von der Polizei geforderte Abschaffung des Hochschulasyls geplant — einer griechischen Besonderheit mit geschichtlichem Hintergrund. Am 17. Nov. 1973 hatte die damals herrschende Obristen-Junta den so genannten Studentenaufstand im Athener Polytechnikum mit Panzern blutig niedergeschlagen. 1982 erließ die damalige Pasok-Regierung vor diesem Hintergrund ein Gesetz, das es der Polizei nur mit Zustimmung eines Hochschulgremiums, in dem auch Studierende sitzen, erlaubt, Universitätsgelände zu betreten, was einem De-facto-Verbot gleichkommt. Da Universitäten inzwischen „Sammelbecken des Ungehorsams" seien, müsse das Hochschulasyl weg.

Heute (Stand: 14.02.) deutet alles darauf hin, als wolle die Regierung an ihrem Zeitplan festhalten und den Gesetzentwurf am 16.02. im Parlament einbringen. Er soll dann nach mehreren Lesungen bis Ende Februar verabschiedet werden. Es riecht nach heftigen Straßenschlachten.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Mord an Hafengewerkschafter

Am 15. Januar wurde Pedro Zamora (43), Generalsekretär der Hafenarbeitergewerkschaft STPEQ, von maskierten Männern erschossen. Er war zusammen mit seinen Kollegen in letzter Zeit zur Zielscheibe einer landesweiten Haßkampagne geworden, weil sie sich der Privatisierung des wichtigsten Hafen des Landes, Qetzal, widersetzten.
(Hintergrund: Der Mord erinnert an die dunkelsten Tage des guatemaltekischen Bürgerkriegs, in dem vor allem in den 1980er Jahren mehr als 250.000 Menschen den rechtsgerichteten Todesschwadronen der Militärdiktatur zum Opfer fielen und der über eine Million Flüchtlinge zur Folge hatte. Obwohl offiziell seit 1996 beendet, hat sich an den sozialen Ursachen des Bürgerkriegs bis heute nichts geändert.
Im Gegenteil, unter den formal demokratisch gewählten Regierungen ist die extreme Armut und Ungleichheit in der guatemaltekischen Gesellschaft noch weiter angestiegen. Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter und linksgerichtete Politiker arbeiten täglich unter lebensbedrohlichen Umständen.)

Spendenaufruf

Ein libertäres Bibliotheksprojekt im Kosovo hat sich an die DA gewandt und uns gebeten, gebrauchte Briefmarken für die Kinder dort zu sammeln. Dabei wollen wir sie gerne unterstützen und bitten unsere LeserInnen, Briefmarken zu sammeln und an die Aboverwaltung der DA zu schicken. (Adresse siehe Abschnipsel, Seite 6). Wir werden diese dann mit einem regelmäßig verkehrenden Konvoi in den Kosovo schicken.
Beste Grüße,
die Aboverwaltung

Simbabwe: Streik der Lehrer erfolgreich

Die Regierung von Simbabwe hat das Mindestgehalt der Lehrer versechsfacht. Damit lenkte sie in dem wochenlangen Streik ein, weil sie eine Ausweitung der Streiks auf den gesamten öffentlichen Dienst bis hin zu einem öffentlichen Aufruhr zum Sturz der Regierung fürchtete.

Südafrika: Streik für Aidsmedikamente

Die Arbeiter der Impala-Platin-Mine in Südafrika sind in einen selbständigen Streik getreten, um die Ausgabe von Anti-Aids-Medikamenten durchzusetzen. Die Impala-Mine ist die größte Mine des weltweit zweitgrößten Platinproduzenten Implats.

Iran: Streikversammlung durch Polizei gestürmt

Bereits am 24. Januar 2007 versammelten sich mehr als 200 Beschäftigte der Firma Mojde Wasl in der Stadt Ghazwin vor dem Fabriktor. Die Beschäftigten hatten seit vier Monaten keinen Lohn erhalten. Bei Übergriffen der Sicherheitskräfte wurden die Demonstranten zum Teil schwer verletzt.

Think different

„I love my Apple, I wish it came in green"

Jung, hip, cool – so präsentiert sich Computerhersteller Apple. Doch zunehmend gerät der Trendsetter der Computerbranche ins Kreuzfeuer der Kritik. i-Books und Co. sind angesagt, und gerade auch die mobilen Musikplayer i-Pod und i-Pod nano sind weltweit Verkaufsschlager. Mehr als 8,1 Mio. Stück wurden allein im dritten Quartal 2006 verkauft – und ein Ende des Booms ist nicht absehbar.

Um so unangenehmer für Apple, dass seit kurzem ausgerechnet die Produktionsbedingungen der musikalischen Flachmänner in die öffentliche Kritik geraten. In „i-Pod-City", der größten Elektronikfabrik der Welt im südchinesischen Shenzen, arbeiten rund 200.000 Menschen beim Konzern Foxconn unter katastrophalen Bedingungen. Noch nicht einmal die dürftigen chinesischen Mindeststandards werden eingehalten: Arbeitstage bis zu 15 Stunden; Sieben-Tage-Woche; Schlafsäle für bis zu 100 Personen, die von einer Aufsicht bewacht werden; Besuchsverbote; Mindestlöhne, die nur durch Überstunden erreicht werden – so sieht der Alltag für die meisten von ihnen aus. Hinzu kommen drastische Disziplinierungsmaßnahmen wie stundenlanges regloses Stehen. „Sie verwandeln die Arbeiter praktisch in Roboter. Nur, dass sie natürlich noch billiger sind als Roboter," kommentiert ein Insider lakonisch. Hauptsächlich betroffen sind „Dagongmei" („Kleine Schwestern"), wie die jungen Wanderarbeiterinnen genannt werden, die aus armen Regionen angeworben werden, um in



den Zentren der Exportindustrie zu arbeiten.

Weil der Apple-Konzern in der Branche jedoch keine Ausnahme ist, hat die in Bonn ansässige Organisation WEED (WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) die aktuelle Kampagne „PC-Global" gestartet. „Apple ist nicht nur Trendsetter für hippe Produkte, sondern auch für ausbeuterische Arbeitsbedingungen", erklärt Projektleiterin Sarah Bormann. Gleichzeitig betont man bei WEED aber auch, dass sich die Kampagne keineswegs nur um Apple dreht, sondern die Misstände in der i-Pod-Produktion symptomatisch für die gesamte Branche sind.



Bei Foxconn und ähnlichen Kontraktfirmen wird jedes x-beliebige Notebook von Dell oder HP hergestellt. Selbst Fujitsu-Siemens bildet da keine Ausnahme, auch wenn man dort mit dem „Standort Deutschland" Reklame macht. Allein die Endmontage findet hierzulande statt, die Produktion von Motherboards, Monitoren und Chips ist längst in Billiglohnländern wie Indonesien und Malaysia etabliert. Vor allem China hat sich geradezu zum Eldorado der Elektronikindustrie gemausert mit seiner Mischung aus repressivem System, lukrativen Sonderkonditionen und einem nahezu unerschöpflichen Reservoir billigster Arbeitskräfte. Trotz des Images der sauberen Hightech-Industrie läuft so ein gnadenloser Wettkampf um die niedrigsten Standards in Sachen Umwelt und Arbeitsbedingungen.

Das geschieht trotz des Verhaltenskodex (Electronic Industry Code of Conduct, EICC) den 2004 alle Branchenführer der Elektronik-Industrie (außer Fujitsu-Siemens) unterzeichneten. Darin verpflichten sie sich gemeinsam mit den Kontraktfirmen, soziale und ökologische Grundsätze zu beachten. – Organisierung am Arbeitsplatz ist allerdings nicht vorgesehen. Auch Apple und Foxconn haben diese Vereinbarung unterzeichnet, außerdem hat Apple einen „Code of Conduct" für seine Vertragsunternehmen erstellt. Ob und wie dessen Einhaltung überprüft wird, ist nicht klar. Beim Konzern zeigt man sich jedenfalls nach den jüngsten Veröffentlichungen überrascht und besorgt über die aufgedeckten Missstände bei Foxconn. Schnell wurde eine Prüfungskommission einberufen, die vor Ort recherchierte. Laut Apple fand man aber nur wenige Verletzungen der Unternehmens-Standards. Und diese, so beschwichtigt der Konzern auf seiner Website, würden schnell beseitigt, schließlich sei Apple „den höchsten Standards sozialer Verantwortung verpflichtet" und sorge für „Respekt und Würde" in der Behandlung der Arbeiter, wo auch immer Apples produziert werden.

WEED kann das so nicht bestätigen. Apple produziert schließlich gerade deshalb in Ländern wie China, weil dort die flexibelsten Bedingungen herrschen und gewerkschaftliche Organisierung am wirkungsvollsten verhindert werden kann. Abhilfe schaffen können nach Ansicht von WEED nur tatsächliche Kontrollinstrumente und Organisierung der Arbeiter. Doch erstmal gilt es, das Problem publik zu machen. Kaum jemand weiß schließlich, unter welchen Bedingungen der heimische PC hergestellt wurde. Deshalb setzt die PC-Global-Kampagne (www.pcglobal.org) auf breite Information und greift dabei auch Umweltaspekte bei der Produktion und der Entsorgung von PCs auf. „Ökologische und soziale Fragen gehören für uns untrennbar zusammen", so Sarah Bormann. Aus dem Ökologie-Bereich naht im übrigen für Apple schon das nächste Ungemach. Auf der ganz im Apple-Design gestylten Homepage www.greenpeace.org/apple macht Greenpeace seit kurzem auf ökologische Probleme durch das giftige Innenleben von Computern aufmerksam. Unter dem Slogan „I love my Apple, I wish it came in green" wirbt der Umweltverband dafür, sich als Mac-User für eine „grünere" Unternehmenspolitik einzusetzen, denn der Trendsetter macht bei Umweltfragen keine allzu eine gute Figur. „Think different" wäre wohl auch beim Konzern selbst eine gute Maßnahme.

Hobbes

Link: www.greenmyapple.com

Keine Autos in Indien

Oder: Wie die Kommunistische Partei (Marxisten) ihre Basis verliert

In Westbengalen stellt die CP (M) seit nunmehr 30 Jahren die Landesregierung. Wie jede Landesregierung ist auch sie darum bemüht, „Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten". Man mag von den zaghaften Landreformen der Regierung halten was man will, Tatsache ist jedoch, dass selbst diese wenigen „Errungenschaften" zur Ansiedlung des neuen Autowerks der Tata-Gruppe, einer der mächtigen multinationalen Konzerne Indiens, nun rückgängig gemacht werden müssen. Die CP (M) trifft dabei aber nicht nur auf den Widerstand der direkt Betroffenen, sondern auch unter ihren eigenen Mitgliedern. Schon seit Mai 2006 leisten LandarbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in der westbengalischen Gemeinde Singur Widerstand. Ungefähr 6.000 arme Familien sollen von 420 Hektar Ackerland vertrieben werden, um Platz für eine Autofabrik zu schaffen. Das rechtliche Instrument für diese Landenteignungen – das Bodenerwerbsgesetz – beruht noch auf der kolonialen Gesetzgebung und Praxis und erlaubt es der Regierung, Land ohne öffentliche Diskussion oder Anhörung jener, die darauf leben oder arbeiten, zu beschlagnahmen. Am 4.2.2007 erreichte die Repression gegen den Widerstand einen vorläufigen Höhepunkt. Die Polizei ging gegen eine Versammlung der DorfbewohnerInnen vor und verprügelte diese brutal. Anuradha Talwar und fünf führende Mitglieder des PBKMS-Vorstands – alles Frauen – wurden festgenommen und mit Vergewaltigung bedroht. Die Auseinandersetzung um die Tata-Autofabrik ist kein Einzelfall. So wird beispielsweise bei Nandigram eine Sonderwirtschaftszone für die Chemiebranche geplant, für die ebenfalls Menschen von ihrem Land weichen müssen.

Nik Topark

Griechenland: Freiheit in Athen

Linke sieht Repression gegen Anarchisten als Lakmustest

Am 6. Februar wurden die beiden Anarchisten Tarasios Sandorosni (nach 70 Tagen Hungerstreik) und Gerasimos Kyriakopoulos (54 Tagen) gegen Meldeauflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Auch der ebenfalls seit dem 6. Mai 2006 einsitzende Kostas Katsadouras wurde freigelassen. An jenem Tag war es im Verlauf der Demonstrationen des Europäischen Sozialforums in Athen zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei und 17 vorläufigen Festnahmen gekommen. Auf Grund von Polizeiaussagen (Sachschaden, Widerstand, Angriff auf Staatsorgane) wurden die drei in U-Haft genommen, die in Griechenland bis zu 18 Monate betragen kann und vor allem gegen anarchistische AktivistInnen gerne als „vorauseilende Bestrafung" benutzt wird. Auch jetzt spricht die Anwältin von Sandorosni von konstruierten Polizeiaussagen gegen einen politisch aktiven Flüchtling (Sandorosni kommt aus der Ukraine). Die nun erfolgte Freilassung kann als Erfolg der starken Solidaritäts-Mobilisierungen der letzten Wochen gewertet werden, die so unterschiedliche Formen wie Demonstrationen, die Besetzung von Radiosendern, Rathäusern und Universitäten, einen Anschlag auf das Gesundheitsministerium, offene Briefe und den persönlichen Einsatz von Parlamentsabgeordneten (Linksallianz, Pasok, KKE) umfassten. Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass auch die seit 2004 regierende konservative Regierung kein Interesse an toten Hungerstreikenden hat und diese letztendlich „aus humanitären Gründen" aus der Haft entlässt. Wohl gerade noch rechtzeitig, da sich dem letzten medizinischen Bericht der behandelnden Ärzte zufolge beide Gefangene in einem kritischen Zustand befanden.

Ebenfalls als Erfolg für die griechische Linke wurden Anfang Januar die milden Urteile im Athener Anarchistenprozess gewertet. Entgegen den Befürchtungen wurde an den drei angeklagten Aktivisten kein Exempel statuiert. Giorgos Kalaitzidis (21 Monate, 600 Euro) und Panagiotis Aspiotis (acht Monate, 600 Euro) wurden wegen Waffenbesitz verurteilt, Petros Karasarinis freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte bis zuletzt versucht, sie als Terroristen aburteilen zu lassen, und noch während des Prozesses war es im Gerichtssaal zu hässlichen Übergriffen der Polizei auf Prozessbeobachter gekommen.

Die Geschichte hatte im Mai 2005 begonnen, als Anarchisten bei Auseinandersetzungen mit SEK-Einheiten Schilde, Helme und Gasmasken „beschlagnahmten", die Polizei dies zunächst dementierte und, nachdem Bilder von Vermummten mit Polizeischilden auf Indymedia Athen aufgetaucht waren, doch eingestehen musste.

Kalaitzidis und Karasarinis waren dann im Juli 2005 angeblich bei dem Versuch festgenommen worden, Säcke mit zersägten Polizeischilden in Müllcontainern zu entsorgen. Bei der folgenden Durchsuchung von Kalaitzidis Wohnung fand die Polizei vier Pistolen und Munition. Einige Tage später verhaftete sie den dritten Angeklagten Aspiotis, da sich in einem von ihm gemeinsam mit Kalaitzidis gemieteten Bankschließfach Munition befand. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen „Bildung einer kriminellen Verreinigung" ein Verfahren nach dem Antiterrorgesetz beantragt und den Angeklagten unter anderem alle Angriffe mit Molotowcocktails in Athen seit 1998 zur Last gelegt. Der Untersuchungsrichter entschied jedoch, dass Auseinandersetzungen mit der Polizei keine terroristische Straftat darstellen, und verwies den Fall an ein in Griechenland übliches Geschworenengericht, was nun alle drei vom Vorwurf der Bandenbildung freisprach, den bis zuletzt in U-Haft sitzenden Kalaitzidis außerdem von der Herstellung, dem Besitz und dem Einsatz von Sprengsätzen – sprich Molotows. Das bloße Wegwerfen von staatlichem Eigentum, das andere entwendet haben (also die Schilde), stellt keinen Straftatbestand dar.

Auch in der übrigen Linken des Landes war der Fall aufmerksam verfolgt worden, da der Umgang mit den anarchistischen Aktivisten als Testlauf für die Unterdrückung sozialer Kämpfe gesehen wurde.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Rumänien: Chinesische Textilarbeiterinnen streiken

Ende Januar traten in einer Textilfabrik von „Wear Company" in Bacau, Rumänien, 400 Textilarbeiterinnnen in einen Streik für höhere Löhne. Alle Arbeiterinnen stammen aus der VR China, wo rumänische Textilfirmen seit kurzem Arbeitskräfte anheuern, nachdem sie immer weniger einheimische Frauen finden, die die schlecht bezahlten Akkordjobs übernehmen wollen. Die Streikenden fordern eine Verdopplung ihrer Monatslöhne von Euro 270,- auf Euro 540,-. Außer den in Rumänien üblichen Steuern müssen die Arbeiterinnen den Arbeitsvermittlern aus China eine monatliche Kommission sowie einmalig Euro 3.000 dafür bezahlen, dass sie den Job überhaupt bekommen. Der Geschäftsführer der italienisch-rumänischen Textilfabrik, Sorin Nicolescu, lehnte bis zum Redaktionsschluss jedes Zugeständnis ab und behauptete, er sei von den Arbeiterinnen angegriffen worden. Der Streik richtet sich nicht nur gegen die Lohnhöhe, sondern auch gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen. Seit die 400 Frauen im letzten Jahr in Rumänien angekommen sind, leben sie fast völlig isoliert. In einem Interview beklagten sie sich darüber, dass „sie den ganzen Tag hungrig seien". Die Firma habe zwar einen chinesischen Koch eingestellt, das Essen sei aber schlecht und zu wenig. Kurz nach Beginn des Streiks haben sich chinesische Diplomaten eingeschaltet und versucht, die Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Wir finden es ein gutes Zeichen für uns alle, dass gleich das erste Kontingent chinesischer Kontraktarbeiterinnen in Rumänien versucht, für sich eine deutliche Erhöhung der Löhne und ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen. Für die Firmenleitung dürfte das umso unangenehmer sein, als sie für Ende Februar eigentlich die Einstellung von 300 weiteren chinesischen Arbeiterinnen vorgesehen hatte.

Polen: Repression gegen Postbeschäftigte

In der Folge der Streiks bei der polnischen Post (Poczta Polska) im November 2006 (s. DA 179) geht das Management der Firma jetzt gegen TeilnehmerInnen am Streik sowie gegen AktivistInnen der Gewerkschaften vor. Anfang Januar wurde Bartosz Kantorczyk, einer der Arbeiter, die den Streik begonnen hatten, zwangsweise versetzt. Bartosz wurde von seinen KollegInnen in das Streikkomittee gewählt und war in Polen zu einer bekannten Persönlichkeit geworden. Andere bekannte AktivistInnen sind in den letzten Wochen für ihre Beteiligung am Streik und dessen Unterstützung mit Entlassung bedroht worden. Die anarcho-syndikalistische „Arbeiterinitiative" verlangt vom Management der Post, dass dieses die Zwangsversetzung von Bartosz unverzüglich wieder rückgängig machen soll. Für den Fall, dass dies nicht umgehend geschieht, hat die Arbeiterinitiative Proteste bei der Post in Gdansk, Poznan, Warschau und anderen Orten angekündigt.

Israel: Erneut wilder Streik in Ashdod

Anfang Februar kam es in Ashdod, dem größten israelischen Hafen, erneut zu einem zweitägigen wilden Streik gegen die Firmenleitung und die Gewerkschaft. Bereits vor rund einem Jahr waren die Hafenarbeiter in einen längeren Streik getreten. Der neuerliche Streik war bereits Anfang Januar von den Arbeitern gegen den erklärten Willen der Gewerkschaft beschlossen worden, das Streikkomittee der Beschäftigten setzte ihn schließlich für Anfang Februar an. Sie widersetzten sich damit einer Reform der Arbeitsregularien für die israelischen Häfen, die unter anderem ein Streikverbot für die nächsten fünf Jahre vorsehen. Hintergrund des Streiks ist die Privatisierung der israelischen Häfen, die sich mitten in der Umsetzung befindet. Das Management wirft den Arbeitern deshalb vor, sie würden versuchen, durch ihre Streiks die Privatisierung zu hintertreiben und Zustände wiederherzustellen, wie sie vor der Privatisierung herrschten. Der Streik brachte die Abfertigung im Hafen vollständig zum Erliegen.

USA: Streik und Aussperrung bei Harley-Davidson

Der bekannte Motorradhersteller Harley-Davidson erzielte 1996 mit mehr als einer Mrd. US-Dollar einen der höchsten Jahresgewinne der Firmengeschichte. Am 2. Februar 2007 wurde die größte Fabrik des Konzerns in York, Pennsylvania bis auf weiteres geschlossen. Vorausgegangen war eine Urabstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern der 3.200 ArbeiterInnen starken Belegschaft, in der sich diese mit 96% für die Ablehnung eines Tarifangebot des Managements und mit 98% für einen Streik zur Durchsetzung eines besseren Angebotes entschieden hatten. Die Konzernführung hatte eine Lohnerhöhung von 4% für die nächsten drei Jahre angeboten, von der allerdings die Hälfte direkt für die gestiegenen Kosten der Krankenversorgung abgezogen werden sollten. Mit der Schließung des Werkes und der damit verbundenen Aussperrung der kompletten Belegschaft versucht das Management, Druck auf die Streikenden auszuüben.

Pakistan: Tote und Verletzte bei Transport-Streik

Als Anfang Januar die Gewerkschaft APFUTU im pakistanischen Karachi einen Streik im Transportbereich ausrief, gab es einen Toten durch Schüsse der Polizei und rund ein Dutzend Verletzte. Der Streik richtete sich gegen die ausufernde Polizeiwillkür in der Stadt sowie gegen die Zerstörung mehrerer Armenviertel auf besetztem Gelände, den sog. „Kachi Abadi", durch die Provinzverwaltung. Der Streik paralysierte das öffentliche Leben, es gab praktisch keinen öffentlichen Nahverkehr, die meisten Schulen und Geschäfte blieben geschlossen. Als Polizeieinheiten in mehreren Stadtviertel Streikversammlungen angriffen, kam es zu Straßenblockaden. Beim Versuch, diese zu räumen, schoss die Polizei mit scharfer Munition in die Menge.

Ägypten: Überraschende Streikwelle

Anfang Februar traten in Ägypten die Belegschaften mehrerer größerer Betriebe in den Streik. Den Anfang machten die 4.200 Arbeiter der „Misr Shebin Al-Kom Spinning and Weaving Company (SSWC)" mit einer Besetzung des Werks Nummer 1. Sie forderten ausstehende Prämien, bevor die staatliche Textilfabrik für 25 Jahre an den indischen Textilmulti „Indo Rama" übertragen wird. Wenige Tage später folgten 11.000 Arbeiter der ebenfalls staatlichen „Kafr Al-Dawwar Spinning and Weaving Company". Auch sie forderten, dass ihnen der ausstehende Bonus für 45 Tage endlich ausgezahlt wird. Kurz darauf begannen Arbeiter eines spanisch-ägyptischen Gemeinschaftsunternehmens einen Hungerstreik wegen der Nichtauszahlung von Löhnen sowie wegen schlechter Behandlung, und zwei Tage schmiss die Belegschaft des größten ägyptischen Geflügel-Zuchtbetriebes die Brocken hin. Während man im Industrieministerium die Streiks zunächst ignorierte, wurde in der Folge der Ton schärfer. Ein Sprecher des zuständigen Industrieministeriums bezeichnete die Streikenden der SSWC als „Terroristen, die die Firma sabotieren wollen". Von ihrem Gewerkschaftskomitee und dessen traditioneller Kooperation mit der Firmenleitung fühlen sich die ArbeiterInnen verkauft. Einer der Streikenden der SSWC sagte dazu: „Die Mitglieder des Gewerkschaftskomitees haben sich mit der Firmenleitung gegen uns zusammen getan. Sie weigern sich, sich am Streik zu beteiligen, und sitzen stattdessen in den Kaffeehäusern herum."

Mord an Arbeiterin

Erbitterte Proteste nach Vergewaltigung und Mord an 16jähriger

Dazhu, eine kleine Stadt in der westchinesischen Provinz Sezcuan, wurde zum jüngsten Schauplatz einer enormen Welle von Protesten, die sich überall im Land gegen die ausufernde und von der Regierung gedeckte Korruption richten. Anlass war die Vergewaltigung und Ermordung von Yang Daili, die in der Bar des Nest Business Hotel arbeitete.

Als Reaktion auf die Ermordung der 16-jährigen Arbeiterin demonstrierten an mehreren Tagen bis zu 20.000 Menschen vor dem Viersterne-Hotel. In der Nacht zum 17.



Januar erreichten die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt, als die wütende Menge das Hotel stürmte und in Brand setzte. Andere verhinderten, dass die Feuerwehr den Brand löschte. Als das Feuer nach fünf Stunden schließlich abebbte, war das Hotel weitgehend zerstört.

Offizielle Berichte behaupten, dass Yang Daili an einer Alkoholvergiftung gestorben sei, die sie am frühen Morgen des 30. Dezember erlitten habe, nachdem sie mit Hotelgästen zusammen gewesen sei. Inoffizielle Quellen deuten an, dass es sich bei diesen Gästen um Regierungsbeamte gehandelt habe. Freunde und Familie von Yang Daili berichten hingegen, dass die junge Arbeiterin unter Drogen gesetzt und anschließend vor ihrem Tod brutal vergewaltigt worden sei. Das Hotel befindet sich im Besitz eines hochrangigen Polizeioffiziers und lokaler Regierungsbeamter. Das Management hatte der Familie 65.000 US-Dollar Entschädigung angeboten, wenn sie die Sache auf sich beruhen ließe. Das lehnte die Familie ab und forderte eine offizielle Untersuchung.

Als die lokale Polizei nur zögerlich begann, eine Untersuchung durchzuführen, und die Familie beinahe täglich mit sich widersprechenden Meldungen konfrontiere, begannen Freunde und Familie am 15. Januar, sich vor dem Hotel zu versammeln. Der Protest wuchs in den nächsten beiden Tagen explosionsartig an, bis er sich am 17. Januar in einer wahren Rebellion entlud.

Diese erbitterte Antwort der Bevölkerung von Dazhu kann nur vor dem Hintergrund der systematischen Korruption und der damit einhergehenden faktischen Straflosigkeit für Regierungsbeamte in China verstanden werden. ArbeiterInnen haben keinerlei Rechte. Es gibt keine unabhängigen Gewerkschaften, welche die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen organisieren könnten. Die ökonomische Ungleichheit wächst ohne jede Grenze. Ihr Nutznießer ist eine neue Klasse von Regierungsbeamten, Militärs und Parteibonzen, die sich durch Ausbeutung und Korruption fortgesetzt selbst bereichern. Diese Umstände sind eine Brutstätte für Rebellion, und jeder neue „Vorfall" dieser Art trägt zu den immer mehr anwachsenden Wellen von Massenprotesten bei, die aus der Unfähigkeit der chinesischen Regierung resultieren, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie basiert.

www.anarchosyndikat.de

Schlägerbanden überfallen TextilarbeiterInnen

Bangladesh: Klassenkampf eskaliert weiter

In Bangladesh tobt seit Monaten ein nicht erklärter Krieg zwischen den Bossen und den Belegschaften der Textilindustrie. Unter dem enormen Konkurrenzdruck des Weltmarktes versuchen die Textilunternehmer erneut, die Arbeitsbedingungen in den Textilklitschen, die hauptsächlich für den europäischen und US-amerikanischen Markt produzieren, zu verschlechtern. Die TextilarbeiterInnen (in der großen Mehrheit junge Frauen) reagierten darauf mit einer Welle von Streiks oder brannten kurzerhand eine ganze Reihe von Schwitzbuden bis auf die Grundmauern nieder. Zu einer neuen Qualität der Unterdrückung durch die Textilbosse kam es am 10. Januar: 200 Schläger überfielen die ArbeiterInnen einer Textilfabrik.

Dutzende von ArbeiterInnen einer Textilklitsche wurden am Mittwoch verletzt, als über 200 Schläger, die angeblich vom Fabrikmanagement angeheuert wurden, eine Protestversammlung überfielen, die sich gegen den Überfall auf zwei Gewerkschafter richtete. Die Zeitung „Bangladesh Daily Star" berichtete, dass der Mob — angeführt von einem Polizeispitzel und Mafioso namens Mobarak — wahllos auf die ArbeiterInnen, hauptsächlich Frauen, eindrosch und fünf von ihnen in das Büro eines Managers der „Padma Poly Cotton Knit Fabrics Ltd." verschleppte. Nach Aussage der Zeitung kam es während des zweistündigen Überfalls außerdem wiederholt zu sexuellen Angriffen gegen ArbeiterInnen. Dem Überfall vorausgegangen war ein ganztägiger Streik, der sich gegen die Verhaftung des Gewerkschafters Majibar Rahman durch die Behörden richtete, sowie gegen einen Überfall angeheuerter Schläger auf Sayeed und Ashraf — ebenfalls Gewerkschafter — zwei Tage vor dem Angriff der Pistoleros. Von Sayeed fehlte am Mittwoch nach wie vor jede Spur.



Die sofort alarmierte Polizei traf erst nach mehr als zwei Stunden ein, nachdem alle Angreifer die Fabrik bereits verlassen hatten und das Gelände mittlerweile von mehr als 2.000 Angehörigen und NachbarInnen belagert wurde, nachdem zuvor das Gerücht die Runde gemacht hatte, dass fünf Arbeiter in einem der Büros des Managements zu Tode geprügelt worden seien. Nachdem die Polizei auf Druck der ArbeiterInnen das Büro aufbrach, wurden die fünf bewusstlos, aber lebendig, dort gefunden. Die Polizei nahm daraufhin den Geschäftsführer der Fabrik, Shahid Ahmed Zia und drei weitere Manager vorübergehend fest, ließ sie jedoch bald wieder frei.

www.anarchosyndikat.de

Argentinien: Streik gegen Statistik-Manipulation

Seit Montag streiken die Angestellten des staatlichen Amtes für Statistik (Indec) in Buenos Aires zwei Stunden pro Tag. Jetzt wurde der Streik auf sechs Stunden ausgedehnt. Die Mitarbeiter des Amtes für Statistik werfen der Regierung Kirchner vor, die offiziellen Inflationszahlen zu manipulieren. Die Regierung hatte für Januar die Inflation auf 1,1 Prozent beziffert, die Kritiker gehen davon aus, dass die tatsächliche Inflationsrate bei zwei Prozent liegt. Die streikenden Mitarbeiter fordern auch bessere Arbeitsbedingungen.

Israel: Elektrizitätswerke werden bestreikt

Seit dem 20.02.2007 streiken in Israel die Beschäftigten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft (IEC) aus Protest gegen die geplante Elektrizitätsreform. Das Reformpaket soll Ende Februar in der Knesset verabschiedet werden. Die IEC soll in drei Gesellschaften zerteilt werden, und 49 Prozent der Anteile sollen verkauft werden. Die IEC rief die Gerichte an, um den Streik verbieten zu lassen.

Kanada: Eisenbahnerstreik zeigt Wirkung

Seit über einer Woche streiken in Kanada 2.800 Beschäftigte der Eisenbahn CN. Der Automobilkonzern Ford schickte Arbeiter in seinem Werk St. Thomas nach Hause, weil Teile fehlten. Auch Chemieunternehmen und Holzfirmen haben Produktionssenkungen angeordnet und machen den Eisenbahnerstreik dafür verantwortlich. Die Eisenbahner streiken für höhere Löhne und Zulagen.
(Stand: 17.02.2007)

KULTURGUERILLA

Das neue Standardwerk von Mike Davis über globale Stadtentwicklung und Megaslums in der Dritten Welt ist jetzt bei **AssoziationA** erschienen. **Mike Davis *Planet der Slums*** konstatiert in diesem ambitionierten und verstörenden Buch eine „Kopernikanische Wende" der menschlichen Siedlungsgeschichte. Denn nie zuvor überstieg der Anteil der Stadtbevölkerung den Anteil der auf dem Land Wohnenden und nie zuvor sah sich eine ungeheure Anzahl von über einer Milliarde Menschen gezwungen, ihr Überleben in Armut, im Schmutz der Müllhalden, ohne (sauberes) Wasser, ohne Toiletten, ohne irgendeine Art der Gesundheits- oder Sozialversorgung zu organisieren. Die Megaslums des „Südens" sind Ausdruck einer im höchsten Maße ungleichen und instabilen urbanen Welt. Hier treffen die sozialen Fronten der Globalisierung in radikaler Weise aufeinander.
ISBN 978-3-935936-56-9

***„Anti-Aging für die Anarchie?** Das libertäre Barcelona und seine anarchistischen Gewerkschaften 70 Jahre nach der Spanischen Revolution"* von **Host Stowasser** ist Ende Februar bei **Verlag Edition AV** erschienen. Das Buch zeichnet Skizzen einer ebenso lebendigen wie vielfältigen Bewegung — aus einer Stadt, in der das Wort „Anarchie" kaum jemanden erschreckt, weil es Teil der eigenen historischen Identität ist. Im Mittelpunkt der Reportage stehen die anarchistischen Gewerkschaften.
ISBN: 978-3-936049-72-5

Babel oder Über die Ungleichheit des Schicksals

Der diesjährige Oscar-Favorit ist mehr als seichte Kinounterhaltung

Bei Redaktionsschluss standen die diesjährigen Oscar-Gewinner noch nicht fest, sodass noch unklar war, ob der als Favorit ins Rennen gegangene Film „Babel" des Mexikaners Alejandro Gónzalez Iñárritu tatsächlich seinen Vorschusslorbeeren gerecht geworden ist. Allerdings ist realistischerweise kaum zu erwarten, dass der in sieben Kategorien nominierte Film der große Abräumer werden wird, dazu ist er, trotz Starbesetzung (Brad Pitt und Cate Blanchett in zwei Hauptrollen), eigentlich formal zu komplex und inhaltlich zu brisant für das Mainstreamkino à la Hollywood.

Zufälle und Kettenreaktionen

Wie auch seine beiden Vorgänger, „Amores Perros" und „21 Gramm", die ersten Spielfilme von Iñárritu, die den Regisseur auf Anhieb international bekannt machten, ist auch „Babel" ein Episodenfilm, der mehrere unabhängige Handlungen parallel und zum Teil in achronologischer Reihenfolge erzählt. Wiederum ist ein Unfall das auslösende Ereignis, das diese Handlungen in Beziehung setzt, indem es die betroffenen Personen aus der Bahn wirft. Doch im Unterschied zu seinen beiden Erstlingen, die jeweils an einem Ort spielen, verfolgt Iñárritu in „Babel" keine geringere Absicht, als einen Film über die globale Gesellschaft zu drehen, oder, wie ein Kritiker schreibt, über die „globalen Befindlichkeiten auf der ganz großen Weltbühne".


Richard (Brad Pitt) zwischen Politik und Schicksal

Die vier Episoden des Films spielen in drei Weltregionen. Hauptschauplatz ist die Steinwüste Marokkos, wo sich die Schicksale von Susan und Richard, einen offenbar gut situierten amerikanischen Ehepaar, mit denen der beiden Hirtenjungen Ahmed und Yussuf kreuzen. Jedem der beiden Duos ist eine Nebenhandlung zugeordnet. Die eine beginnt in San Diego, wo die Kinder von Susan und Richard und ihre mexikanische Haushälterin Amelia auf die Rückkehr des Paares warten. Die andere ist in Tokio angesiedelt, wo die taubstumme Chieko lebt, Tochter des Geschäftsmanns und Jägers Yasujiro, der bei einem Jagdurlaub in Marokko dem einheimischen Führer sein Gewehr als Abschiedsgeschenk hinterlassen hat.

Eben dieses Gewehr wird zum „Corpus delicti" und Auslöser aller weiteren Ereignisse. Von ihrem Vater gekauft, um die Schakale von seinen Ziegen fernzuhalten, veranstalten die Brüder Yussuf und Ahmed Schießübungen mit der Flinte und zielen leichtsinnigerweise auf einen weit entfernt vorbeifahrenden Touristenbus. Das Unwahrscheinliche passiert. Susan wird am Hals getroffen und droht zu verbluten. Der Bus steuert ein nahegelegenes Dorf an, wo Susan ins Haus der Großmutter von Anwar, dem Reiseführer und Dolmetscher, gebracht wird. Während letzterer diskret und umsichtig handelt und den örtlichen Tierarzt kommen lässt, der, wenn auch mit primitiven Mitteln, die Blutung stoppt und somit Susan das Leben rettet, ist Richard, der Ehemann, mit der Situation völlig überfordert. Ohnmächtig muss er zusehen, wie seine westlichen Mitreisenden, die diese unwillkommene Konfrontation mit afrikanischer Dorfarmut als Zumutung empfinden, seine Frau und ihn im Stich lassen und ungerührt davonfahren.

Die Arroganz der Macht

Doch nicht nur auf persönlicher Ebene gleiten den Betroffenen die Ereignisse aus der Hand, auch auf politischer Ebene sind sie plötzlich nur noch Spielbälle der internationalen Diplomatie und des Medienspektakels. Ein Telefonat mit der amerikanischen Botschaft bringt alles ins Rollen: Während Susan noch mit dem Leben ringt, wird ihr Fall in den internationalen Medien bereits als terroristischer Anschlag verhandelt. Die Arroganz der Macht tritt auf den Plan. Aus politischen Gründen inszenieren die Amerikaner eine spektakuläre Rettungsaktion und lassen Susan mit dem Hubschrauber ausfliegen, anstatt das medizinisch Vernünftige zu tun und sie per Krankenwagen ins nächste Hospital zu bringen.

Durch den Verdacht, es könne sich um ein Attentat handeln, sind die marokkanischen Behörden unter Zugzwang, den Fall möglichst schnell aufzuklären, d.h. Schuldige zu präsentieren, und gehen entsprechend rücksichtslos vor. Wie eine Besatzungsmacht fällt die Polizei über die berberische Hirtenbevölkerung her, und man ahnt mehr als man erfährt, dass die Brutalität des Repressionsapparats über den konkreten Anlass hinaus auch der Einschüchterung einer widerspenstigen Bevölkerungsgruppe dient. Am Ende ist Yussuf, der ältere der beiden Brüder, tot, auf der Flucht erschossen, was mit Ahmed, dem eigentlichen „Täter", und dem Vater geschieht, bleibt offen.

Durch die Ereignisse in Marokko verzögert sich die Heimkehr von Susan und Richard. Da die Haushälterin Amelia, die die Hochzeit ihres Sohnes in Mexiko nicht verpassen möchte, auf die Schnelle keinen Ersatz-Babysitter auftreiben kann, beschließt sie kurzerhand, die Kinder mitzunehmen. Zunächst läuft alles gut, die drei erleben ein rauschendes Fest. Aber die Rückkehr in die USA endet in der Katastrophe. Auch hier ist wiederum die Arroganz der Macht im Spiel. Beim Grenzübertritt werden sie von misstrauischen Polizisten schikaniert und an der Weiterfahrt gehindert. Der angetrunkene Santiago, der Fahrer und Neffe Amelias, verliert die Nerven und gibt Gas. Auf der Flucht setzt er Amelia und die Kinder in der Wüste aus. Am nächsten Tag werden sie desorientiert und halb verdurstet von einer Patrouille aufgegriffen. Aufgrund des Vorfalls verliert Amelia, nach 16 Jahren in den USA, ihre Aufenthaltsgenehmigung und wird umgehend nach Mexiko abgeschoben.

Menschliches und Politisches

Der Titel des Films, „Babel", spielt auf den biblischen Mythos des Turmbaus zu Babel an, die „babylonische Sprachverwirrung" als göttliche Strafe für menschlichen Hochmut. Diese Metapher wurde vom Feuilleton dankbar aufgegriffen und die „Unfähigkeit, zu kommunizieren" zum Zentralthema des Films erklärt. Nicht, dass diese Lesart völlig falsch wäre — immerhin werden in dem Film sieben Sprachen gesprochen, und selbst die amerikanische Originalversion läuft größtenteils mit Untertiteln –, allerdings wird der Film dadurch um seine politischen Implikationen gebracht und die Botschaft allzu sehr im Allgemeinmenschlichen verortet. In der Tat sind Verlust, Angst, Schmerz, Tod, Sprachlosigkeit usw. menschliche Erfahrungen schlechthin, doch macht „Babel" deutlich, dass die Konsequenzen daraus völlig unterschiedlich sind, abhängig davon, unter welchen sozialen Bedingungen und in welcher Weltregion die Betroffenen leben.

Susan wird schließlich nach wenigen Tagen aus dem Krankenhaus entlassen. Als Angehörige der globalen Elite kommen sie und ihre Familie buchstäblich mit dem Schrecken davon. Anders die übrigen Beteiligten: Da in prekären Verhältnissen zu leben für sie Normalität ist, genügen bereits dumme Zufälle, um sie in einen Abgrund zu stürzen, ja, ihre Existenz zu vernichten.

Dass ein solcher Film ein westliches Kinopublikum dazu bringen kann, über sich selbst nachzudenken, bleibt immerhin zu wünschen. Vielleicht schließt das sogar die Erkenntnis ein, dass es bereits ein Privileg ist, ins Kino gehen zu können.

MH

In memoriam Carles Fontserè (1916-2007)

Letzter großer Exponent der spanischen Revolutionskunst gestorben

Die Niederschlagung des Militärputsches und der Beginn der sozialen Revolution im Juli 1936 in Spanien wurde auf künstlerischem Gebiet von einer „explosión cartelista", einer Plakatexplosion, begleitet. Mehr als jedes andere Bildmedium wurden die Plakate zur bevorzugten künstlerischen Ausdrucksform des revolutionären Prozesses und zum Vermittler zwischen den antifaschistischen Organisationen und der Bevölkerung. Etwa 3000 Plaktaentwürfe entstanden während des Krieges, jeweils in einer Auflage von 3.000-10.000 Exemplaren gedruckt, so dass mindestens zehn Millionen Plakate als „gritos de los muros" (Aufschrei von den Mauern) das Straßenbild in der republikanischen Zone prägten. Doch damit nicht genug: Viele Plakatmotive wurden auf Postkarten, Briefmarken, Titelbildern von Zeitungen und Zeitschriften, Transparenten, als Wandbilder und Zugbemalungen reproduziert.

Auch wenn die Plakate als spontane und kollektive Schöpfungen erschienen, waren sie überwiegend das Werk professioneller Künstler. Unter ihnen der gerade 20-jährige Carles Fontserè, der eines der ersten revolutionären Plakate schuf. Fontserè, Jahrgang 1916, entstammte einer bürgerlichen Familie in Barcelona und begann bereits im Alter von 15 Jahren seine Karriere als Gebrauchskünstler, zunächst als Werbezeichner und Filmplakatmaler. Anfang 1936 gehörte er zu den Mitbegründern des „Sindicato de Dibujantes Profesionales" (SDP), der Gewerkschaft der Berufsgrafiker von Barcelona. Obwohl sich im SDP auch Libertäre organisierten, stimmte die Mehrheit für den Anschluss an die sozialistische UGT. Vielleicht war dafür der persönliche Einfluss des SDP-Initiators und ersten Vorsitzenden Helios Gómez ausschlaggebend. Gómez hatte sich nach anarchistischen Anfängen in den frühen 1930er Jahren zum Kommunisten gewandelt. Er war mit seinen politischen Grafiken international bekannt und das große Vorbild junger Künstler wie Fontseré.

Nach dem 19. Juli beginnt die Blütezeit der Künstlergewerkschaft. Sie bezieht einen beschlagnahmten Adelspalast, wo in Zusammenarbeit mit allen linken Organisationen Plakate und andere Formen graphischer Propaganda entstehen. Von Fontseré stammt u.a. eines der bekanntesten Plakatmotive der sozialen Revolution, „Libertat", ein Sichel reckender Campesino vor schwarzroter FAI-Fahne. Daneben werden in den Palasträumen kollektive Ateliers eingerichtet, die allen Künstlern ohne Ansehen ihrer Herkunft und ästhetischen Orientierung offen stehen. Als einziges Organ, das in der Lage ist, Materialien in großer Menge und Vielfalt herzustellen, mausert sich der SDP schnell zu einem bedeutenden Propagandazentrum im Dienst der Revolution.

Mit der Institutionalisierung der Revolution und den wachsenden Spannungen zwischen Kommunisten und Anarchisten kommt auch das Experiment einer selbstorganisierten Künstlergewerkschaft mehr und mehr zum Erliegen. Die Funktionen des SDP gehen auf die Propagandaorgane der wieder auferstandenen



bürgerlichen Regierung über.

In retrospektiven Betrachtungen aus den 1980er Jahren legte Fontseré Wert darauf, die Plakate der ersten Wochen des Bürgerkriegs, „die das spontane und direkte Werk der Künstler" waren, von der „institutionellen" Kunst zu unterscheiden, die danach im Auftrag des katalanischen Propagandaministeriums entstand.

Mit der Zurückdrängung der sozialen Revolution und der ausschließlichen Konzentration auf den militärischen Sieg über die Francotruppen veränderte sich die Ikonographie der Plakate in frappanter Weise. Die selbstbewussten Arbeiter und Bauern, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, wichen finster dreinschauenden Soldaten mit kantigen Gesichern und Stahlhelm auf dem Kopf, die fatal an Naziästhetik erinnern.

Wie hunderttausende anderer RepublikanerInnen ist Fontserè 1939 gezwungen, Spanien zu verlassen. Nach dem Aufenthalt in französischen Internierungslagern gelingt ihm die Emigration nach Mexiko. Ab 1950 lebt er in New York, wo er eine vielfältige künstlerische Tätigkeit entfaltet, u.a. als Drehbuchschreiber, Comiczeichner und Fotoreporter. 1973 kehrt er nach Spanien zurück. Nach dem Ende der Franco-Ära setzte er sich publizistisch und herausgeberisch für die Wiederentdeckung der Plakatkunst des Bürgerkrieges ein. Noch in seinen letzten Lebensjahren kämpfte er um die Rückgabe der Originalplakate aus seinem Besitz, die 1939 von den Franquisten beschlagnahmt wurden und sich seither im Bürgerkriegsarchiv in Salamanca befinden. Carles Fontseré starb am 7. Januar 2007 im Alter von 90 Jahren in einem Krankenhaus seines Wohnortes Gerona.

MH

Für eine kämpferische Gegenkultur

Interview mit Nico Pâtre von Brigada Flores Magon

- Was hat dich zur Rockmusik gebracht?

N.P.: Um diese Frage zu beantworten, muss ich auf meinen Werdegang eingehen. Ich bin jetzt 29, seit etwa 10 Jahren bewege ich mich in der radikalen Antifa-Szene, und die hat mich nach und nach zum Rock'n Roll gebracht.

Als ich Anfang der 1990er Jahre aufs Gymnasium ging, hat mit der Aufstieg der extremen Rechten und vor allem des Front National stark beschäftigt. Obwohl ich aus einer kommunistischen Familie stamme, war ich anfangs ein Mitläufer der Sozialdemokraten, bevor ich begriff, dass es eben die antisoziale Politik dieser Leute war, die den Aufstieg der braunen Pest begünstigte. Als Politologiestudent in Toulouse habe ich bei JRE mitgemacht (Jugendliche gegen den Rassismus in Europa), einer revolutionär-antirassistischen Gruppe, die landesweit eher trotzkistisch ausgerichtet ist, aber bei uns im Süden von „soften“ Maoisten geführt wurde. Dort bin ich auf eine Kultur gestoßen, die ich seither nicht wieder verlassen habe, die Punkrock/Redskin-Kultur. Zusammen mit einigen Kumpels haben wir angefangen, den Faschos in physischer Konfrontation die Straße, die Unis und die Konzertsäle streitig zu machen.

Ich bin 1998 nach Paris gezogen, habe mich der CNT angeschlossen, bin Brigada Flores Magon begegnet und habe mit Victor, dem damaligen Gitarristen, ein Redskin-Fanzine namens „Barricata“ gegründet. In den folgenden Jahren haben wir einen Haufen Solikonzerte organisiert. Fanzine, Konzertplanung, internationale Treffen, Büchertische hier und dort, mir fehlte nur noch eines zu meinem Glück: ein Instrument zu lernen und auf die Bühne zu gehen. Es waren Fred Alpi und Géraldine-Kochise, die mir die Grundkenntnisse dieser neuen Sprache beigebracht haben. Dank eines veränderten Lineup war ich plötzlich Bassist der Alpi-Gruppe und dann von Brigada.

- Du gehörst zur RASH-Bewegung (Red & Anarchist SkinHeads). Was ist das?

N.P.: Ich gebe dir die offizielle Definition, die wir vor ein paar Jahren formuliert haben: „RASH ist ein internationales und internationalistisches Netzwerk radikal antifaschistischer, antisexistischer und antikapitalistischer Skins. Es besteht aus libertären Aktivisten oder kritischen Kommunisten, organisierten und nicht-organisierten, und umfasst einige tausend Personen weltweit. Es bestehen Sektionen in Mexiko, Kolumbien, Chile, USA, Kanada, Indonesien, Russland, Italien, Spanien, Deutschland, Portugal, Frankreich usw. RASH wurde Mitte der 1990er Jahre gegründet, um alle 'Redskins' zu sammeln und das rassistische Krebsgeschwür wirksamer zu bekämpfen, auf der Straße, in den Stadien, an den Unis, im Konzert und am Arbeitsplatz. RASH hat sein Kampfterrain nach und nach erweitert (Unterstützung für Gefangene, Arbeiter, Befreiungskämpfe) und beteiligt sich heute am Aufbau einer alternativen, kämpferischen und solidarischen Gegenkultur. Seine hauptsächlichen Ausdrucksmitteln sind Musik und Fanzines, aber auch Fotografie und Zeichnung. Mit seiner Arbeit zielt RASH darauf ab, einen Teil der Arbeiterjugend zu (re-)politisieren.“



- Was macht ihr in Paris?

N.P.: Konket gesprochen, dreierlei: 1.) geben wir ein Fanzine heraus, Barricata, das seit sechs Jahren existiert und das wir in größtmöglicher Auflage verteilen. In diesem Fanzine sprechen wir über alles, was uns am Herzen liegt, also Politik und Musik. Aufklärungsarbeit über die extreme Rechte, internationale Vernetzung und Mobilisierung, Kritik des Strafvollzugsystems, Interviews mit engagierten Musikgruppen, Soziologen, Schriftstellern usw. Diese Zeitschrift kann man auf allen unseren Büchertischen finden. 2.) Dann organisieren wir etwa ein Konzert pro Monat und verwenden die Gewinne, um Anwaltskosten zu bezahlen oder Geldstrafen für radikale Antifaschisten, die hier und dort verurteilt werden. In den letzten Monaten haben wir uns an der Bezahlung der Flugtickets für eine Delegation palästinensischer Gewerkschaftler beteiligt oder die Anmietung eines Busses für Kinder aus dem Westjordanland mitfinanziert oder Gelder an die CNT-Kommissionen „Migration“ und „Gefängnisse“ verteilt, kurzum, an guten Zwecken fehlt es nicht ... Jedes Jahr im Juni organisieren wir ein großes Festival, bei der Gelegenheit kommen wir alle zusammen, feiern und schauen, wie es weitergeht. 3.) Und schließlich erinnern wir, wenn nötig, die extreme Rechte daran, dass sie sich nicht ungestraft auf der Straße blicken lassen kann.

- Diese engagierte Musik-Szene: Bewegt sich da was? Wird sie größer?

N.P.: Die engagierte Musikszene hat immer existiert. Nach dem goldenen Zeitalter der Jahre 1983-1992 (Crass und Conflict in England, Banda Bassotti in Italien, Kortatu im Baskenland, Slime in Deutschland, Berurier Noir in Frankreich) gab es sozusagen eine Durststrecke bis 1997. Nur ein paar Anarchopunkbands haben die Fackel der Revolte hochgehalten. Seither haben wir den rasanten Aufstieg des Ska erlebt und viele Gruppen sind Topacts geworden (Los Tres Puntos, Ya Basta), die uns regelmäßig unterstützen, indem sie Solikonzerte spielen. Beim Punkrock findest du zwei Tendenzen: den „Skaterpunk“, häufig sehr gut gespielt, ideologisch hohl und bei weitem in der Mehrheit, und die engagierte Szene, zahlenmäßig nicht so stark. Mein Gefühl ist, dass das Publikum bei unseren Konzerten sich erneuert und zugleich verdichtet. Unser Publikum ist weniger gestylt, mehr gemischt. „Punk is dead“, sang CRASS in den 80ern als Kritik an der Kommerzialisierung dieser Musikrichtung, und die Problematik ist immer noch die gleiche, je nachdem, von welcher Seite aus du es betrachtest, ist Punk entweder ein Konsumprodukt oder eine Gegenkultur.

- Mitglied der Vorzeigeband der europäischen Antifa-Szene zu sein ... trägt man daran nicht zu schwer?

N.P.: Die Vorzeigeband ... sonst noch was? Unser Ego ist schon groß genug, da musst du nicht noch einen draufsetzen! Es gibt viele ausgezeichnete Antifabands in Europa: Stage Bottles und Los Fastidios, Oppressed, Opeio-K-95, und ich spreche nur von Streetpunkbands ... Es stimmt schon, dass man uns oft als antifaschistische, anarchistische, autonome Band definiert, dass man uns regelmäßig zu Demos mit Straßenblockaden gegen Naziaufmärsche einlädt ... Umso besser, ich bin sehr stolz darauf und wünsche mir, dass das niemals aufhört! Nach uns werden andere kommen, die Wort und Tat in Einklang bringen und laut hinausschreien werden, dass der Faschismus ein Krebsgeschwür ist: entweder man beseitigt es oder man krepiert daran!

Übers.: MH

Seit Ende Februar befindet sich Brigada Flores Magon im Studio, um ihr neues Album (das erste seit 2003) aufzunehmen, das im Juni erscheinen soll. Als Anhänger des Do-it-Yourself-Prinzips finanzieren sie die Produktion selber. Allerdings können alle Fans und UnterstützerInnen das Album schon jetzt subskribieren, und zwar mit der Übersendung von 15 Euro per Internationaler Postanweisung an Brigada Flores Magon, 21 ter rue Voltaire, F-75011 Paris. Ihre nächsten Konzerte in der näheren Umgebung: *Berlin, 21. April 2007*, Anti-G8-Konzert (mit Banda Bassotti) — *Rostock, 2. Juni 2007*, Konzert auf dem Anti-G8-Treffen
Mehr Infos unter: brigadafloresmagon.org und contre.propagande.org

Ja, ich kämpfte

Biographien radikaler Jüdinnen und Juden

Als ich vor kurzem den Interviewband von Bernd Drücke *„Ja! Anarchismus. Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert“* las, stellte ich nach der Lektüre fest: „Interessant. Doch ich kenne fast alle diese Personen.“ Hier wurde mir wieder mal eines klar: Auf der einen Seite ist die anarchistische/libertäre Szene sehr vielfältig, engagiert und kreativ und auf der anderen Seite ist der Personenkreis sehr überschaubar — zumindest wenn man über mehrere Jahre in ihr aktiv ist. (Was auf keinen Fall eine Kritik gegen das Buch von Bernd Drücke sein soll, das jungen GenossInnen Mut machen kann.)



Milly Witkop (links Fermin Rocker, rechts Rudolf Rocker)

Anders das Buch von Portmann und Wolf, das letztem Oktober von Unrast verlegt wurde. Hier kann man sehen, wie vielfältig, kämpferisch und kreativ die anarchistische/libertäre Szene schon im letzten Jahrhundert war. Doch sind die dort vorgestellten Persönlichkeiten (zumindest für mich) fast alle unbekannt.

„Ja, ich kämpfte. Von ‚Luftmenschen', Kindern des Schtetls und der Revolution“ ist ein Sammelband mit sechs hervorragend recherchierten Biographien radikaler Jüdinnen und Juden. Anhand dieser Porträts jüdischer Libertärer gehen die Autoren der Frage nach, welchen Anteil jüdische AnarchistInnen an der ArbeiterInnenbewegung im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert hatten.

Die Biographien handeln von bekannten Persönlichkeiten wie dem Schriftsteller und Kunsttheoretiker Carl Einstein (1885–1940), der 1936 in der Kolonne Durutti kämpfte, oder Milly Witkop-Rocker (1877–1955), der frühen Anarchafeministin und Lebensgefährtin von Rudolf Rocker. Sowie von fast vergessenen libertären Persönlichkeiten wie der sozialrevolutionären Agitatorin Cilla Stamm (1887–1957), dem anarchistischen „Kunst-Gangster“ Jack Bilbo (1907–1967) oder dem Dichter Robert Bodansky (1879–1923), der sich vom Librettisten der Wiener Operettenszene zum pazifistisch-anarchistischen Agitator entwickelte. Und schließlich vom fast unbekannten „Luftmenschen“ Isak Aufseher (1905–1977), einem libertären Buchhändler, „Berufsrevolutionär“ und Spanienkämpfer. Allesamt „radikale Existenzen“, die in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland bzw. als EmigrantInnen in England und den USA ihr Hauptwirkungsfeld hatten. Alle Biographien sind mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen, der bei der Klärung von historischen Hintergründen, Begriffen und Personen hilft.

Das Buch ist auch deshalb so wichtig, weil es einen Teil der modernen anarchistischen Geschichte, eben den jüdischen Anarchismus in Osteuropa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wieder lebendig werden lässt, der durch den Holocaust ein so jähes Ende nahm. Als 1996/97 das Frankfurter Jüdische Museum eine Sonderausstellung über die revolutionäre Arbeiterbewegung in Osteuropa machte, war der „Anarchismus“ noch ein Tabu-Thema. In dem Begleitbuch (*Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung*) wurde etwa Gustav Landauer konsequent vage als „Sozialist“ dargestellt (nicht einmal als „freier“ Sozialist).

Nach Meinung der Autoren fand die produktivste Begegnung zwischen Judentum und Anarchismus in Osteuropa statt. Das ist sicherlich richtig. Allerdings erscheint es mir übertrieben und konstruiert, eine tiefere Affinität zwischen Religion und Politik herstellen zu wollen. So, wenn Portmann/Wolf den Talmud und die Kabbala heranziehen, um zu verdeutlichen, dass Judentum und Anarchismus eigentlich zusammengehören. Belegt wird das Ganze mit Zitaten von Gershom Scholem und Michael Löwy (Seite 16–17). Ich würde dagegenhalten, dass die Religion meiner Vorfahren nichts mit meiner politischen Einstellung zu tun hat. Wenn Menschen sich der anarchistischen Idee zuwenden, dann nicht, weil sie eine bestimmte Religion dazu prädestiniert, sondern weil das soziale Umfeld und der eigene



Cilla Stamm

Wille zur Veränderung sie dazu veranlassen. Trotzdem haben wir hier ein wichtiges Buch, und ich persönlich hoffe, dass es den Autoren gelingen möge, noch mehr von diesen Biographien zu erforschen und zu veröffentlichen. Meine Empfehlung: Lesen!

Anna Homburg

Werner Portmann/Siegbert Wolf, *„Ja, ich kämpfte. Von 'Luftmenschen', Kindern des Schtetls und der Revolution. Biographien radikaler Jüdinnen und Juden“*, Unrast Verlag, Münster 2006, 314 S., 19 Euro, ISBN 3-89771-452-3



Eingesperrt sind meine Pläne namens der Gerechtigkeit. Die neuste Schrift der Erich-Mühsam-Gesellschaft (Heft 28) enthält zahlreiche gut recherchierte Beiträge über die Haftzeiten von Erich Mühsam (Günther Gerstenberg), über den Kampf von Mühsam für politische Gefangene (Nikolaus Brauns) und zum Teil sehr interessante Bezüge zur heutigen Zeit, wie z.B. das Thema Folter im Zusammenhang mit dem *„Kampf gegen Terrorismus“* von Inga Morgenstern.
ISBN 978-3-931079-37-6

Marijana Gršak, Ulrike Reimann und Kathrin Franke, *„Frauen und Frauenorganisationen im Widerstand in Kroatien, Bosnien und Serbien“*. Der vorliegende Band stellt Frauen als Akteurinnen der Geschichte in den Mittelpunkt. Als engagierte Aktivistinnen politischer Frauenorganisationen widersetzen sie sich den ihnen von der Gesellschaft zugewiesenen Rollen als bedauernswerte Opfer, Leidtragende und Vergewaltigte. Sie kämpfen für die Rechte und Freiheiten von Frauen und leisten zugleich Widerstand gegen Krieg und Nationalismus und wirken mit am Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft.
ISBN: 978-3-936049-57-2

Und zum Schluss noch ein Veranstaltungstipp (nicht nur) für BerlinerInnen:
Am 08. März 2007, 21 Uhr Record Release: *Der Singende Tresen — Clowns im Regen*
Roter Salon/Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz
Die nunmehr zweite Studio-CD mit Anarcho-Chansons vom Singenden Tresen.
www.dersingendetresen.de
www.raumer-records.de

Zum Greifen nah und doch blockiert

Arbeiterbewegung hier und heute — die jüngsten Streiks bei Opel, Gate Gourmet und BSH im Rückblick. Eine Literaturschau mit Schlussfolgerungen von Ludwig Unruh

„Bochum war die Wiedergeburt der Gewerkschaften als Ordnungs- und Gestaltungsmacht. Nicht die Belegschaft hat danach gerufen, sondern die Unternehmensführung. Das Opel-Management rief die IG Metall als Feuerwehr zur Hilfe, um den Brand zu löschen." (Kölner Stadtanzeiger, 22.10.05) [Op203]

„Die Bochumer Aktionen führen zurück zu Versammlungsformen, wie sie die Gewerkschaften im neunzehnten Jahrhundert entwickelten, als sie noch als Feind des Staates galten, und die mit dem Tarifrecht des zwanzigsten Jahrhunderts überwunden schienen." (Andreas Platthaus, FAZ, 19.10.2004) [Op201]

Die letzten Jahre haben nun auch in Deutschland eine deutliche Zunahme an Arbeitskämpfen gebracht, v.a. das Jahr 2006 dürfte nach 1992 als neue Spitze in die Streikstatistik der BRD eingehen. Das ist zwar weniger ein Verdienst rebellischer ArbeiterInnen — die weitaus meisten Streiks sind Abwehrkämpfe gegen den zunehmenden „Klassenkampf von oben". Den beteiligten ArbeiterInnen geht es in erster Linie um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und/oder die Abwehr von Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen. Der jahrzehntelange Trend stetiger Reallohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen ist inzwischen umgekehrt worden, die aktuellen Streiks folgen nicht mehr dem Schema der Arbeitskampfrituale der Jahre zuvor. Die Unternehmerseite ist offensichtlich nicht mehr gewillt, dem Sozialpartner quasi vorbeugend Zugeständnisse einzuräumen. Doch allein in dem Fakt, dass ArbeiterInnen wieder kämpfen müssen, liegt die Chance, dass sie die Lethargie der Jahre nach dem Mauerfall überwinden.

Dennoch gelingt es uns zumeist nur ansatzweise, in solchen Konflikten als alternative, solidarische Kraft aufzutreten. Das ist insofern nicht weiter verwunderlich, da die sich häufenden Kämpfe auch für die meisten von uns eine ungewohnte Situation darstellen, die man zwar herbeigesehnt, auf die man sich aber kaum vorbereitet hat. Dass es dennoch lohnend sein kann, bei solchen Kämpfen dranzubleiben und zu versuchen, mit den ArbeiterInnen selbst ins Gespräch zu kommen, zeigen die Erfahrungen, die bei einigen der jüngsten ArbeiterInnenkämpfen gemacht wurden.

Zu zwei dieser Kämpfe — dem 6-tägigen wilden Streik 2004 bei Opel in Bochum(1) und dem sechsmonatigen Streik 2005/06 am Düsseldorfer Standort des Airline-Caterers Gate Gourmet(2) — sind inzwischen Bücher erschienen, in denen nicht nur die Erfahrungen von linken AktivistInnen von in- und außerhalb der jeweiligen Betriebe aufbereitet werden, sondern in denen auch die Beteiligten selbst zu Wort kommen. Bei einem weiteren wichtigen Streik 2006 — dem fast zweimonatigen Kampf im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk (BSH) in Berlin im Herbst 2006 — wurden von UnterstützerInnen ebenfalls längere Interviews mit Streikenden gemacht und veröffentlicht.(3) Im Folgenden soll mit Hilfe dieser Texte ein erstes Fazit aus den jüngsten Streiks in der BRD gezogen werden.

Streikursachen

Zunächst einmal waren alle drei Konflikte Abwehrkämpfe gegen Angriffe des Kapitals. Nachdem in kleineren Betrieben oft „frühkapitalistische" Verhältnisse schon länger Einzug gehalten haben, gelten die Angriffe des Kapitals in den letzten Jahren vermehrt den Belegschaften der großen Konzerne. Bei Opel und BSH ging es um angekündigte Betriebsschließungen bzw. Massenentlassungen, im Falle Gate Gourmet um die immer unerträglicher werdenden Arbeitsbedingungen infolge der massiven Umstrukturierungen der letzten Jahre. Alle drei Konflikte fanden in Filialen von weltweit organisierten Konzernen statt, deren Belegschaften zu einem großen Teil migrantischer Herkunft sind. Die ArbeiterInnen in diesen Betrieben zeigten in der Vergangenheit ein recht hohes Maß an Identifikation mit „ihren" Betrieben, dort zu arbeiten galt — und gilt z.T. auch heute noch — als Privileg. Die Bezahlung liegt bzw. lag deutlich über den branchenüblichen Löhnen, die Fluktuation war eher gering.



All diese „Privilegien" stehen nun zur Disposition. In allen drei Fällen hat in den letzten Jahren bereits ein massiver Stellenabbau stattgefunden, zum einen aufgrund von Produktionsverlagerungen (Opel und BSH), zum anderen aufgrund der allgemeinen Krise im Automobilbau bzw. im Luftverkehr (nach den Anschlägen vom 11.9.). Mit dem Personalabbau gingen massive Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit einher, die durch Umstrukturierungen und die umfassende Reorganisation der Arbeit zusätzlich gepusht wurden. Zum einen wurde innerhalb der Konzerne eine Marktorganisation inszeniert, die die einzelnen Abteilungen und Standorte der Konzerne in eigenständige „Profitcenter" umwandelte und miteinander in Konkurrenz setzte. Wo das so nicht möglich war (wie im Falle Gate Gourmet, wo eine Drohung mit Verlagerung kaum wirksam ist), wurden die ArbeiterInnen durch eine Neuorganisation der Arbeit am Standort unter Druck gesetzt. Im Falle von Gate Gourmet war es die berüchtigte Unternehmensberatung McKinsey, die den Auftrag für die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes bekam und die geschickt die ArbeiterInnen beim Auffinden ungenutzter Potenziale einbezog. So wurde die „anonyme Bandarbeit" in einzelne, individuell zuordenbare Arbeitsaufgaben umgewandelt, für die jede einzelne Kollegin verantwortlich gemacht werden konnte. Zudem wurden komplexe Tätigkeiten in einzelne Arbeitsgänge zerlegt, für die keine besondere Qualifikation mehr notwendig ist. Dadurch werden die ArbeiterInnen leichter ersetzbar, die Drohung der Arbeitslosigkeit realer. Letztlich gelang es dadurch, die Solidarität unter den KollegInnen weitgehend zu zerstören und die Arbeitsproduktivität innerhalb von drei Jahren um 30% zu steigern. „So hielt der Teufel Einzug in die einzelnen Abteilungen." [GG32] — brachte es ein Kollege bei Gate Gourmet auf den Punkt.



Organisierung und Gewerkschaften

All diese Maßnahmen sind natürlich zweischneidig. Zwar gelingt es Unternehmen damit, aus den ArbeiterInnen kurzfristig (oder auch mittelfristig) mehr herauszupressen, auf der anderen Seite wird die Loyalität der Belegschaften damit nicht gerade gefördert. Früher oder später kommt der Punkt, an dem die Geduld der ArbeiterInnen zu Ende ist („Die können mich rausschmeißen, ist mir egal, ich kann einfach so nicht weiter." [GG33]) oder aber die Erpressung mit Standortverlagerung durch die Unternehmen keine andere Chance mehr lässt, als das letzte bisschen Macht auch einzusetzen, das den ArbeiterInnen angesichts dieser Drohung noch bleibt: Das so teuer wie möglich für das Unternehmen zu gestalten.

Damit der weitverbreitete Unmut in kollektive Aktion umschlägt, bedurfte es jedoch einer organisierenden Kraft. Die Kämpfe wurden, zumindest anfangs, von den „zuständigen" Gewerkschaften (BSH, Opel: IGM; GG: NGG) unterstützt — jedoch ging die Initiative dazu nicht unbedingt von ihnen aus. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung spielten unabhängige Gruppen von ArbeiterInnen. Im Falle von Opel war das die seit über 30 Jahren existierende gewerkschaftsoppositionelle Gruppe „Gegenwehr ohne Grenzen" (GoG) sowie ein Teil des Vertrauensleutekörpers, bei Gate Gourmet eine kleine informelle Gruppe von ArbeiterInnen, das selbst so genannte „U-Boot", die für eine hohe Streik-Beteiligung sorgten.

Aus den Interviews geht aber auch hervor, dass die Kämpfe ohne Gewerkschaften vermutlich nicht stattgefunden hätten. Generell besteht offensichtlich ein ziemliches Missverhältnis zwischen dem „hypergroßen Vertrauensverlust bei den traditionellen Vertretungswegen" [Op108], der sich in einem anhaltenden Rückgang in den Mitgliedszahlen ausdrückt, und der Bereitschaft bei Streiks, wieder in die Gewerkschaften einzutreten und diese auch als Vertreter von Belegschaftsinteressen zu akzeptieren. Letztlich gab es nur sehr wenige Streikende, die nicht in den jeweiligen Gewerkschaften organisiert waren, spätestens zu Streikbeginn traten die Unorganisierten ein. Das lag nicht nur an der Streikunterstützung, die für die meisten der Streikenden unverzichtbar war. Für die streikunerfahrenen Belegschaften bei Gate Gourmet oder BSH galten die Gewerkschaften als „Experten für Arbeitskämpfe", ohne deren „Know-how" sie sich kaum eine Streikführung zutrauten. Im Falle von Gate Gourmet änderte sich diese Einschätzung im Laufe des Kampfes: Die Streikenden stellten fest, dass auch „die Gewerkschaft gar keine Erfahrung hat" [GG148] — eine Erfahrung, die im letzten Jahr sicher viele Streikende machen konnten. Dennoch waren nach Einschätzung eines der Streikaktivisten „die uns rund um die Uhr begleitenden Gewerkschafter (...) unverzichtbar" [GG35]. Bei BSH war es ähnlich, die streikende Belegschaft hatte bis zum Tage des Verhandlungsabschlusses ein „hundertprozentiges Vertrauen zur Gewerkschaft" [FFF]. Der Bruch kam dann bei der mehr oder weniger von den Gewerkschaftsfunktionären betriebenen Beendigung der Streiks. Im Falle von Gate Gourmet war die NGG mit anhaltender Streikdauer immer weniger bereit, den mit hohen Kosten verbundenen Aufwand zu betreiben und drängte auf den Abschluss von Verträgen, in Bochum gelang es mit Hilfe von manipulierten Stimmzetteln, das Ergebnis der Urabstimmung in diesem Sinne zu beeinflussen und bei BSH wurde der Abbruch des Streiks gegen eine Zweidrittelmehrheit weiterhin Streikwilliger satzungsgemäß vollzogen.

Die Belegschaften

Die Bereitschaft zum Streik war in allen Fällen hoch — allerdings nur unter den ArbeiterInnen in der eigentlichen Produktion, von denen sich in Düsseldorf und Berlin jeweils gut zwei Drittel am Streik beteiligten. Bei den Angestellten gab es nur sehr wenige, die sich solidarisierten, viele von ihnen übernahmen sogar Streikbrechertätigkeiten. In den beiden länger andauernden Streiks stellte Streikbrecherarbeit ein reales Problem dar. Insbesondere bei Gate Gourmet gab es viele freiwillige Streikbrecher von anderen Standorten und zahlreiche LeiharbeiterInnen, die mit Argumenten kaum zu beeindrucken waren. Sie waren ideologisch von der Unternehmerseite gut vorbereitet worden und zeigten teilweise ein „völliges Unverständnis" gegenüber den Streikenden [GG35f].

Die ArbeiterInnen entwickelten im Verlauf der Kämpfe nach Aussagen der meisten Interviewten viel „Selbstengagement" und ein hohes Maß an Selbstbewusstsein und Kampfgeist. „Das war wie im Rausch", meinte ein Opel-Arbeiter zu den ersten Tagen des Streiks [Op83]. Der Kampf bei BSH kam hingegen eher langsam in Fahrt, erst im Verlauf bildeten sich Ansätze von Selbstorganisation, wie z.B. eine „Kreativgruppe", die eigene Transparente malte und Flugblätter schrieb, die nicht von der Gewerkschaft abgesegnet waren. Auch die Initiative zum „Marsch der Solidarität" durch zahlreiche Orte in Deutschland, wo ähnliche Konflikte wie bei BSH in Berlin ausgetragen worden waren, kam aus der Streikbasis — die Gewerkschaft hat sich dann „drangehängt" und die Busse finanziert, um nicht die Kontrolle über den Streik zu verlieren [FFF]. Bei Gate Gourmet war es wohl vor allem dem „U-Boot" zu verdanken, dass die „die Belegschaft sich den Streik aneignete" [GG93]. Dennoch war es i.d.R. ein begrenzter Kreis von Aktiven, die die Streiks über die gesamte Dauer gepusht haben. Bei Gate Gourmet waren es etwa zehn von 70 Streikenden, am Soli-Marsch bei BSH beteiligte sich ein Kern von ca. 50 Leuten (von knapp 500). Mit anhaltender Streikdauer bröckelte dann auch das Engagement der Streikenden. Bei Gate Gourmet stellte ein Aktivist fest, dass der Streikalltag für viele „wie zur Arbeit fahren" geworden sei. [GG65]

Eine effektive Solidarisierung seitens der Kollegen anderer Konzernstandorte blieb in allen drei Fällen aus. Zwar gab es manche Soli-Erklärungen von Betriebsräten oder GewerkschafterInnen aus anderen Niederlassungen, auch aus dem Ausland. Diese gaben aber i.d.R. die Informationen über die Streiks nicht an ihre KollegInnen weiter und auch die Gewerkschaften zeigten keinerlei Interesse, die Kämpfe auszuweiten. Ausnahmen bildeten die KollegInnen der Londoner Niederlassung von Gate Gourmet, wo sich ein Teil der Belegschaft ebenfalls in einem Arbeitskampf befand und die Streikenden sich gegenseitig besuchten. Ähnlich verhielten sich ArbeiterInnen anderer Betriebe — hier kam es vor allem zu solidarischen Aktionen (wie Besuchen, Spenden, Angebote, die Streikposten zu unterstützen usw.) von denjenigen, die in der jüngeren Vergangenheit ähnliche Kämpfe ausgefochten hatten. AEGler aus Nürnberg fuhren nach Düsseldorf, die BSHler erhielten bei BenQ in Kamp-Lintfort oder dem Stahlwerk in Eisenhüttenstadt viel Unterstützung. Auch schauten z.B. CNH-ArbeiterInnen, die erst kurz vorher einen ähnlichen Kampf geführt hatten, bei den Streikenden des BSH vorbei. Viel Beistand kam auch von den Familien und Communities der Streikenden, oder im Falle von Opel von nahezu der gesamten Stadt Bochum, wo ein Großteil der Bevölkerung die Auswirkungen von Massenentlassungen zu spüren bekommt. Auch zahlreiche Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre nutzten die Streiks für medienwirksame Solidaritätsbekundungen — die Streikenden waren für jede Unterstützung dankbar. In jedem Falle war „das Erleben so breiter Solidarität beeindruckend und vorwärtstreibend, doch das Ausbleiben weiterer Belegschaftsaktionen an anderen Standorten deprimierend." [Op165]

Die Linke

Dieser „Hunger nach Solidarität" kam auch den linken AktivistInnen zugute, die bei den

Fortsetzung auf der nächsten Seite

1) Jochen Gester und Willi Hajek (Hgg.): *Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum Oktober* 2004. 226 Seiten, zehn Euro (ISBN 3-00-017269-6) (In Quellenverweisen im Text als [Op+Seitenzahl] abgekürzt.)

2) Flying Pickets (Hg.): *Auf den Geschmack gekommen ... Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet*, Berlin 2006 (Assoziation A), 264 Seiten, zwölf Euro (ISBN 3-935936-54-0) [GG]

3) *Gespräch mit einem Kollegen aus dem BSH und Nuran erzählt* (Wildcat #78, S. 45ff) [Wc] sowie *Es muss sich in dieser Scheiß-Republik was bewegen! Interview mit einem Schicht-Arbeiter, seit rund 20 Jahren bei BSH Berlin* (flugschrift der freundinnen und freunde der klassenlosen gesellschaft • Winter 2006/2007, im Web unter http://www.klassenlos.tk/) [FFF]

Ludwig Unruh ist Mitglied der FAU Magdeburg und langjähriger DA-Autor. Von ihm stammt auch die Broschüre „Hauptsache Arbeit? Zum Verhältnis von Arbeit und menschlicher Emanzipation".

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Streiks auftauchten. Zwar war es anfangs schwierig, mit den Streikenden in Kontakt zu treten. Zumeist wurde man gleich an den „zuständigen“ Gewerkschaftssekretär oder Betriebsrat verwiesen. So berichteten UnterstützerInnen bei Gate Gourmet, dass sie bei den ersten Versuchen der Kontaktaufnahme auf Desinteresse gestoßen sind und alles nach einem „typisch ritualisierten Gewerkschaftsstreik“ aussah [GG92]. Jedoch nachdem sie regelmäßig aufgetaucht waren und die Streikenden sich von der Ernsthaftigkeit der UnterstützerInnen überzeugt hatten, waren sie akzeptiert. Im Falle von Gate Gourmet ging das soweit, dass letztlich die Blockaden als wichtigste Kampfform hauptsächlich von den UnterstützerInnen durchgeführt wurden, da die Streikenden als Flughafenangestellte bei solchen Aktionsformen Gefahr liefen, ihre Sicherheitsüberprüfung zu verlieren. Im Ruhrgebiet bildete sich schließlich ein fester UnterstützerInnenkreis von linken AktivistInnen, deren Zusammensetzung sich von Einzelpersonen und lokalen Gruppen über Wildcat, FAU bis hin zu VertreterInnen von MLPD oder DKP erstreckte. Das Interessante dabei war, dass es von Seiten der Beteiligten kaum Versuche gab, ideologische Dominanz zu erlangen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Unterstützung des Streiks. Insbesondere die Fähigkeit, Aktionen und Kontakte zu organisieren kam den Streikenden praktisch zugute — in den Augen sicherlich nicht nur eines Arbeiters übten die UnterstützerInnen eine „tragende Funktion“ [GG154] aus. Einer bezeichnete das „Dreigestirn“ Gewerkschaft, Linke und Tarifkommission gar als „ideale Streikkombination“. [GG74] Und last but not least gab es unter den Streikenden große Bereitschaft für Interviews und ein deutliches Interesse der InterviewpartnerInnen, „die Erfahrungen zu verarbeiten und verfügbar zu machen“ [GG96]. Auch beim BSH hat sich die „übergroße Mehrheit über Unterstützung gefreut“ [FFF]; und auf den Streikversammlungen bei Opel durften alle reden, solange keine „parteipolitischen Spielchen“ betrieben wurden [Op72].

Auf Seiten der AktivistInnen war das Fazit ähnlich positiv: Die Streikunterstützung hat nicht nur Spaß gemacht und zu einer Politisierung der Streikenden beigetragen, sondern es haben „in gewisser Weise (...) die Streikenden dafür gesorgt, dass sich die Linke neu zusammengesetzt hat.“ [GG227]

Ergebnisse

So wichtig die neuen Erfahrungen aller Beteiligten für kommende Kämpfe sein können, unterm Strich endeten die Kämpfe mit Verschlechterungen für die Beschäftigten. Zwar gelang es in jedem Fall Bedingungen durchzusetzen, die von Unternehmerseite so nicht vorgesehen waren. (Wobei das nur für die offiziellen Verlautbarungen gilt, inwiefern solche „Abstriche“ nicht von vornherein einkalkuliert waren, bleibt der Spekulation überlassen.) Die Entlassenen erhielten mehr oder weniger gute Abfindungen, werden sich aber zum Großteil wohl im Heer der Langzeitarbeitslosen wiederfinden. Letztlich arbeiten die, die in den Betrieben verblieben sind, heute zu schlechteren Bedingungen als vor dem Streik.

Entsprechend gemischt waren auch die Resümees der Streikenden. „Kein Sieg, aber auch keine Niederlage“ [GG88], war der allgemeine Tenor der Streikenden — nicht nur bei Gate Gourmet. Zwar wurden durch den Streik „sogar negative Entwicklungen beschleunigt, die sonst nicht in diesem Tempo möglich gewesen wären“, jedoch habe „allein schon die Wirkung auf das kollektive Selbstwertgefühl, einem unmenschlichen Arbeitssystem wenigstens für einige Monate die Stirn bieten zu können, immensen Wert“. [GG90]

Die Gewerkschaften sahen die Streikabschlüsse natürlich viel optimistischer, man habe in jedem Falle das Beste herausgeholt, hieß es in ihren Statements unisono. Beim BSH wurde der Abschluss sogar als „großer Erfolg“ gefeiert: „Hier in Spandau konnte erstmals in Deutschland mit dem Streik für einen Sozialtarifvertrag eine geplante Schließung verhindert werden“, hieß es in der IGM-Erklärung [BSH-Streikzeitung Nr.16] — eine Einschätzung, die bis in Kreise der Gewerkschaftslinken geteilt wurde.

Kämpfe

Für diejenigen, die an der Entstehung einer neuen antikapitalistischen sozialen Bewegung interessiert sind, ist eine Analyse der realen Bewegungen von immenser Bedeutung. Zunächst kann man feststellen, dass die jüngsten Streiks einerseits wohl die „letzten Zuckungen“ (Robert Kurz) der alten, von zentralistischen Gewerkschaften dominierten Arbeiterbewegung darstellen, auf der anderen Seite durchaus auch Aspekte von ArbeiterInnen-Selbstorganisation enthalten. Letztlich sind „richtige“ ArbeiterInnenkämpfe — jenseits der in den letzten beiden Jahrzehnten dominierenden Rituale — für die Masse der heutigen Belegschaften Neuland. Daher sind praktische Erfahrungen mit ArbeiterInnenkämpfen auch in unseren Kreisen die Ausnahme. (Gleiches gilt im übrigen auch für die Unternehmerseite und für „die Gewerkschaften“, die angesichts der unnachgiebigen Haltung der „Sozialpartner“ teilweise völlig hilflos agieren.)

Zunächst einmal ist die grundsätzliche Bedeutung von Streiks und anderen ArbeiterInnenkämpfen hervorzuheben. Streikende haben — im Unterschied z.B. zu Demonstrierenden — die Macht, das Herzstück des Kapitalismus, den Verwertungsprozess von Kapital, zu unterbrechen. „Nach meiner Erfahrung steckt in jedem Streik, und wenn er noch so kurz dauert, immer das Moment, dass diese Gesellschaft anders sein kann“, brachte das ein Unterstützer bei Gate Gourmet auf den Punkt [GG236]. Ein zentraler Aspekt ist, dass die ArbeiterInnen allein im Kampf ein Gefühl für die Macht entwickeln können, die sie aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess haben, ebenso wie oft nur im Streik ihre Vereinzelung aufgehoben wird, der sie infolge der neuen Produktionskonzepte zunehmend unterworfen sind.



www.bsh-streik.de

Aber dieser Aspekt steht für die meisten der Streikenden derzeit noch im Hintergrund. Für sie waren die Kämpfe „Momente der Würde in einem fortschreitenden Demütigungsprozess“ [Op149], „ein befreiender Umschlag aus zu viel Mitmachen und zu viel Wegducken.“ [GG172] Ihnen ging es, trotz aller Kritik an den herrschenden Zuständen, vor allem um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bzw. um die Rückkehr zu vermeintlich rosigen Bedingungen der Vergangenheit mit einem „fairen Entgelt für faire Arbeit, zu menschenwürdigen Bedingungen“ [GG82]. Die ArbeiterInnen akzeptieren noch weitgehend die bestehende Ordnung, jedoch die daraus entstehenden Konsequenzen immer weniger — so drückte es Robert Schlosser in seinem Resümee über den Kampf bei Opel aus [Op219]. Oder wie es im Schlusswort der HerausgeberInnen des Gate-Gourmet-Buches heißt: „‚Nein‘ zu sagen, das ist noch keine neue Welt, aber diese Selbstbehauptung und dieses Ringen um Autonomie ist die einzige Substanz, aus der sie entstehen könnte.“ [GG251].

Schlussfolgerungen

Die Frage ist nun, was unsere Rolle in diesem Prozess ist. Wie können wir dazu beitragen, dass aus dem bloßen „Nein“ zu aktuellen Missständen ein „Ja“ zu einer neuen Gesellschaft wird? Zunächst einmal, denke ich, müssen wir die Trennung zwischen „uns“ AktivistInnen und „denen“ (den sogenannten „Normalos“) überwinden. Wir sind nicht diejenigen, die die Ziele und den Weg dahin vorgeben — jegliche Avantgarde-Ambitionen führen letztlich nur dazu, dass zwar möglicherweise die Eliten ausgetauscht werden, sich aber ansonsten nichts Wesentliches ändert. Theoretisch ist das uns als AnarchosyndikalistInnen nichts Neues, praktisch verfallen auch wir immer wieder in diese Rolle, sei es weil wir uns selbst so verhalten, sei es weil „sie“ uns dahin drängen. Wir haben zwar durchaus Vorstellungen, wie eine andere Gesellschaft und der Weg dahin aussehen könnte und sollten damit nicht hinterm Berg halten, tatsächliche Veränderungen müssen aber gemeinsam, von all denen gleichberechtigt erarbeitet und durchgesetzt werden, die an einem solchen Prozess interessiert sind — eben jenes „fragende Vorangehen“, wie es den Zapatistas vorschwebt. Das wird sicher nicht ohne Konflikte abgehen, auch bei den Streikenden sind z.B. alltägliche rassistische Positionen verbreitet. Dennoch kann man da auch auf die Selbstheilungskräfte von Kämpfen vertrauen — so ist es durchaus eine verbreitete Erfahrung, dass die „Nationalitätenfrage während des Streiks keine Rolle spielt“ [Wc49]. Aus sozialen Kämpfen entsteht nicht automatisch eine antikapitalistische Perspektive, aber ohne erstere ist letztere nicht zu haben.

Eine zusätzliche Chance liegt für uns auch darin, dass die Möglichkeiten, Unzufriedene durch materielle Zugeständnisse in größerem Umfang einzubinden, heute angesichts der andauernden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals hierzulande nicht mehr ohne weiteres vorhanden sind, oder wie es ein Opelaner ausdrückte: „Irgendwie ist es so eng geworden, dass sie kaum mehr Spielraum haben ihren Reformismus zu verkaufen.“ [Op108]. In diesem Sinne kann man schon davon ausgehen, dass die Zeit für uns arbeitet. Menschen, die sich gegen die Zustände in ihren Betrieben — oder auch außerhalb davon — wehren, werden früher oder später auf die Grenzen stoßen, die durch das kapitalistische System gesetzt sind.

Soweit zu den Rahmenbedingungen — was können wir aber praktisch tun? Da ist es erstmal von Bedeutung, dass wir uns mit der Situation in den Betrieben genauer auseinandersetzen. Was wird produziert, wer ist wo zu welchen Bedingungen beschäftigt, wie verlaufen die Lieferketten, wo gibt es welche Auseinandersetzungen usw. Dabei fängt man sinnvollerweise da an, wo man selbst beschäftigt ist, geht über die Situation in der Region hinaus bis zur internationalen Aspekten, letzteres ist insbesondere im Falle von weltweit aufgestellten Konzernen wichtig. In Konfliktfällen sollten wir dann in der Lage sein, die Kontakte, über die wir ja durchaus im nationalen und internationalen Rahmen verfügen, zu nutzen, um Solidarität zu organisieren.

Ich denke, wenn wir im vorgenannten Sinne handlungsfähig sind, wird es auch nicht mehr so schwer sein, die durchaus noch vorhandene Dominanz der DGB-Gewerkschaften zu durchbrechen. Die kochen schließlich auch nur mit Wasser — und das zumeist nicht mal sonderlich professionell. Zwar haben sie immer noch den entscheidenden Vorteil der Streikkassen. Aber auch da könn(t)en wir Alternativen anbieten. Zum einen wäre das die direkte Solidarität, die wir im Falle eines Falles mobilisieren können (zugegeben: momentan eher noch ein Tropfen auf den heißen Stein) — durch Sammlungen innerhalb der FAU und IAA, aber auch durch entsprechende Soli-Aktionen vor Ort, was auch eine Möglichkeit wäre, die „Szene“ für konkrete Klassenkämpfe zu mobilisieren. Eine weitere Alternative liegt aber in unseren Kampfformen: Kurze, wirkungsvolle direkte Aktionen — gerade die Unterbrechung von Lieferketten dürfte im Zeitalter der Just-in-time-Produktion besonders schmerzhaft sein —, aber auch Bummel- oder Überstundenstreiks, Dienst nach Vorschrift usw. können



helfen, lange und kostenintensive Streiks zu vermeiden. Zudem wäre es eine originäre Aufgabe für uns, Kontakte zu Arbeitsloseninitiativen oder Sozialforen herzustellen, um dazu beizutragen, Spaltungen innerhalb der Klasse zu überwinden und aber auch die Kämpfe von außen durch Blockaden usw. wirkungsvoll zu unterstützen — wie im Falle Gate Gourmet zumindest ansatzweise vorexerziert.

Dass in der Vergangenheit die Mitgliedschaft der Gewerkschaften nicht noch nachhaltiger weggebrochen ist, dürfte wohl in erster Linie den ständigen Bemühungen von BasisaktivistInnen zu verdanken sein, die sich zu einem nicht geringen Teil der Gewerkschaftslinken zurechnen. Jedoch mehren sich bei ihnen auch die Stimmen, die sich von der Nichtreformierbarkeit der Apparate inzwischen überzeugt haben. Die Stimmen der meisten BasisaktivistInnen bei Opel sind deutlich: „Gewerkschaften gehören für mich politisch auf den Müllhaufen der Geschichte, genauso wie die Parteien“ [Op153] und seien „eher destruktiv für die Entwicklung des Bewusstseins der Leute“ [Op94]. Ähnlich kritisch wird die eigene Arbeit als linke Gewerkschaftsopposition als „radikalisierte Stellvertreterpolitik“ [Op158] eingeschätzt. Gleiches gelte für die Arbeit als Betriebsrat: „Wenn du im Betriebsrat bist, bist du in erster Linie Teil dieses Stellvertreterdenkens.“ [Op76].

Auf der anderen Seite ist durch den Niedergang der Gewerkschaften auch nichts gewonnen, solange keine alternativen Organisationsformen entstehen. Die Kampferfahrungen versanden, wenn es nicht in absehbarer Zeit neue Kämpfe gibt. Hinzu kommt, dass oft die StreikaktivistInnen die Betriebe nach den Streiks verließen und so wenigstens die Aufrechterhaltung der untergründigen Basisorganisationen erschwert wird. Letztlich wird deutlich, dass eine weiterführende, überbetriebliche Organisierung notwendig ist. Dass dafür eine Notwendigkeit existiert, wird auch in den Interviews deutlich: „Eine kollektive Kampfperspektive über den Streik hinaus fehlte“ [GG173] und in der Einschätzung der UnterstützerInnen bei Gate Gourmet heißt es: „Die Perspektive einer Arbeiter-Bewegung ist zum Greifen nahe, und doch blockiert“, da Zusammenfassung der Kämpfe fehlte [GG251].

In diese Lücke könnten z.B. wir als FAU stoßen. Natürlich soll das Ganze nicht dazu führen, dass wir uns an die Spitze der neuen (bzw. inzwischen ja schon wieder alten?) linken Modewelle der „sozialen Frage“ setzen und den Demo- durch einen Streiktourismus ersetzen. Das ist weder sonderlich sinnvoll, noch vom Aufwand her leistbar. Ein Muss sollte es aber schon sein, dass wir die Kämpfe in unserer Stadt, unserer Region verfolgen und nach unseren Möglichkeiten unterstützen. Nur über solche praktische Solidarität wird es uns gelingen, über den Dunstkreis der „Szene“ hinaus Menschen anzusprechen und Alternativen zu den immer mehr versagenden DGB-Gewerkschaften zu schaffen. Ob die FAU dann die neue Form der Selbstorganisation ist, oder in den Kämpfen etwas Neues (die erwähnte „Neuzusammensetzung der Linken“) entsteht, ist dann letztlich nicht entscheidend.

Ludwig Unruh

Die Bücher

Solange keine über den jeweiligen Betrieb hinausgehende Strukturen der Selbstorganisation der Klasse existieren, werden solche wichtigen Erfahrungen immer wieder versanden. Sicher werden Menschen, die an solchen Kämpfen beteiligt waren, auch später andernorts versuchen, ihre Erfahrungen weiterzutragen. Wichtiger ist es jedoch, dass das von einem „kollektiven Gedächtnis“ wahrgenommen wird. Solange das noch nicht so ist, sind solche Bücher (oder auch Film-Dokus) vermutlich das einzige Mittel, um zu verhindern, dass diese Kampferfahrungen nicht gleich wieder verblassen — zumal es oft die StreikaktivistInnen sind, die die Betriebe nach den Kämpfen verlassen. Deshalb kann man die Arbeit der HerausgeberInnen der beiden Bücher zu den Streiks bei Opel und Gate Gourmet gar nicht hoch genug bewerten. Beide Bücher zeichnen sich durch eine angenehme Zurückhaltung bei der Einschätzung der Meinungen der InterviewpartnerInnen aus, sind gut gegliedert und mit vielen Fotos versehen, die das Geschehen noch anschaulicher machen. Insbesondere das Buch zum Streik bei Gate Gourmet besticht durch eine gute Gestaltung mit farbiger Textgliederung (was die Unterscheidung zwischen Interview-Zitaten und Kommentaren der HerausgeberInnen einfacher macht), durchweg farbigen Fotos und auch mehreren Lageskizzen zum Ort des Geschehens. Das Kernstück des Buches bildet das Streiktagebuch eines beteiligten Kollegen sowie die Interviews der Streikenden, UnterstützerInnen und eines Gewerkschaftsfunktionärs. Dazu gibt es zudem einen Hintergrundartikel von Detlef Hartmann zum Treiben solcher Unternehmensberatungen wie McKinsey, die bei den laufenden Umstrukturierungen vielerorts eine Schlüsselrolle spielen. Im Buch kommen letztlich alle Seiten zu Wort — mit Ausnahme der StreikbrecherInnen. (Was ja durchaus interessant gewesen wäre — allerdings dürfte deren Bereitschaft dazu eher gering sein.) Im Opel-Buch sind es vor allem die AktivistInnen der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe „Gegenwehr ohne Grenzen“, die auch von ihren oft langjährigen Kampferfahrungen bei Opel und ihren Auseinandersetzungen mit der IGM berichten. Beide Bücher sind stellenweise so spannend wie ein Krimi — jedenfalls für diejenigen, die an der praktischen Funktionsweise von Klassenkampf interessiert sind.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Emanzipation oder Fischfang?

Des letzten Rätsels Lösung: Organizing — auf die Vorzeichen kommt es an

So wie eine Organisation nicht gleich Organisation ist, so verhält es sich auch mit ihrer fundamentalsten Tätigkeit: dem Organisieren. Während die einen darunter einen kollektiven Prozess verstehen, mit dem Menschen einige Aspekte ihres Lebens in die eigene Hand nehmen, bedeutet es bei anderen die Rekrutierung von Mitgliedern. Besonders deutlich wird diese Polarität bei einem alten Begriff der amerikanischen Arbeiterbewegung, der zunächst durch die frühen Wobblies populär wurde und jetzt auch in Deutschland in Mode gekommen ist. So versucht nun z.B. ver.di, mit dem Konzept des „Organizing" seine eigene Schwäche zu überwinden.

Abgekupfert hat sich ver.di diese Strategie bei den US-Gewerkschaften, die in den 1980ern dazu übergingen, gezielt „Menschenreservoirs" zu erschließen. Und wer diese Gewerkschaften kennt, weiß, was das bedeutet: die Sicherung der Machtbasis einer Gewerkschaft, die eher einer Firma gleicht. So nimmt es auch nicht wunder, wenn sich die Gewerkschaften öfters mal in die Haare bekommen, weil die einen in Bereichen der anderen „gewildert" haben. Das wirkt zwar etwas unschön, aber, so behaupten die Apologeten dieses Gewerkschaftswesens, sei schließlich doch zum Vorteil der arbeitenden Bevölkerung. Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft. Deshalb sei es doch logisch, dass die Gewerkschaften auch etwas bieten müssen, wenn sie „Kunden" gewinnen möchten. Und tatsächlich wuchern in den USA nun einige Einzelgewerkschaften, die sich an noch unbeackerten Marktsegmenten vergreifen wollen, und das dann meist Community-bezogen (man denke an Ken Loachs „Bread and Roses", der davon handelt).

Sehr inspirierend waren diese Tendenzen anscheinend für gewisse ver.di-Leute, die darin nicht nur eine neue „Programmatik" entdeckten, sondern das Ganze auch noch „Gewerkschaft als soziale Bewegung" nennen. Also setzt man nun auf die Rekrutierung von Mitgliedern in unerschlossenen Bereichen durch professionell geschulte Werber. Ganz bewusst macht man sich dabei auch die gegebenen Hierarchien zunutze.

Mag das ganze auch immer mit der Rhetorik einhergehen, dass diese Organisierungskampagnen den Arbeiterinteressen entsprächen, die gesamte Konzeption taugt allenfalls dazu, sich eine passive Herde einzuverleiben. Allein der Sprachgebrauch von „Reservoirs", „Ressourcen" und „Wildern" macht das deutlich genug. Und so ist die Art des Organisierens auch immer das Spiegelbild der Organisationsart.

Wer also von Organizing spricht, muss sich auch im Klaren sein, was der organisatorische Hintergrund ist. Eine Organisation, die sich selbstorganisiert und solidarisch konzipiert, macht die konkreten Erfahrungen und Interessen zur Grundlage ihres Organisierungsprozesses. Ein Organizer ist dabei keine Rekrutierungsmaschine, die an irgendwelchen ausgesuchten Orten als Versicherungsagent auftritt. Organizer ist jede und jeder klassenbewusste Lohnabhängige, der seine Interessen erkannt hat und die vorherrschende Situation bekämpfen will. Und um dabei nicht auf verlorenen Posten zu stehen, bedarf es der KollegInnen. Seine KollegInnen zu ermutigen, ihnen womöglich ein Klassenbewusstsein zu vermitteln, sie zu bewegen, sich zu organisieren, und vor allem: zusammen zu kämpfen — all das ist in diesem Zusammenhang immer auch reflexiv.

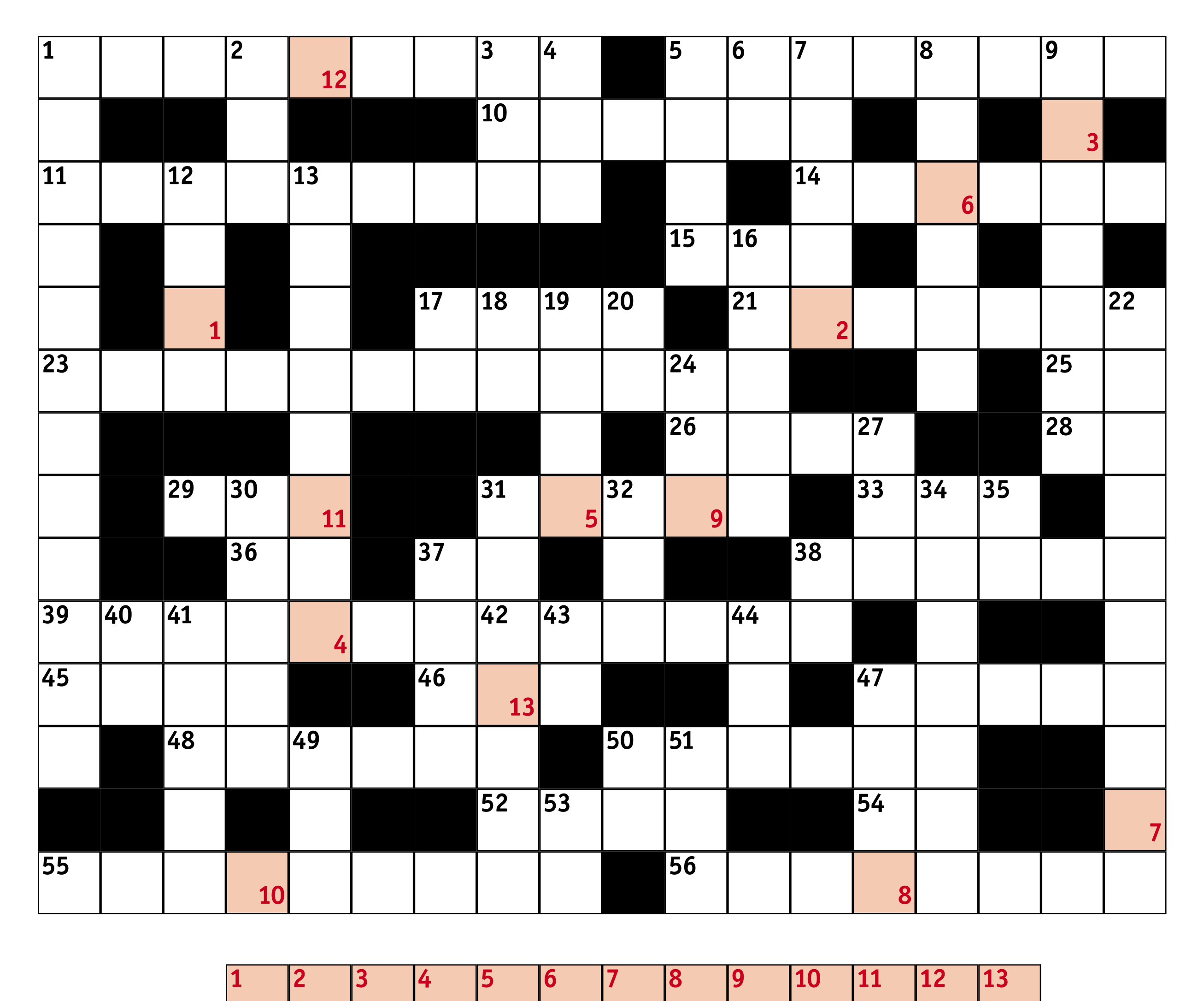
So wie ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist, so ist das Organisieren anderer auch immer im eigenen Interesse. Wo es um solidarische und nicht Stellvertreterstrukturen geht, da beinhaltet Organisieren auch immer ein „Sich". Sich zu organisieren macht man nicht allein, die Klasse, die sich als diese erkannt hat, ist es, die sich organisiert. In einer klassenbewussten Gewerkschaft, in der die Menschen kein Nutzvieh darstellen, in der die sich von ihrer abverlangten Passivität emanzipiert haben, in solch einer Organisation wirken die alltäglichen Kämpfe um die Arbeitsbedingungen dann auch nicht befriedend. Sie fördern das Selbstbewusstsein, die Initiative und den revolutionären Elan.

Esther Guttke



Joe Hill, legendärer IWW-Organizer

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 46



Waagerecht

1. seit dem 15 Jh. Symbol von Bauernaufständen, v.a. in Südwestdeutschland 5. der asiatische Teil Russlands 10. in der politischen Symbolik passt dieses Werkzeug vor allem zum Hammer 11. Zeitung, Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften vor dem 1. Weltkrieg 14. was die meisten KapitalistInnen und einige kleine Leute besitzen 15. griechischer Buchstabe; bestimmendes Element parapsychologischer Prozesse 17. Hafenstadt in Jemen 21. junger bosnisch-serbischer Revolutionär, der 1914 in Sarajevo den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand ermordete; Vorname: Gavrilo 23. Gedicht von Erich Mühsam, in dem er die Sozialdemokratie verspottet 25. politische Kampftruppe der NSDAP <Abk.> 26. dänisches Spielzeugunternehmen, dessen bunte Kunststoff-Klötzchen in fast jedem Kinderzimmer zu finden sind 28. Abk. für Tausend Tonnen (als Maßeinheit) 29. Abk. für „den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" 31. die einzige Sache, die größer wird, wenn man sie teilt 33. 1907 geschaffene Plansprache, eine Abspaltung des Esperanto; ihr Name bedeutet „Abkömmling" 36. Abk. für Altes Testament 37. Schreibweise für *Ä*, wenn eine Tastatur über diese Buchstaben nicht verfügt 38. Fahrzeug für Schienenbaustellen 39. der Kieler Matrosenaufstand vom November 1918 entwickelte sich aus einer Meuterei auf einzelnen Schiffen der Kaiserlichen Kriegsmarine, die vor dieser Hafenstadt ankerten 45. Elendsviertel <engl.> 46. Autor des einflussreichen Buches *„Die temporäre autonome Zone"*, Vorname: Hakim 47. Nebenfluss der Donau, mündet bei Linz 48. Vorname des bekannten anarchistischen Anführers einer aufständischen Bewegung in der Ukraine, 1918-21 50. größte der vier Hauptinseln Japans 52. angelsächsisches Längenmass, entspricht dem ehemaligen deutschen Zoll 54. was haben *Boot* und *Otter* gemeinsam? 55. anarchosyndikalistische Tageszeitung für das Rheinland, erschien Anfang der 20er Jahre 56. Sänger der Gruppe *„The Doors"*, Vorname: Jim

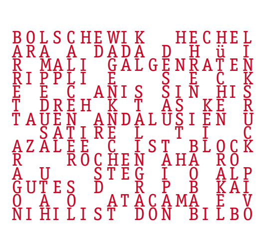
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Senkrecht

1. März 1918 unterzeichneter Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland, der für letzteres erhebliche Gebietsverluste zur Folge hatte: *Friede von* ~ 2. *Opus* ~: konspirative katholische Organisation, die u.a. rechtsgerichtete Diktaturen unterstützt (hat) und aggressive Einflussmethoden anwendet 3. Abk. für die Schwesterorganisation der FAU in Italien 4. musikalischer Verkaufsschlager 5. englische Bezeichnung für gewerkschaftlichen Vertrauensmann: *~-steward* 6. Abk. für im Entstehen (begriffen) 7. bürgerlicher Nachname George Orwells; Tipp: ein verhasster britischer Politiker heißt auch so! 8. Netzhaut 9. alte Bezeichnung für Tischler 12. Vorname Chomskys 13. Person, die sich mit Wissenschaft und Forschung befasst 16. Nebenfluss der Havel 17. Abk. für Anlegepunkt 18. Kfz-Kennzeichen für Duisburg 19. Behälter, Schutzhülle 20. Landeskürzel für das von Deutschland wohl am weitesten entfernte Land 22. Großlandschaft im Süden Südamerikas; hier kam es 1921/22 zu einer großen revolutionären Erhebung der Tagelöhner 24. mythisches Lebewesen in Tolkiens *„Der kleine Hobbit"* und *„Der Herr der Ringe"* 27. mit Wahnvorstellungen verbundene Schizophrenie <nur die letzten 3 Buchstaben dieses Worts> 30. Nebenfluss der Spree, mündet in Berlin 31. eine Frau, die etwas erntet oder sammelt 32. baskisch-nationalistische Untergrundorganisation <Abk.> 34. Urheber des Spruchs: *„Uns, den Arbeitern, machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen. Und diese Welt wächst in diesem Augenblick."* 35. israelischer Schriftsteller, der 2005 den Goethepreis erhielt; Vorname: Amos 37. erhöhtes Lesepult in christlichen Kirchen 38. Kfz-Kennzeichen für Bonn 40. Abk. für die zahlreichen in Russland bzw. in der Sowjetunion entwickelten Iljuschin-Flugzeuge 41. leichte Mittagsmahlzeit in angelsächsischen Ländern 43. Kfz-Kennzeichen für Hoyerswerda 44. sich in einer ausweglosen Situation befinden: *nicht mehr ~ noch aus wissen* 47. „die erste Designermarke von und für Rechte" (Die Zeit): *~ Steinar* 49. Abk. für die Sozialdemokratische Partei in der DDR (1989 gegründet, 1990 mit der SPD in der BRD vereinigt) 50. lat. Abk. für den Ehrendoktortitel (wird meist nachgestellt) 51. Einheit für den elektrischen Widerstand, nach einem deutschen Physiker genannt 53. erster und letzter Buchstabe des Namens einer größeren Stadt in Bayern

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal die Volksküche „Schwarze Katze" in Nürnberg.

Auflösung Nº 45



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: faud1@fau.org
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: faubi2@fau.org
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Alexander Stricker

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß DA 181: 06. April